Baden und Frankreich
1805 und 1806.

Von

Hermann Theobald,
Professor am Großh. Karl Friedrichs-Gymnasium Mannheim.

Beilage zum Jahresberichte
des Großh. Karl Friedrichs-Gymnasiums Mannheim
für das Schuljahr 1907/08.

Bibliothek des Städt. Gymnasiums Düsseldorf

MANNHEIM.
Dr. H. Haas'sche Buchdruckerei, G. m. b. H.
1908.

805 f

9ma
21 (1908)

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Baden und Frankreich 1805 und 1806.

Von

Hermann Theobald,

Professor am Großh. Karl Friedrichs-Gymnasium Mannheim.

Beilage zum Jahresberichte
des Großh. Karl Friedrichs-Gymnasiums Mannheim
für das Schuljahr 1907/08.

1908. Progr.-No. 805.

MANNHEIM.
Dr. H. Haas'sche Buchdruckerei, G. m. b. H.
1908.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

UNIVERSITÄTS- UND LANDESBIBLIOTHEK DÜSSELDORF

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Einleitung.

Die vorliegende Arbeit beruht im wesentlichen auf dem Material, das in dem 1901 erschienenen 5. Bande der Politischen Correspondenz Karl Friedrichs von Baden veröffentlicht worden ist.[1]) Sie erhebt nicht den Anspruch, dem Fachmann, der sich mit der Geschichte der Napoleonischen Zeit eingehend beschäftigt hat, Neues zu bringen. Aber vielleicht werden die vielen Freunde vaterländischer Geschichte, die nicht auf die Quellen selbst zurückgehen können, doch manches finden, was sie veranlassen wird, ihre Auffassung von den Beweggründen der badischen Politik in der bewegten Zeit vor dem Abschluß des Rheinbundes, vom August 1805 bis zum Juli 1806, zu revidieren und zu ändern.

Der reiche Stoff, den der 5. Band der Politischen Correspondenz für diese Zeit gebracht hat, ist, abgesehen von der vortrefflichen Einleitung des Herausgebers, bis jetzt nur von Bitterauf in seiner Geschichte des Rheinbundes Bd. I. benutzt worden. Während aber in diesem Werke die badischen Verhältnisse und Vorgänge gleichsam nur einen Faden in dem Gewebe der allgemeinen Darstellung bilden, sollen sie hier für sich allein und vielfach ausführlicher in einem besonderen Bilde dargestellt werden, ohne dabei den Zusammenhang mit den allgemeinen Ereignissen aufzugeben. —

Nachdem Baden als Reichsglied am ersten Koalitionskriege gegen Frankreich teilgenommen hatte, hatte es, dem Beispiele Preußens folgend, am 22. August 1796 einen Separatfrieden geschlossen. Die Bedingungen dieses Friedens haben den Charakter der politischen Beziehungen der beiden Staaten in den nächsten Jahren bestimmt. In der Voraussicht, daß Frankreich nach seinen Erfolgen auf dem deutschen und dem italienischen Kriegsschauplatz auf der Abtretung des linken Rheinufers bestehen werde, ließ sich Baden von Frankreich die Zusicherung geben, daß dieses beim Abschluß des Reichsfriedens für eine ausreichende Entschädigung für Badens Verluste durch geistliche Gebiete auf dem rechten Rheinufer eintreten werde. Schon damals hatte der kluge und gewandte Vertreter Badens in Paris, der Freiherr Sigismund Karl Johann v. Reitzenstein, sein Augenmerk auf die Erwerbung des Breisgaus und der Ortenau und anderer vorderösterreichischer Besitzungen gerichtet. Der Friede von Campo Formio und die Verhandlungen auf dem Rastatter Kongreß schienen die Hoffnungen Badens auf die Erwerbung jener Entschädigungen resp. Vergrößerungen zur Erfüllung zu bringen. Da brach der zweite Koalitionskrieg aus, in dem Baden nach seinen im Frieden von 1796 mit Frankreich eingegangenen Verpflichtungen neutral blieb, aber von beiden Parteien viel zu leiden hatte. Der Lüneviller

[1]) Die Hinweise auf diesen 5. Bd. werden im folgenden nicht in Fußnoten gegeben, sondern die Nummern im Texte selbst in Klammern eingefügt werden.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Frieden und die darauf folgenden Verhandlungen in Paris, die durch den Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803 ihre formale Bestätigung erhielten, brachten Baden reichen Landgewinn. Auch diesmal waren Reitzensteins Bemühungen in Paris darauf gerichtet gewesen, für Baden den Breisgau zu erwerben, diese alten Besitzungen des badischen Fürstenhauses, in dem man noch die Ruinen des Schlosses Zähringen, des Stammsitzes seiner Vorfahren, erblickt und deren Lage für die Abrundung des badischen Besitzes so günstig war. Die Erwartungen der badischen Staatsmänner wurden aber weit übertroffen durch den „unschätzbaren" Gewinn der Pfalz, die „hunderttausendmal schöner" war als der Breisgau.[1]) Baden verdankte diesen Gewinn zum Teil dem Wohlwollen Kaiser Alexanders von Rußland, des Gemahls einer Enkelin von Karl Friedrich, zum größeren Teil aber den politischen Erwägungen Napoleon Bonapartes. Schon 1798 hatte der Verfasser eines französischen politischen Memoire Baden eine Stellung neben der französischen Republik angewiesen, wie sie im Altertum die Könige von Pergamum, Kappadozien und Bithynien neben der römischen Republik gehabt hätten. Dieser „treue, sichere, oder um es besser zu sagen, von der französischen Regierung abhängige Bundesgenosse" müsse, um Frankreich von vollem Nutzen sein zu können, bedeutend vergrößert werden.[2]) Und auch Napoleon mußte sich sagen, daß ein starker Staat im Süden Deutschlands, der sich stets bewußt blieb, Napoleon seine Existenz zu verdanken, als Gegengewicht gegen Oesterreich für ihn sehr wertvoll sein werde. Das galt in gleichem Maße freilich auch für die anderen süddeutschen Staaten, für Württemberg und Bayern.

Karl Friedrich von Baden hatte die Gunst der Umstände, die ja nicht durch ihn herbeigeführt worden waren, ausgenützt, um seinem Lande möglichst viele Vorteile und Vergrößerungen zu verschaffen; aber an eine vollständige Auflösung der alten Reichsverfassung hatte er nicht gedacht. Er war auch keineswegs gesonnen, sich bedingungslos in den Dienst der französischen Politik zu stellen. Aber die faktische Abhängigkeit von Frankreich, seine vollständige Wehrlosigkeit gegenüber den Anmaßungen Napoleons sollten ihm bald zum drückenden Bewußtsein kommen. Der Gewaltakt Napoleons vom März 1804, die Verhaftung des Herzogs von Enghien in Ettenheim, auf badischem Boden, zeigte, was er sich gegen einen kleinen deutschen Fürsten erlauben zu dürfen glaubte. Und noch deutlicher trat diese Wehrlosigkeit Badens gegenüber des französischen Herrschers Willen zutage, als kurz vor dem Beginn des dritten Koalitionskrieges Napoleon Baden seine Gegenrechnung für die früher geleisteten Dienste vorlegte. Mit diesem Zeitpunkt soll meine Darstellung einsetzen.

---

[1]) Vgl. Zur Geschichte des Uebergangs der Rheinpfalz und Mannheims an Baden. Programm des Mannheimer Gymnasiums. 1903.

[2]) Pol. Corresp. III Nr. 205.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

I.

Der Vertrag vom 5. September 1805 und Badens Bündnis mit Frankreich.

I.

In die Verhandlungen zwischen den europäischen Großmächten, die zu dem Abschluß der dritten Koalition gegen Frankreich geführt haben, das Schutz- und Trutzbündnis zwischen Rußland und Oesterreich vom November 1804, den Zutritt Schwedens im Januar und Englands im April 1805, hatte natürlich die Regierung eines kleinen Staates, wie Baden, keinen Einblick erhalten, so nahe auch Karl Friedrich dem russischen Kaiser, dem Gemahl seiner Enkelin, stand. Noch wenige Tage vor dem Abschlusse jenes Bündnisses zwischen Rußland und Oesterreich behauptete der badische Gesandte am Wiener Hofe, v. Gemmingen (192), das Wiener Kabinett sei wenig in die Pläne der europäischen Politik eingeweiht, keine fremde Macht stehe zur Zeit in Unterhandlungen mit Oesterreich. Auch was er zwei Tage nach jenem Abschlusse von angeblichen kriegerischen Absichten Rußlands schrieb (203), beweist, daß er von der wahren Sachlage gar keine Ahnung hatte. Aber die gleichsam in der Luft liegenden Vorzeichen einer Störung des europäischen Friedens konnten doch nicht ganz übersehen werden. Seit dem Januar 1805 berichtete der badische Gesandte in Paris, v. Dalberg,[1]) wiederholt davon (261. 263. 270), daß man dort den Ausbruch eines Kontinentalkrieges erwarte; man glaube allgemein, daß Napoleon ihn wünsche, um sich aus der Verlegenheit wegen der Landung in England zu ziehen und sein Heer zu beschäftigen. Des Kaisers Absicht sei, nach Italien zu gehen; ein Teil der Garden habe schon den Befehl, sich marschbereit zu halten. Dalberg erwog (271) auch schon im März die Folgen, die ein Krieg zwischen Frankreich und Oesterreich haben könne, wenn, wie man glauben müsse, dieser Krieg zu einer Niederlage Oesterreichs führen werde. Er erhoffte davon für Baden den Erwerb des Breisgaus und der Ortenau. Bei der Zusammenkunft in Mainz mit Karl Friedrich im September 1804, und dann in einer Unterredung in Paris mit dem Markgrafen Ludwig, Karl

[1]) Freiherr Emmerich Josef v. Dalberg, ein Sohn des bekannten Mannheimer Intendanten; im Juni 1803 war er Reitzensteins Nachfolger in Paris geworden.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Friedrichs Sohn, hatte Napoleon es als einen Fehler der französischen Regierung bezeichnet, daß man 1802 Oesterreich den Breisgau gelassen habe, einen Fehler, den er bei der ersten Gelegenheit wieder gutmachen werde (269). Nach Dalbergs Meinung sollte beim Ausbruch eines Krieges Badens Haltung nach der von Bayern sich richten. Wenn aber Bayern sich abseits halte und es vermeide, tätigen Anteil zu nehmen, so frage es sich, ob Baden sich in einen so wichtigen Streit einmischen dürfe. Welche Rolle werde Rußland in einer solchen Krisis spielen? Man sieht, auch er hatte noch keine Ahnung von dem Verhältnis Rußlands zu Oesterreich. Da Dalberg in solcher Lage nichts auf sich selber nehmen wollte, so erbat er sich vom Minister v. Edelsheim genaue Instruktionen. Dieser aber ging auf die Anregungen des Gesandten mit keiner Silbe ein; er hielt die Lage offenbar für so wenig bedenklich, daß er Dalberg, der auf Einladung Talleyrands Mitte Mai nach Mailand gegangen war, um an den Festlichkeiten anläßlich der Königskrönung Napoleons teilzunehmen, einen mehrwöchentlichen Urlaub zu Reisen in Italien gab. Da im Juli der französische Geschäftsträger in Karlsruhe, Massias, ebenfalls in längeren Urlaub ging, so mag ihn das in seiner Auffassung von der Unbedenklichkeit der politischen Situation bestärkt haben. Aber schon am 18. Juli sandte er an Dalberg die Weisung (286), heimzukehren. Dalberg, der Anfangs August in Mannheim eintraf, glaubte noch Mitte dieses Monats seine Anwesenheit in Paris als unnötig bezeichnen zu dürfen (291); man müsse das nächste Frühjahr abwarten, um zu wissen, ob man Krieg haben werde. Aber wie viel rascher sollten sich die Dinge entwickeln! Gerade die Vorgänge in Italien, die Annahme der italienischen Königswürde durch Napoleon, das Dekret vom 9. Juni, durch das die ligurische Republik aufgehoben und Genua mit Frankreich vereinigt wurde, führten die Entscheidung herbei: Ende Juli verabredeten Rußland und Oesterreich die Art und Weise eines gemeinschaftlichen Vorgehens. Der Ausbruch des Krieges stand dicht bevor, aber beide Parteien suchten in den nächsten Wochen noch ihre wahren Absichten zu verhüllen, um ihre Vorbereitungen treffen zu können. In Karlsruhe scheint man noch bis Ende August an die Möglichkeit, den Frieden zu erhalten, geglaubt zu haben, als der oesterreichische Gesandte v. Schall eine Abschrift der Erklärung des Wiener Hofes an die Kabinette von Petersburg, Paris, London, Madrid und Berlin vorlegte,[1]) in der Oesterreich den trügerischen Schein annahm, als empfehle es eine friedliche Verständigung und biete „im festen Vertrauen auf die gemäßigten Gesinnungen Frankreichs" seine Vermittelung an, eine Erklärung, die von Edelsheim freudig als „neuer conciliatorischer Vorschritt" begrüßt wurde (433).

In eben jenen Augusttagen fanden in Baden-Baden und auf Schloß Favorite Besprechungen mit einem französischen Diplomaten statt, die, wenn sie auch eine Angelegenheit mehr privater Natur betrafen, doch des politischen Interesses nicht entbehrten. Ihr Verlauf und ihr Ausgang zeigen, wie eifrig beflissen man am badischen Hofe war, sich das Wohlwollen Napoleons auch um den Preis der Aufgabe eigener Wünsche zu erhalten.

Seit dem Sommer 1804 war der Plan einer Vermählung des Erbprinzen Karl von Baden, Karl Friedrichs Enkel, mit der ältesten Tochter Max Josefs von Bayern, der Prinzessin Augusta, zwischen den beiden Höfen erörtert worden. Er scheint von zwei Frauen ausgegangen zu sein, der Kurfürstin Karoline von Bayern, der Enkelin Karl Friedrichs und Schwester des Kurprinzen Karl, die Max Josef am 9. März 1797 in zweiter

[1]) Vgl. Häusser, Deutsche Geschichte 2, 556.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Ehe geheiratet hatte, und ihrer Mutter, der verwitweten Markgräfin Amalia von Baden. Letztere gewann für den Plan ihren Schwager, den Markgrafen Ludwig, und durch diesen die Gräfin Hochberg, Karl Friedrichs zweite Gemahlin, und ihrem vereinten Einfluß gelang es, die Bedenken des badischen Kurfürsten gegen eine Verheiratung seines Enkels und Erben mit einer katholischen Prinzessin zu überwinden (288). Die in Aussicht stehende neue Verbindung zwischen dem angestammten wittelsbachschen und dem neuen badischen Herrscherhaus wurde in Mannheim und in den pfälzischen Landen mit großer Freude begrüßt (150. 198); in Karlsruhe hoffte man, daß sie auf den verdrießlichen Streit wegen der Arrangierung der auf der Pfalz haftenden Schulden und auf andere zwischen Bayern und Baden bestehende Differenzen günstig einwirken werde (206). Das Heiratsprojekt hatte sich bis zum Oktober 1804 soweit verdichtet, daß, wenn auch eine offizielle Verlobung noch nicht stattgefunden hatte, die beiden Kurfürsten sich doch durch ihr Wort für gebunden erachteten.

In dieses Verhältnis griff nun mit rauher Hand Napoleon ein. Der Wunsch, seine Familie mit alten regierenden Häusern näher zu verbinden, hatte ihn schon im Sommer 1804 auf den Gedanken gebracht, für seinen Stiefsohn Eugen Beauharnais um die Hand der um ihrer Schönheit und Anmut willen vielgerühmten Prinzessin Augusta zu werben. Der französische Geschäftsträger in München mußte in Talleyrands Auftrag den Hof sondieren, fand aber kein rechtes Entgegenkommen. Man verhüllte die wirklichen Gründe, die gegen die von Napoleon geplante Familienverbindung sprachen,[1]) den Stolz des alten Fürstengeschlechts gegenüber dem französischen Emporkömmling, die Rücksicht auf Rußland, die Ungewißheit, wie lange Napoleons Glück dauern werde, durch den Hinweis auf die mit Baden schon getroffenen Verabredungen. Napoleon schien die Sache auf sich beruhen zu lassen. Daß er den Plan aber nicht aufgegeben hatte, zeigte sich im Dezember, als Markgraf Ludwig und der Kurprinz anläßlich der Kaiserkrönung in Paris weilten. Damals ließ er durch Talleyrand auf den Markgrafen in dem Sinne einwirken, daß er seinen Vater zu einem Verzicht auf die Verheiratung des Kurprinzen mit der bayerischen Prinzessin bestimmen möge. Er rechnete auf die bekannte Gesinnung des Markgrafen, der in dem Wohlwollen Napoleons das Heil für sein Haus erblickte. In der Tat ging dieser auf die gegebene Anregung eifrig ein und unterrichtete seinen Vater von den Absichten Napoleons. Karl Friedrich schrieb darauf im Januar selbst an den Kaiser, indem er sich auf das dem bayerischen Kurfürsten gegebene Wort berief; er erhielt keine Antwort. Jedenfalls hielt er aber von jetzt an in der Sache zurück und wich dem Drängen seiner Schwiegertochter und des bayerischen Hofes aus. Kein Zweifel, daß ihm die Verbindung seines Enkels mit der bayerischen Prinzessin an und für sich erwünscht war, aber er scheute davor zurück, den Zorn Napoleons zu erregen, auf dessen Wohlwollen bei der so sehr gewünschten Erwerbung des Breisgaus und bei der Regelung der Stellung seiner Söhne zweiter Ehe er rechnete. Im Juli drang Max Josef — man hatte in Mailand seinem Gesandten v. Cetto gegenüber von neuem von der Verheiratung der Prinzessin mit Eugen gesprochen — entschieden auf den Abschluß der Ehe und wünschte, daß der Staatsminister v. Edelsheim nach München komme, um den Ehekontrakt zu errichten. Karl Friedrich ging nicht darauf ein; um aber den bayerischen Kurfürsten nicht zu beleidigen, schickte er einen anderen

[1]) Vgl. Denkwürdigkeiten des Bayerischen Staatsministers Max Gr. von Montgelas. Stuttgart 1887. S. 90 ff.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Bevollmächtigten nach München, um die vorzunehmenden Schritte zu beraten. Es wurde beschlossen, die beiden Gesandten v. Cetto und v. Dalberg sollten sich zu Talleyrand begeben und diesem die Lage auseinandersetzen, ihre gegenseitige Verpflichtung und den Wunsch die Verbindung zustande zu bringen; indessen würde man den Wünschen des Kaisers die Entscheidung überlassen (294). Aber bevor die beiden Herren abreisten, wurde von französischer Seite die Entscheidung in anderer Weise herbeigeführt.

Wenn in den früheren Verhandlungen die beiden Kurfürsten betont hatten, wie sehr sie wünschten, dem Kaiser einen Beweis ihrer Ergebenheit und Achtung liefern zu können, wenn sie nicht durch ihr Wort sich gebunden fühlten, so glaubte Talleyrand doch in den Versicherungen des Kurfürsten von Baden mehr Aufrichtigkeit erblicken zu dürfen. Hier sollte nun energischer eingesetzt werden. Wenn es gelang, Karl Friedrich zu einem formellen Verzicht zu bewegen, so blieb auch dem Kurfürsten von Bayern kein Vorwand mehr übrig, der stets beteuert hatte, daß der Erfüllung seines Wunsches, S. K. Majestät einen Gefallen zu erweisen und sich durch die engsten Bande mit Frankreich zu vereinigen, nur die älteren Rechte des Hauses Baden entgegenstünden. Da Massias auf Urlaub von Karlsruhe abwesend war, wurde der Kaiserl. Kammerherr de Thiard[1]) mit dieser Aufgabe betraut. Napoleon gab ihm persönlich am 22. Juli seine Weisungen und Talleyrand am folgenden Tage eingehende Instruktionen. Er sollte durch Burgund und die Schweiz, scheinbar als Vergnügungsreisender, nach Karlsruhe gehen, durch Edelsheim, an den er ein Empfehlungsschreiben erhielt, sich bei Hofe einführen lassen, sich dem Markgrafen Ludwig eröffnen, auf dessen Unterstützung man sicher rechnete, und mit dessen Hülfe und der Hülfe der Gräfin Hochberg, der für diesen Dienst die Unterstützung Frankreichs bei ihren Bemühungen um die Zukunft ihrer Söhne in Aussicht gestellt wurde, den gewünschten Verzicht des Kurfürsten zu erlangen suchen (288). Thiard führte seinen Auftrag mit großer Geschicklichkeit aus (294. 299). Er kam anfangs August nach Karlsruhe. Da der Kurfürst auf Schloß Favorite weilte, nahm er in Baden-Baden Aufenthalt, fand, durch Edelsheim vorgestellt, am 11. August Zutritt bei Hofe und versicherte sich zunächst des Markgrafen Ludwig, während er auf dessen Wunsch die Gräfin Hochberg gänzlich aus dem Spiele ließ. Die zu überwindenden Schwierigkeiten waren nicht gering; sie lagen, wie der Markgraf sich ausdrückte, in dem natürlichen Starrsinn des Alters und in der Loyalität des Kurfürsten, der sich niemals dazu werde bewegen lassen, förmlich sein Wort zurückzunehmen. Um sich der Markgräfin Amalie und dem bayerischen Hofe gegenüber zu decken, hielt es der Markgraf für geraten, den Herrn v. Dalberg zuzuziehen, der das höchste Vertrauen der Markgräfin und des Kurfürsten genieße. Zwar machte dieser in einer Unter-

[1]) Auxonne Marie Théodose de Thiard, Graf de Bissy, geb. 1772, kämpfte von 1791—1800 als Emigrant unter Condé. 1801 wurde er aus der Emigrantenliste gestrichen und im November 1804 ernannte ihn Napoleon zum Kammerherrn. Im Februar 1807 gab er aus unbekannten Gründen seinen Dienst beim Kaiser auf. Er starb im Jahre 1852. In den letzten Jahren seines Lebens schrieb er seine Memoiren, die er aber, wie es scheint, durch eine testamentarische Verfügung vernichten ließ. Durch einen Zufall entging der Vernichtung der Abschnitt, der die Jahre 1804 und 1805 behandelt und 1899 von Lex veröffentlicht wurde. Diese Souvenirs diplomatiques et militaires du général Thiard leiden, wie so viele Memoirenwerke, an dem Fehler, daß vielfach die Dinge und Ereignisse in der Erinnerung des in spätem Alter schreibenden Verfassers sich verschoben haben. Seine Erzählung muß also stets mit Hülfe andern urkundlichen Materials kontrolliert werden. Ich werde später mehrfach auf Widersprüche zwischen seiner Erzählung und den Akten aufmerksam machen müssen. Vgl. auch K. Obsers Besprechung der Souvenirs in der Zeitschrift f. d. Gesch. des Oberrheins. N. F. XV. 537 ff.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

redung auf Schloß Favorite am 25. August eine Reihe von Einwendungen geltend; zwar wehrte sich der Kurfürst lange gegen den ihm angesonnenen Wortbruch; aber der Gewandtheit des französischen Unterhändlers, der in geschickter Weise auf die Erfüllung des Lieblingswunsches Karl Friedrichs, die Anerkennung der Sukzessionsfähigkeit seiner Söhne zweiter Ehe anspielte, gelang es doch, insoweit zu dem gewünschten Ziele zu kommen, daß Karl Friedrich sich bereit erklärte, an den Kurfürsten von Bayern zu schreiben und diesen seines Wortes zu entbinden, „wenn ihn das Interesse des Corps Germanique im allgemeinen und das seines Hofes im besonderen zu Gunsten der ihm vorgeschlagenen Heirat seiner Tochter mit dem Prinzen Eugen bestimmen würde" (300). Diese Erklärung, von Thiard redigiert und vom Markgrafen Ludwig und Dalberg unterschrieben, war in der Hand des Franzosen, der jetzt seiner weiteren Instruktion gemäß abreiste, um in München zuerst in vorsichtiger Weise den Boden zu sondieren, eine Waffe, deren er sich gegen Max Josef bedienen konnte, falls dieser noch länger seine Verpflichtung gegen Karl Friedrich vorschützte. Wie sich die Ehefrage weiter zwischen Bayern und Frankreich abspielte, bis am 14. Januar 1806 wirklich die Ehe zwischen Prinzessin Auguste und Eugen Beauharnais abgeschlossen wurde, haben wir hier nicht weiter zu erörtern. Thiard kam diesmal nicht bis München, noch unterwegs, in Stuttgart, erreichte ihn ein neuer, viel wichtigerer Auftrag Talleyrands, der ihn sofort wieder an den badischen Hof zurückführte.[1]) Wir kehren damit auf das rein politische Gebiet zurück.

Daß bei einem Kriege zwischen Frankreich und Oesterreich Baden sogut wie die andern süddeutschen Staaten in Mitleidenschaft gezogen werden würde, mußte jedermann klar sein. Eine Neutralität im vollen Sinne des Wortes war nicht möglich, denn Süddeutschland mußte das Durchzugsland für die kriegführenden Mächte werden, um an den Gegner heranzukommen. Eine Neutralität konnte nur in dem Sinne aufrecht erhalten werden, wie es im vorangegangenen zweiten Koalitionskrieg der Fall gewesen war. Dann war aber vorauszusehen, daß die Hülfsquellen der drei süddeutschen Staaten von den kriegführenden Mächten ohne Bedenken ausgenützt würden; sie gerieten in die Gefahr, von beiden fast wie Feindesland betrachtet zu werden.[2]) Zwar Kurfürst Friedrich von Württemberg dachte eine Zeitlang an eine „komplette Neutralität sämtlicher deutschen Vorlande" unter dem Schutze Preußens. Sein Gesandter in Berlin, v. Mylius, wurde am 20. August beauftragt, dem preußischen Hofe vorzuschlagen, er solle zur Abwendung der Gefahren, die im Kriegsfalle dem schwäbischen Kreise drohten, die Neutralitätslinie über ganz Süddeutschland bis nach Tirol ausdehnen und seinen Einfluß in Paris und Wien dahin geltend machen, daß von beiden Kaiserhöfen diese Neutralität anerkannt werde. Das hätte bedeutet, den Kriegsschauplatz auf Italien beschränken. Zur Verhandlung mit Bayern, von dessen grade damals dem Abschlusse entgegen gehenden Verhandlungen mit Frankreich niemand eine

[1]) Thiard erzählt in seinen Souvenirs S. 121 f., er sei nach München gereist und habe dort am 31. August die neuen Instruktionen Talleyrands erhalten. Das ist ein Irrtum. Am 26. August schrieb er von Baden an Talleyrand (299), er werde, um seine Schritte zu maskieren, 3 Tage in Stuttgart bleiben und am 4. September in München eintreffen. Nach seinem amtlichen Schreiben an Talleyrand d. d. Baden 2. Sept. war er am 30. August in Stuttgart und teilte von hier aus den Empfang der Instruktion vom 31. mit, worauf er sofort nach Baden-Baden zurückreiste (306). Was er in den Souvenirs als persönliche Wahrnehmungen in München über Vorkehrungen zur Abreise des Kurfürsten nach Würzburg erzählt, berichtet er am 26. August von Baden aus an Talleyrand als von der Gräfin v. Leiningen empfangene Mitteilung aus München.

[2]) Vgl. Denkwürdigkeiten von Montgelas S. 96 f.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Ahnung hatte, wurde der Freiherr v. Normann nach München geschickt; nach Karlsruhe kam am 22. August der Geh. Rat v. Mandelslohe und konferierte tags darauf mit Edelsheim (295. 296). Er gewann aus seiner Unterredung mit diesem den Eindruck, daß sein Vorschlag günstige Aufnahme gefunden habe, und vermutete, daß Edelsheim ihn auch beim Kurfürsten mit Nachdruck unterstützen werde. Edelsheim glaubte, auf die Erklärungen des Berliner und Münchener Hofes warten zu sollen; erst dann werde man imstande sein die Wirkung abzuschätzen, die man sich von den vorgeschlagenen gemeinsamen Schritten versprechen könne. Er brachte auch schwerwiegende Bedenken vor: ob das französische Gouvernement nicht darüber eine starke Unzufriedenheit äußern werde, wenn man auf Unterhandlungen dieser Art eingehe, ohne die Gewißheit zu haben, daß das Tuilerienkabinett solche billige? Und ob man auf das Aushalten bei diesem Plan vonseiten des preußischen Hofes selbst in dem Falle zählen könne, wenn das Arrondissementsinteresse damit in Kollision komme? Wie gerechtfertigt die Bedenken Edelsheims waren, zeigte sich bald. Am 28. August lehnte Hardenberg den württembergischen Vorschlag ab, da auf eine Anerkennung einer bewaffneten Neutralität Süddeutschlands weder vonseiten Oesterreichs noch Frankreichs zu rechnen sei und Preußen sich „durch derlei Vorkehrungen" nicht kompromittieren wolle und einen allgemeinen Krieg für ganz Deutschland als Folge davon fürchtete. Und war doch Hardenberg gerade damals nahe daran, den Lockungen Napoleons zu folgen, der ihm als Preis eines Bündnisses die schöne Abrundung des preußischen Gebietes durch Hannover anbot. Doch von alledem wußte man in Baden ja nichts; die badische Regierung scheint bis in den Anfang September an der Hoffnung festgehalten zu haben, daß der württembergische Plan sich realisieren lasse. Nachdem Mandelslohe am 26. August den Kurfürsten selbst gesprochen hatte, dankte dieser dem Kurfürsten von Württemberg für die vertraulichen Eröffnungen und versprach, „nach der Lage der Umstände und Verhältnisse zu allem demjenigen mit Vergnügen mitzuwirken, was auf das Wohl und die Sicherheit ihrer beiden Staaten, dann des schwäbischen Kreises abzwecken könne" (298). An der Aufrichtigkeit seines Wunsches sich neutral zu verhalten kann nicht gezweifelt werden. Aber die Unmöglichkeit der Neutralität zeigte sich deutlich schon in den nächsten Tagen, als die französische Regierung mit bestimmten Forderungen an ihn herantrat.

Ist denn aber von oesterreichischer Seite nichts dergleichen geschehen?

Im Februar 1804, zur Zeit als zwischen dem oesterreichischen und dem russischen Hofe der erste Gedankenaustausch über ein etwaiges gemeinsames Vorgehen gegen Frankreich stattfand, hatte sich Kaiser Franz nicht abgeneigt gezeigt, den Breisgau und die Ortenau, deren Besitzer, der Herzog von Modena, seinen früheren italienischen Besitz wieder erhalten sollte, dem Kurfürsten von Baden zu überlassen, um diesen „für die gute Sache anzueifern".[1]) Man hoffte damals oesterreichischerseits auf den Anschluß Badens wie der andern süddeutschen Staaten an die Koalition gegen Frankreich. Oesterreich hat aber in der Folgezeit nichts getan, um Baden zu gewinnen. Daß seine Diplomatie es vermied, aus ihrer Reserve herauszugehen und der badischen Regierung Andeutungen über die geplanten Schritte zu machen und Anforderungen wegen eines Anschlusses an sie zu stellen, mag sich leicht aus der Befürchtung erklären lassen, daß das Geheimnis nicht genügend gewahrt werde und Frankreich irgendwie Kunde erhalten könne. So war denn

[1]) Depesche an Stadion vom 11. Februar 1804. Vgl. Beer, Oesterreich und Rußland in den Jahren 1804 und 1805. Archiv für oesterr. Gesch. 53, 144 u. 201.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

der oesterreichische Gesandte am badischen Hofe, Freiherr v. Schall, im wesentlichen darauf angewiesen, in Karlsruhe scharf die Augen aufzuhalten und was er von den dortigen Verhältnissen und Stimmungen und von den Bewegungen der französischen Truppen, den Anstalten in nahen festen Plätzen und einem allenfälligen Uebergang über den Rhein in Erfahrung bringe, nach Wien zu berichten (437). Seine Berichte sind sehr interessant; sie beweisen, daß Schall einen scharfen Blick besaß und daß sehr zuverlässige Quellen ihm zu Gebote standen. Ueber die politische Stellungnahme mancher Persönlichkeit, über die Stimmung am Hofe, im Volke und im Militär, über die traurige Finanzlage Badens geben sie uns sehr willkommene Details, die man in den offiziellen Aktenstücken der badischen Regierung vergebens suchen würde. Die Schritte der französischen Bevollmächtigten, von denen wir bald hören werden, sind seiner Aufmerksamkeit nicht entgangen; er ahnte ihre Aufgaben, wenn auch das geheimgehaltene Resultat ihrer Bemühungen ihm unbekannt bleiben mußte.

Dagegen gedachte Oesterreichs Bundesgenosse, Rußland, auf die Haltung Badens einzuwirken. Fürst Czartorisky sandte an den russischen Gesandten in Karlsruhe, Freiherrn v. Maltiz, folgenden Auftrag (292), datiert vom 15. August: Sobald das Gerücht vom Einmarsch einer russischen Armee in Galizien sich verbreite, solle er sich direkt an die Kurfürsten von Baden und Württemberg oder an zuverlässige, ihnen nahestehende Personen wenden und die beiden Fürsten auffordern, sich nicht den Räubereien auszusetzen, die ohne Zweifel die Truppen Napoleons verüben würden, und wenigstens ihre Person, ihre Wertsachen und die Verteidigungsmittel ihrer Staaten den Franzosen zu entziehen. Es würde vorteilhaft sein, wenn beide Kurfürsten ihre Truppen zurückziehen könnten, damit die Franzosen sie nicht zu Gefangenen machten und entwaffneten; wenn das aber unmöglich sei, solle Maltiz den Vorschlag machen, die beiden Kurfürsten sollten scheinbar ihre Truppen entlassen, im geheimen aber den Sold weiter zahlen, um sie wieder zu organisieren, sobald die Umstände es erlauben würden. Jedenfalls versichere sie der Kaiser seines größten Eifers, sich ihrer Interessen anzunehmen. Aber diese Weisungen, die den Umweg über die russische Botschaft in Wien nahmen, kamen zu spät nach Karlsruhe, als daß sie, selbst wenn ihr Inhalt für die badische Regierung verlockender gewesen wäre, hier noch etwas hätten erreichen können. Denn die französische Diplomatie war rascher als die der Gegner; wie nachher im Felde, so hat auch in den diplomatischen Vorbereitungen auf den Krieg Napoleon den Absichten der Feinde zuvorzukommen verstanden.

Es ist nicht meine Aufgabe, auf den Verlauf der Verhandlungen zwischen Frankreich und Bayern einzugehen, die ihren Abschluß in dem geheimen Offensiv- und Defensivvertrag vom 24. August fanden, durch den Bayern sich auf die Seite Frankreichs stellte und durch die Stellung eines Truppenkorps von 2000 Mann aktiven Anteil am Kriege gegen Oesterreich zu nehmen versprach. Die Geheimhaltung dieses Vertrags war ja bei der Lage Bayerns, das dem ersten Angriff vonseiten Oesterreichs ausgesetzt war, ganz natürlich und selbstverständlich, aber sie erschwerte den beiden andern süddeutschen Staaten ihre Entschließung bei den jetzt auch an sie ergehenden Anträgen Napoleons.

Am 18. August beauftragte Talleyrand (304) nach einer Weisung Napoleons vom 13. August[1]) den französischen Gesandten in Stuttgart, Didelot, an die Kurfürsten von Württemberg und Baden mündlich die Frage zu richten, wie sie sich zu stellen gedächten,

[1]) Correspondance de Napoléon. XI. S. 101. Nr. 9070.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

wenn der Kaiser angesichts der Rüstungen Oesterreichs sich gezwungen sehen würde, durch Deutschland gegen Oesterreich zu ziehen. Der Kaiser finde allerdings den Wunsch, sich neutral zu verhalten, natürlich; aber ein solcher Wunsch sei unerfüllbar; die Hoffnung auf Neutralität in einem Krieg zwischen Frankreich und Oesterreich sei eine Chimäre. Es bleibe ihnen nur die Wahl, welcher Partei sie folgen wollten; die richtige Wahl zu treffen sei Sache ihrer Klugheit. Der Weg, den sie einzuschlagen hätten, sei ihnen deutlich vorgezeichnet durch den Vergleich der oesterreichischen und der französischen Streitkräfte, durch die Lehren der zwei vorangegangenen Kriege und vor allem durch die wohlbekannten Dispositionen der beiden Mächte, da unzweifelhaft ein Erfolg Oesterreichs für seine Verbündeten selbst gefährlich werden würde, während Frankreich, das unabänderlich an die Rheingrenze gebunden sei, nicht nur die Unversehrheit der Staaten, die gemeinsame Sache mit ihm machten, garantieren, sondern auch die Früchte seiner Eroberungen ihnen zugutekommen lassen würde.

Am 27. August abends stellte Didelot beim Grafen Wintzingerode die Anfrage und verlangte eine baldige Beantwortung.[1]) Wintzingerode suchte Aufschub zu erlangen, weil der Kurfürst in so wichtiger Angelegenheit nicht ohne Vernehmung seines Geheimen Rates handeln würde, von dem zwei Mitglieder, v. Normann und v. Mandelslohe, abwesend seien. Man wartete eben auf den Erfolg der oben erwähnten Neutralitätsverhandlungen mit Preußen. Didelot aber drängte entschieden auf eine Antwort: er sei so instruiert, daß er sich auf die Erörterung einer Neutralität gar nicht einmal einlassen könne, sondern nur von zwei Meldungen eine nach Paris abgehen lassen könne, „nämlich Württemberg sei durch eine vorrückende französische Armee als Freund oder als Feind anzusehen und zu behandeln; das erste sei Alliirter und jede Modifikation unzulässig nach denen entschieden aufgestellten Grundsätzen des Kaysers der Franzosen"; eine Antwort des Kabinetts von Berlin abzuwarten, sei nicht möglich usw. Diesen verhüllten Drohungen fügte er Versprechungen hinzu: Oesterreichs schwäbische Besitzungen können den französischen Prinzipien nach nicht mehr geduldet werden; Frankreich erkenne an, daß ein Allianztraktat ganz zum Vorteil des schwäbischen Alliierten sein müsse; er sei ermächtigt, die Integrität Württembergs und Vorteile, welche der Krieg hervorbringen könnte, zu garantieren. Der kategorischen Forderung Didelots mußte Kurfürst Friedrich nachgeben; nach Anhörung des Geh. Rates schrieb er eine Erklärung nieder, die Wintzingerode am 30. abends Didelot vorlas: „Um seine Staaten vor dem unvermeidlichen Unheil zu bewahren, von denen sie im entgegengesetzten Falle bedroht seien, bleibe dem Kurfürsten nichts anderes übrig, als Didelot die eventuelle Versicherung zu geben, daß er im Kriegsfalle für den Kaiser der Franzosen sein werde, sobald er sich vor jeder überlegenen Streitmacht gedeckt und vor den Folgen gesichert sehen werde, die diese Erklärung ihm zuziehen könnte." Didelot war mit dieser Erklärung zufrieden und versprach vollständige Geheimhaltung derselben.

Am 31 August eilte er dann nach Karlsruhe; er war überzeugt, daß er dort sofort – er brauche daselbst nur Postpferde zu wechseln, sagte er – ebenfalls zum gewünschten Ziele gelangen werde. Noch an demselben Abend, gegen 9 Uhr, hatte er eine Unterredung mit dem Minister von Edelsheim, dem er nach Talleyrands Auftrag mündlich seine Eröffnungen

[1]) Ueber die Vorgänge in Stuttgart gibt das „Species facti, vom Grafen von Wintzingerode aufgesetzt wegen des Bündnisses mit Napoleon 1805" Auskunft, das v. Schloßberger veröffentlicht hat in der „Besonderen Beilage des Staatsanzeigers für Württemberg 1887" Nr. 18 S. 273 ff. u. 1888 S. 1 ff.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

machte. Doch gestattete er Edelsheim auf seine Bitte, die Hauptsätze, die den Gegenstand seiner Mission enthielten, aus Talleyrands Instruktion sich auszuziehen, um dem Kurfürsten möglichst genaue Mitteilung machen zu können. (304, 305.) Didelot verlangte dringend vom kurfürstlichen Kabinett eine sofortige klare und präzise Antwort und vertraute dem Minister unter dem Siegel der Verschwiegenheit an, daß Württemberg erklärt habe, zu Frankreich halten zu wollen und ohne Vorbehalt sich ihm anzuschließen. Er wünschte den Kurfürsten schon am 2. September — der 1. war ein Sonntag — in Baden-Baden zu sprechen, um seine definitive Entscheidung zu vernehmen, die, wie er glaubte, nur in einer Zustimmung bestehen könnte, „in einer Fensternische, mit nur zwei Worten, ohne daß es einer auffälligen Audienz bedürfe".

Seine Hoffnung, bei Edelsheim leichtes Spiel zu haben, erfüllte sich nicht, obgleich er sich alle Mühe gab, ihm die Vorteile zu zeigen, die der badische Hof von einer raschen Entscheidung im Sinne der französischen Forderung haben werde. Edelsheim stellte ihm nur die gewünschte Unterredung mit dem Kurfürsten für den 2. September in Aussicht, in der er die Antwort auf seine Anfrage erhalten würde. Der badische Minister war nicht gesonnen, ein Eingehen auf die Forderung Didelots zu befürworten; er traute wohl seiner Versicherung über den Entschluß des Stuttgarter Hofes nicht und hoffte immer noch auf einen Erfolg der Verhandlungen mit Preußen. Er gedachte mit Hinweisung auf die ungenügenden finanziellen und militärischen Kräfte des Landes, die gebieterisch eine vollständige Neutralität Badens verlangten, dem Begehren Didelots ausweichen zu können (309). Aber ehe noch die in Aussicht gestellte Unterredung Didelots mit dem Kurfürsten stattfand, trat ein Ereignis ein, das Karl Friedrich und seine Ratgeber in die schwerste Verlegenheit brachte und sie schließlich zu einem Entschlusse gegen ihren Willen und ihre Neigung zwang.

Napoleons Anschauungen über die von Baden zu fordernde Haltung im Falle eines Krieges, wie sie in der Instruktion für Didelot vom 18. August zutage getreten waren, hatten sich inzwischen geändert. Seit dem 23. August eifrig beschäftigt, die Anordnungen für den Aufmarsch seiner Armeekorps am Rhein zu treffen, hatte er zu der Erkenntnis kommen müssen, welche Wichtigkeit ein sofortiger enger Anschluß Badens an Frankreich bei seiner geographischen Lage für den raschen Erfolg der ersten Operationen nach dem Rheinübergange haben mußte. Aber in tiefstes Geheimnis mußten die Verhandlungen, die zu dieser Verbindung führen sollten, gehüllt werden, wenn sie anders ihren Zweck nicht verfehlen und nicht die Oesterreicher nur zu rascherem Vorgehen veranlassen sollten. Wiederum fiel Napoleons Wahl auf Thiard, den er eben erst in Baden angekommen glaubte, und dessen Bericht vom 26. über seinen Erfolg in der früher besprochenen Heiratsangelegenheit noch nicht in Talleyrands Händen war, als dieser auf Napoleons Weisung[1]) am 27. eine neue Instruktion an Thiard abgehen ließ (309). Letzterer war aber von Baden-Baden schon wieder abgereist, um über Stuttgart nach München zu gehen und dort für die Durchführung des Heiratsprojektes weiter zu arbeiten. In Stuttgart erhielt er am 31. August Talleyrands neue Instruktion. Ihr Inhalt war folgender:

Der voraussichtlich zwischen Frankreich und Oesterreich ausbrechende Krieg bedroht auch alle die Staaten, die sich unter den Schutz Frankreichs gestellt und diesem ihre Sicherheit, ihre Vergrößerung und einen höheren Rang in der politischen Hierarchie Deutschlands zu verdanken haben. Kein Staat aber verdankt dem Wohlwollen des französischen

[1]) vom 25. August. Corresp. de Napoléon. XI. S. 162 Nr. 9131.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Kaisers mehr als Baden. Der Kurfürst von Baden ist also am meisten an dem Ausgange eines Krieges interessiert, den Frankreich gegen die Macht führt, die in den letzten Verhandlungen sich am heftigsten der gegenwärtigen Organisation des Deutschen Reichs widersetzt hat. Der Kaiser kommt darum den Bedürfnissen und, wie Talleyrand glaubt, auch den Wünschen des Kurfürsten entgegen, indem er ihm ein Defensivbündnis zwischen Frankreich und Baden vorschlägt, dessen Entwurf Talleyrand an Thiard mitsendet. Für die Annahme dieses Bündnisses durch Baden sprechen mancherlei Gründe: die gegenwärtige Lage Badens, die Notwendigkeit einer engen Verbindung zwischen Frankreich und Baden, um die Sicherheit, den Frieden und das Gedeihen des letzteren zu fördern, endlich die Animosität, die das Wiener Kabinett gegen alle die Fürsten empfindet, denen es gelungen ist, sich seiner intoleranten und launischen Autorität zu entziehen, indem sie den Schutz und die Intervention Frankreichs anriefen. Der Kaiser bietet dem Kurfürsten gegen Stellung von 3000 Mann Garantie seines gegenwärtigen Besitzstandes und eine Vergrößerung seines Gebietes im künftigen Frieden an. Da Thiard bis jetzt ohne offiziellen Charakter am badischen Hofe war, also nicht direkt mit dem Ministerium sich in Beziehung setzen konnte, so sollte er sich an den Markgrafen Ludwig wenden, von dessen Einfluß eine Unterstützung des gewünschten Uebereinkommens zu erwarten sei. Unter den gegebenen Verhältnissen war die höchste Eile nötig; auf nebensächliche Verhandlungen durfte Thiard sich nicht einlassen.

Am 31. August, wie oben bemerkt, erhielt Thiard in Stuttgart diese Weisung Talleyrands (306), also an demselben Tage, an dem morgens Didelot nach Karlsruhe abgereist war, in einer höchst wichtigen diplomatischen Mission, wie er tags zuvor Thiard anvertraut hatte. Thiard reiste sofort ab, direkt nach Baden-Baden, ohne Karlsruhe zu berühren, um womöglich Didelot zuvorzukommen. Er kam am 1. September dort an, unmittelbar nachdem der Kurfürst ein Schreiben Edelsheims mit der Mitteilung von Didelots Forderung und seiner Bitte um eine Audienz erhalten hatte. Er sprach an diesem Tage nur den Markgrafen Ludwig, an den er ja besonders gewiesen war. Der Markgraf erkannte sofort, daß die Instruktion Thiards neueren Datums war als die Didelots, daß man also mit ersterem zu verhandeln habe. Der Kurfürst, durch den Markgrafen von Thiards Ankunft und Auftrag in Kenntnis gesetzt, geriet in Bestürzung; er wußte nicht, wie er sich zwischen den zwei Unterhändlern verhalten sollte. Da Thiard eine Mitteilung seines Auftrags an Didelot nicht zugeben konnte, so riet er selbst dazu, sich Didelots in der Weise zu entledigen, daß man ihm in der tags darauf, am 2. September, stattfindenden Audienz erklärte, der Kurfürst werde mit dem Kaiser in direkte Korrespondenz treten (329). Aus den Unterredungen mit dem Markgrafen gewann Thiard den Eindruck, daß dieser dem Kaiser ganz ergeben sei. Aber er erhob einen Einwand, dessen Gewicht auch Thiard anerkennen mußte: den vollständigen Geldmangel. Obwohl er andere Bedenken gegen das vorgeschlagene Bündnis nicht vorzubringen hatte, weigerte er sich doch, allein die Vermittelung zu übernehmen, da man sonst sicherlich sagen werde, er habe aus Verlangen, am Kriege teilzunehmen, den Kurfürsten zu diesem Schritte überredet. Er verlangte, das Ministerium sollte unterrichtet werden. Uebrigens hatte der Kurfürst schon von sich aus Edelsheim von der Sachlage in Kenntnis gesetzt, und dieser eilte am Morgen des 2. September zu Thiard und kündigte ihm an, der Kurfürst wolle bei der Wichtigkeit der Sache auch den Rat Reitzensteins[1]) und Dalbergs hören.

[1]) Nachdem Reitzenstein im Juni 1803 aus Gesundheitsrücksichten seinen Abschied als badischer Gesandter in Paris genommen hatte, hatte er einige Zeit im südlichen Frankreich zugebracht, war im September 1804 zurückgekehrt und lebte in Heidelberg ohne amtliche Eigenschaft, wurde aber wiederholt in wichtigen Angelegenheiten zu Rate gezogen.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Am Mittag fand die Audienz Didelots beim Kurfürsten statt (307), in der dieser auf Thiards Rat erklärte, er wolle in dieser für sein Land und seine Familie so wichtigen Angelegenheit direkt mit dem Kaiser verhandeln. Didelot sah in dieser Antwort nur eine Ausflucht; bei der Kürze der Zeit, da in acht Tagen schon die französischen Truppen am Rhein stehen könnten, müsse die Entscheidung schnell gefällt werden. Er wies auf den Stuttgarter Hof hin, der, obwohl bisher von Frankreich weniger gut behandelt als der badische, doch fast ohne Zögern sein Geschick mit dem des Kaisers verknüpft habe. Aber alle seine Bemühungen blieben ohne Erfolg; nach einer neuen vergeblichen Unterredung mit Edelsheim am Morgen des 3. September reiste er nach Stuttgart zurück. Für Thiard war sonach das Feld frei, und er verfehlte nicht, jetzt energisch vorzugehen. Die Zurückhaltung, die Edelsheim in seiner Unterredung mit ihm gezeigt hatte, erklärte er sich durch die Annahme, daß man auf die Antwort Preußens warte (306). Denn Thiard hatte von der Freifrau v. Venningen, geb. v. Dalberg, die Edelsheims Vertrauen genoß, erfahren, daß die Höfe von München, Stuttgart und Karlsruhe sich an Preußen gewandt hätten mit dem Ansuchen, die Neutralitätslinie über Süddeutschland bis nach Tirol auszudehnen.[1]) Um sich von der Wahrheit dieses Berichtes zu überzeugen, hatte er dem Markgrafen gesagt, er sei in Stuttgart über alles informiert worden, und der Markgraf gestand ihm bestürzt zu, die Sache sei richtig und man stehe mit Stuttgart darüber in Korrespondenz. Um eine weitere Verzögerung unmöglich zu machen, erklärte Thiard dem Markgrafen, er verlange bis spätestens den 4. eine Erklärung. Am 3. übersandte er dem Kurfürsten auf dessen Bitte eine Note (312), die seine Forderungen enthielt und der Besprechung im Ministerrate zugrunde gelegt werden sollte. Ihr Inhalt entsprach der oben mitgeteilten Instruktion Talleyrands. Sie deutete auf die Pflicht der Dankbarkeit für die von Frankreich erfahrenen guten Dienste, auf das Interesse Badens, das durch einen Sieg Oesterreichs nur geschädigt werden würde, da die mildeste Folge eines solchen der Verlust der früher erlangten Vorteile sein würde. Einer Neutralität Badens könne Napoleon nicht zustimmen; sie wäre auch illusorisch, da sie von Oesterreich nicht beachtet würde, dessen Heere in den früheren Kriegen selbst in dem verbündeten Lande so schlimm gehaust hätten. Eine Defensivallianz mit Frankreich sei das einzige Mittel, den Kurfürsten vor den von Oesterreich drohenden Gefahren zu erretten und andererseits ihn an den Vorteilen eines Sieges Frankreichs teilnehmen zu lassen. Die von Frankreich gestellten Bedingungen werden kurz aufgezählt: Für die Garantie der Integrität und Unabhängigkeit seines Besitzes und eine Vergrößerung im zukünftigen Friedensschluß verlange Napoleon nur den Anschluß eines Truppenkorps an die französischen Heere, sobald sie die Grenze überschritten hätten, das Verbot jedes Verkaufs von Pferden, Waffen und Lebensmitteln zu Gunsten der Feinde und strenge Ausführung der Bestimmungen betreffs der Emigranten. Der Vertrag sollte geheim gehalten werden.

Trotz des Tones der Höflichkeit, den Thiard in dieser Note wahrte und durch den er sich von Didelot vorteilhaft unterschied, konnten doch die versteckten Drohungen in der Note niemand entgehen.

Außer Edelsheim wollte der Kurfürst, wie oben gesagt, Dalberg und Reitzenstein zu den Beratungen zugezogen sehen. Aber ersterer wurde durch eine Erkrankung seines Vaters in Mannheim zurückgehalten und hat deshalb an den Verhandlungen keinen Anteil

[1]) Dieser Bericht Thiards an Talleyrand widerlegt also seine Erzählung in den Souvenirs S. 127, daß die Anregung zu den Neutralitätsverhandlungen mit den süddeutschen Höfen vom Berliner Kabinett ausgegangen sei.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

genommen; er hat auch von dem Resultate keine Kenntnis erhalten.[1]) Reitzenstein traf am 3. September abends in Baden-Baden ein und wurde vom Kurfürsten sogleich in die Lage der Dinge eingeweiht. Er las aufmerksam den vorgelegten Vertragsentwurf. Die Forderung, die badischen Truppen mit den französischen zu vereinen, sobald diese die Grenze überschritten hätten, also aktiven Anteil an einem Angriffskrieg zu nehmen und tatsächlich an Oesterreich den Krieg zu erklären, vielleicht auch an Rußland, von denen das eine das Haupt des Reiches, das andere durch Bande des Blutes eng mit dem badischen Fürstenhaus verbunden war, schien ihm schwere Gefahren für Baden zu enthalten. Eine solche Forderung war unvereinbar mit der Idee eines Defensivvertrags, wie Talleyrand es zu nennen beliebte. Er fürchtete schlimme Folgen. Unterlag Frankreich, so drohte die Rache Oesterreichs; er dachte an die oesterreichische Invasion in Bayern 1705 und 1743. Im andern Falle sah er für die badischen Truppen entweder eine wenig ehrenvolle Verwendung — wie das später auch eintrat — oder schwere das Volk, erbitternde Verluste an Menschenleben voraus. Die Versprechungen Frankreichs lockten ihn nicht: man werde doch immer erlangen, was dem Hause Baden zuzugestehen das eigene Interesse Frankreichs verlange.

Der Kurfürst stimmte diesen Bedenken, die Edelsheim fast Wort für Wort ihm vorgetragen habe, vollständig bei. Er hatte nur den Wunsch, sich und seinem Lande die Neutralität zu erhalten; er verzichtete gern auf Gebietsvergrößerungen, die um den Preis des Blutes auch nur eines einzigen seiner Untertanen erkauft werden mußten. Aber beide Franzosen, Didelot sogut wie Thiard, hatten erklärt, Napoleon werde eine Neutralität in keinem Falle anerkennen. Sein gewalttätiger und rachsüchtiger Charakter, seine geringe Achtung vor dem Völkerrechte waren ja bekannt genug. So blieb nur übrig, ernstlich zu erwägen, ob eine feindliche Behandlung durch die Oesterreicher oder durch die Franzosen mehr Gefahren für das Land bringen werde. Reitzenstein zog sich dann zurück, um über den zu fassenden Beschluß reiflich nachzudenken.

Die für den folgenden Tag, den 4. September, angesetzte Beratung konnte nicht stattfinden, da Reitzenstein krank zu Bette bleiben mußte. Inzwischen hatte Edelsheim Schritte getan, um sich über die Absichten Württembergs zu vergewissern. Der Behauptung Didelots betreffend den Anschluß Württembergs an Frankreich mißtrauend, hatte er am 2. September Mandelslohe dringend um schleunige Mitteilung gebeten, ob wirklich, wie man ihm versichert habe, der Kurfürst von Württemberg die Forderung Didelots angenommen habe. Er hatte dann tagsdarauf in Durlach eine Besprechung mit Graf Wintzingerode und erfuhr von diesem, daß der Kurfürst auf das Drängen Didelots die Erklärung abgegeben hatte, die wir oben kennen gelernt haben. Mit dieser Nachricht kehrte Edelsheim am 4. nach Baden-Baden zurück. Die Erklärung des Kurfürsten von Württemberg ließ die Vermutung begründet erscheinen, daß einem weiteren Drängen und der ausdrücklichen Forderung auf Anschluß eines württembergischen Truppenkorps an die französische Armee kein Widerstand entgegengesetzt werden könne. Um die Verlegenheit noch zu vermehren, teilte Thiard am folgenden Tage, am 5. September, dem Minister mit, daß in der Nacht ein außerordentlicher Kurier vom Kaiser aus Boulogne gekommen sei und ihm mit der formellen Vollmacht, die bisher noch ausgestanden, eine vollständige Ausfertigung des Vertrags überbracht habe, der nach den Instruktionen des Kaisers ohne eine Einschränkung oder Hinzufügung oder irgendwelche Abänderung abgeschlossen werden müsse.

[1]) Das folgende nach Aufzeichnungen Reitzensteins (329) und Edelsheims (330).

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Die fünf Artikel dieses Vertrages bestimmten: 1. Napoleon garantiert dem Kurfürsten die Unabhängigkeit und Integrität seiner Staaten nach dem Stande von 1803. 2. Der Kurfürst verspricht, ein Korps von 3000 Mann zu dem französischen Heere stoßen zu lassen, sobald dieses die Grenze Frankreichs überschritten habe und in Deutschland eingedrungen sei. 3. Er verpflichtet sich, im ganzen Umfang seiner Staaten den Ankauf von Pferden, Waffen, Lebensmitteln usw. auf Rechnung der Feinde Frankreichs streng zu verbieten. 4. Napoleon verspricht, Baden in alle Friedensverträge, die er schließen werde, einzuschließen und ihm eine Gebietsvergrößerung zu sichern, proportional den Vorteilen, die aus dem Kriege hervorgehen können. 5. Die Bestimmungen und Verbote betr. der Emigranten im Kurfürstentum Baden sollen streng ausgeführt werden, der Kurfürst verpflichtet sich, alle notwendigen Maßregeln zu ergreifen, um zu verhindern, daß ein Emigrant in seine Staaten eindringe und sich dort aufhalte. Der Vertrag sollte geheim gehalten werden, der Austausch der Ratifikationen innerhalb 30 Tagen nach seiner Unterzeichnung stattfinden.

In einer daraufhin stattfindenden Besprechung Edelsheims mit Thiard erklärte dieser dem Minister, er werde seinen Kurier nicht länger mehr als 24 Stunden zurückhalten; wenn man Schwierigkeiten mache, den Vertrag so, wie er vorgeschlagen wurde, abzuschließen, habe er den Auftrag sich zurückzuziehen und sich vorläufig nach Straßburg zu begeben, von wo aus dann sogleich nach der Ankunft der französischen Armee die Frage gestellt werden würde, ob man sie als Freund oder als Feind aufnehmen wolle. Auf Edelsheims Bemerkung, eine französische Armee werde immer als Freund aufgenommen werden, erwiderte Thiard, unter einem Freunde verstehe man einen Verbündeten, und die Frage, die man stellen werde, sei die, ob man sich mit der französischen Armee verbünden wolle, indem man die badischen Truppen zu ihnen stoßen lasse, oder ob man es vorziehe, daß die französische Armee das Land als feindliches behandle. Zu ersterem Entschlusse werde man in jedem Falle sich gezwungen sehen; es bleibe nur die Wahl übrig, ob man sofort und mit den durch den Vertrag gebotenen Vorteilen das tun wolle, was man später ohne diese doch werde tun müssen. Der Kaiser habe es vorgezogen, auf eine freundliche Weise zu bitten; aber man müsse doch den Charakter Napoleons kennen und wissen, daß er nicht gewohnt sei, von dem abzustehen, was er einmal sich vorgenommen habe.

So mußte man denn im Laufe dieses Tages noch zu einem Entschlusse kommen. Reitzenstein schlug wohl als Auskunftsmittel vor, von den drei Forderungen Napoleons die beiden letzten als wohlvereinbar mit den Pflichten einer vollkommenen Neutralität anzunehmen, bezüglich der Forderung der Truppenstellung aber angesichts der Schwierigkeit der Ausführung und der möglichen schlimmen Folgen bei Napoleon persönliche Vorstellungen machen zu lassen. Er schlug zu dieser Sendung den Kurprinzen vor, der zuvor nach Stuttgart und Berlin gehen sollte. Er dachte also immer noch daran, in weiterer Verfolgung des von Stuttgart aus angeregten Gedankens in einer Neutralität unter Preußens Schutz einen Rückhalt zu suchen. Aber seinem Vorschlage wurde entgegengehalten, der Kurprinz sei russischer General und Inhaber eines russischen Regimentes; der Kaiser könne das vielleicht zum Vorwand nehmen, um den Prinzen zurückzuhalten, wenn er ohne den unterzeichneten Vertrag komme. Auch waren die Instruktionen Thiards, die dieser dem Markgrafen Ludwig mitgeteilt hatte, derart, daß man sich nicht mit der Hoffnung schmeicheln konnte, die geringste Modifikation zu erlangen. Es wurde auch daran gedacht, einen kurzen Aufschub von 48 Stunden auszuwirken, um in der Zwischenzeit mit dem Stuttgarter Hof sich ins Einvernehmen zu setzen. Denn einige direkte Bemerkungen Thiards mußten so gedeutet

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

werden, als habe Didelot in Stuttgart dieselbe Forderung auf Stellung eines Hülfskorps ausgesprochen. Aber Markgraf Ludwig und Edelsheim waren überzeugt, daß Thiard auf diesen Aufschub nicht eingehen und seine Drohung einer sofortigen Abreise wahr machen werde, wenn er nicht bis zum Abend eine bestimmte Antwort erhalte.

Damit war jeder Mittelweg ausgeschlossen; es blieb nur noch die eine Wahl: Bündnis oder Krieg mit Frankreich. Reitzenstein erklärte, nach seinem persönlichen Empfinden sei er eher für letzteren Entschluß. Der Kurfürst solle das Bündnis schlankweg ablehnen, auf der Stelle nach Ansbach oder Berlin gehen, den Schutz Rußlands und Preußens anrufen und das Geschick des Landes der Zukunft überlassen. Der französische Kaiser werde sich doch vielleicht scheuen, seinen Ruf durch einen unerhörten Akt der Barbarei und des Despotismus zu schänden. Doch mußte Reitzenstein gewissenhaft hinzusetzen, er gebe damit nicht einen direkten Rat, sondern bezeichne damit nur den Entschluß, den er vielleicht fassen würde, wenn er sich selbst zu entschließen hätte. Es wurde ihm bemerkt, es handle sich vor allem darum, ob die Pflicht des Landesherrn, für das Wohl des Landes zu sorgen, einen solchen Entschluß zulasse, dessen unmittelbare Folge die Verwüstung des Kurfürstentums sein könne, wie es eine solche schon in den Kriegen Ludwigs XIV. erlebt habe. Man konnte sich nicht verbergen, daß die Gefahr vonseiten der Franzosen eine viel drohendere sei als vonseiten der Oesterreicher. Es gab kein Mittel, das Land vor der Rache Napoleons zu schützen; es war dagegen viel wahrscheinlicher, daß es gegen Verwüstung vonseiten der Oesterreicher geschützt werden könne, denn dazu brauchte die französische Armee nur in der Lage zu sein, sich jenseits der Schwarzwaldpässe zu behaupten, während man für den andern Fall voraussetzen mußte, daß ein oesterreichisches Heer in das Elsaß eindringe oder wenigstens die Rheinufer besetze, was ganz unwahrscheinlich war.

Reitzenstein konnte ebensowenig wie die andern Mitglieder des Konseils sich dem Gewicht dieser Gründe verschließen. Zu seinem größten Schmerz sah sich so der Kurfürst gezwungen, zwischen zwei Uebeln das kleinere zu wählen und die Gefahr zu entfernen, die man als die furchtbarste betrachten mußte. Er befahl Edelsheim, noch an demselben Tage Thiard zu erklären, der vorgeschlagene Vertrag werde angenommen und unterzeichnet werden; doch solle zuvor dem Kurfürsten ein an die französische Regierung zu richtendes Memoire vorgelegt werden, das die Unmöglichkeit, bei dem gegenwärtigen Stand der kurfürstlichen Finanzen die in dem Vertrag erzwungene Verpflichtung zu erfüllen, und einige besondere Wünsche darlegte. Dieses Memoire sollte badischerseits als integrierender Bestandteil des Vertrags betrachtet werden. Daraufhin schob Thiard die Abreise seines Kuriers bis zum folgenden Abend auf, erklärte aber, nach seiner Instruktion nicht in der Lage zu sein, das Memoire in den Vertrag aufzunehmen, Doch verpflichtete er sich, nach Unterzeichnung des Vertrags es an Talleyrand zu übermitteln mit der Bitte, es Napoleon vorzulegen. Man mußte nachgeben; die Unterzeichnung des Vertrags erfolgte vor der Uebergabe des Memoires. Der Vertrag trägt das Datum des 5. September (315); doch fand nach den Aufzeichnungen Reitzensteins der Austausch der Vollmachten Thiards und Edelsheims und die Unterzeichnung durch diese beiden erst am 6. September statt. Zwei Stunden später, am Abend des 6., übersandte Edelsheim an Thiard das Memoire, das von dem Geh. Referendär Wielandt entworfen, mit Zusätzen und Korrekturen Edelsheims und Reitzensteins versehen, dem Kurfürsten am Morgen vorgelegt und dann nach dessen eigenen Anweisungen abgeändert worden war (316). Inhaltlich beruhte es in seinem ersten

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Teile auf den schon einige Tage vorher von Edelsheim schriftlich fixierten Gedanken, mit denen er Didelots und dann Thiards Forderungen hatte entgegentreten wollen. Es betonte die geringe Zahl der badischen Truppen, die eben nur für die Repräsentation des Fürsten und die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Lande genügten, und die Zerrüttung der badischen Finanzen, die es dem Kurfürsten schwer oder vielmehr unmöglich machten, sein Truppenkorps auf den Kriegsfuß zu stellen und zu erhalten und so den Verpflichtungen des Bündnisvertrages nachzukommen. Seine Bewunderung für den Kaiser, seine Dankbarkeit für die von ihm erfahrenen Wohltaten und die Rücksicht auf das Wohl seines Landes führten ihn selbstverständlich auf die Seite Frankreichs; aber er habe sich mit der Hoffnung schmeicheln zu können geglaubt, daß eine Neutralität Badens wie im letzten Krieg auch diesmal den Beifall Napoleons finden werde. In der Zwangslage, in die er sich versetzt gesehen habe, habe er befohlen, den vorgelegten Vertrag zu unterschreiben dessen zweiter Artikel ihn aber veranlasse, einige Wünsche zu äußern. Der Vertrag verlange den Anschluß des badischen Korps, sobald die französischen Truppen die Grenzen Frankreichs, d. h. den Rhein überschritten hätten. Der Kurfürst wünschte den Zeitpunkt so festgesetzt zu sehen: wenn eine französische Armee, an Stärke den gegenüberstehenden feindlichen Streitkräften entsprechend, so weit vorgedrungen sein würde, daß die obere Herrschaft des Kurfürstentums durch sie vor dem Angriff der Oesterreicher vollständig gesichert sein würde. Die übrigen Wünsche betrafen die Wahrung einer möglichst großen Selbständigkeit des badischen Kontingents in Führung, Verwaltung und Jurisdiktion; die fünf badischen Bataillone sollten nicht von einander getrennt werden. Außerdem suchte der Kurfürst zu seiner eigenen Entlastung die Sorge für den Unterhalt, Transport, Krankenpflege usw. möglichst der französischen Oberleitung zuzuschieben. Diese in neun Artikeln präzisierten Wünsche könnten, so meinte er, den Inhalt eines ergänzenden Vertrages bilden.

Das Memoire wurde gleichzeitig mit dem Vertrag durch einen Kurier Thiards befördert, der am 7. morgens nach Paris abging. Die Nacht vom 6. auf den 7. brachte man in Baden-Baden in großer Unruhe zu, denn man hatte gefürchtet, Thiard werde das Memoire nicht annehmen, da er vorher erklärt hatte, er werde keine Schrift annehmen, in der das Wort Neutralität vorkomme. Man wurde aber durch Thiard selbst darüber beruhigt, der versicherte, es nicht nur an seine Regierung abgesandt zu haben, sondern auch es in seinen Depeschen unterstützen zu wollen, da er von der Richtigkeit der darin vorgebrachten Bedenken überzeugt sei.

Wie oben bemerkt, hatten vor Abschluß des Vertrags vom 5. September Aeußerungen Thiards bei den badischen Staatsmännern den Eindruck erweckt, als habe Didelot in Stuttgart ebenfalls die Stellung eines Truppenkorps und den Abschluß eines Bündnisvertrags verlangt. In dieser Annahme hatte Edelsheim noch am 5. an Wintzingerode geschrieben, hatte in vorsichtig andeutenden Worten von den weitgehenden Forderungen gesprochen, die wohl auch an Württemberg gestellt würden oder schon gestellt seien, und Wintzingerode im Vertrauen mitgeteilt, daß Baden infolge der Gefahren seiner Lage sich den Forderungen Frankreichs wohl nicht werde entziehen können (319). Er bat den württembergischen Minister zugleich um Mitteilung, ob in der Tat Didelot solche Forderungen gestellt habe und ob der Kurfürst sich darauf einlassen werde. Wintzingerode, der die Andeutungen nicht verstehen konnte, schickte darauf den Regierungsrat Wucherer zu einer Besprechung mit Edelsheim nach Karlsruhe (7. September), und aus dessen Mitteilungen ersah der badische Minister, daß er von Thiard getäuscht worden war. An die württembergische Regierung war noch keine

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

weitere Forderung gestellt worden, die über die ursprüngliche Anfrage Didelots hinausgegangen wäre. Man bereute es jetzt, nicht jede offizielle Erklärung Thiard gegenüber so lange zurückgehalten zu haben, bis man sich mit dem Stuttgarter Hofe über gemeinsame Maßregeln ins Einvernehmen gesetzt hatte. Eine weitere unangenehme Folge war, daß die bisherige Offenheit in dem Verkehr mit Stuttgart nicht mehr möglich war und die badische Regierung stets fürchten mußte, sich dem Vorwurfe ausgesetzt zu sehen, als habe sie sich zweideutig benommen. Man mußte jetzt erst recht alle nur möglichen Vorkehrungen treffen, um über das, was man tun zu müssen geglaubt hatte, einen undurchdringlichen Schleier des Geheimnisses zu breiten. Auf Bitten des Markgrafen Ludwig versprach denn auch Thiard, daß der Vertrag vor Bayern und Württemberg streng geheim gehalten werde.

An demselben 5. September, an dem durch den Geheimvertrag die enge Verbindung Frankreichs und Badens für den bevorstehenden Krieg besiegelt wurde, machte in Wien der russische Gesandte Rasumowsky dem badischen, v. Gemmingen, Mitteilung von der oben erwähnten Depesche Czartoriskys. Auf seinen Vorschlag beförderte Gemmingen selbst am 7. die Depesche an Maltiz nach Karlsruhe, „damit die Ankunft eines russischen Kuriers kein dort vielleicht nachteiliges Aufsehen erregte". Maltiz eröffnete Edelsheim in einer Note vom 13. September die Vorschläge seiner Regierung. Dieselbe Mitteilung erfolgte natürlich auch in Stuttgart. Auch hier, wo man Frankreich gegenüber doch nicht so gebunden war, wie in Baden, fanden die russischen Vorschläge keine gute Aufnahme. Die ablehnende Antwort auf die russische Note wurde dem badischen Hofe vertraulich mitgeteilt, und Edelsheim schrieb im gleichen Sinne an Maltiz. In dieser Abweisung des russischen Vorschlags handelten die württembergische und badische Regierung demnach wieder in vollem Einverständnis miteinander, ja es scheint sogar, daß während dieser Verhandlung Edelsheim dem württembergischen Generalmajor v. Geismar vertrauliche Mitteilung von dem Abschluß des Bündnisses mit Frankreich gemacht habe (343).

II.

Unterdessen hatte Napoleon seit dem 23. August seine Vorbereitungen getroffen, um seine Armeekorps nach dem künftigen Kriegsschauplatz zu dirigieren. Bernadotte sollte von Hannover aus nach dem Main und nach Franken gehen, Marmont sein Korps aus dem Lager von Lüttich nach Mainz führen, die übrigen bis dahin im Lager von Boulogne vereinigten Truppen weiter aufwärts am Rhein sich sammeln: Davoust bei Mannheim, Soult bei Landau, Ney im Unterelsaß, Lannes bei Straßburg, wo sich auch die Reservekavallerie unter Murat sammelte. Alle diese Bewegungen wurden nach dem bis ins kleinste detaillierten Plan Napoleons mit solcher Genauigkeit und Pünklichkeit ausgeführt, daß in wenigen Wochen, bis kurz nach dem 20. September, alle Korps ihre Stellungen eingenommen hatten, ohne daß der Gegner eine Ahnung davon hatte. Am 8. September hatten die Oesterreicher durch die Ueberschreitung des Inn und den Einmarsch in Bayern tatsächlich den Krieg eröffnet. Damit nahte auch der Augenblick, wo der Kurfürst von Baden genötigt war, seinen Vertragspflichten gegenüber Frankreich nachzukommen.

Napoleon ließ am 15. September durch Talleyrand Thiard seine volle Befriedigung über den Abschluß des Vertrags vom 5. September aussprechen. Er wünschte eine möglichst baldige Ratifikation und erklärte sich damit einverstanden, daß die in dem beigegebenen Memoire ausgedrückten Wünsche des Kurfürsten durch Frankreich ausgeführt würden, wie wenn sie in den Text des Vertrags inseriert wären. Der badische Bevollmächtigte, Edelsheim,

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

erhielt als Geschenk eine Dose, und Thiard wurde autorisiert, ein etwaiges Gegengeschenk anzunehmen (333). An demselben Tage erging aber auch an ihn die Weisung (332), auf eine Beschleunigung der Vorbereitungen zur Erfüllung des Vertrags zu dringen. Die 3000 Mann kurfürstlicher Truppen sollten möglichst bald bereit sein und Markgraf Ludwig ihr Kommando erhalten. Baden sollte 100 vierspännige Fuhren zum Transport von Munition und Lebensmitteln stellen, die Vergütung dafür, im Betrag von höchstens 200 000 Francs, in Straßburg sogleich ausbezahlt werden. Murat, der in Straßburg kommandierte, aber noch keine feindliche Bewegung machen sollte, bis die französischen Armeekorps heran wären, was kurz nach dem 21. September erwartet wurde, erhielt Ordre, trotzdem, auf ein bloßes Billet des Kurfürsten hin, genügende Streitkräfte über den Rhein zu schicken, um den Kurfürsten im Notfall zu schützen. Thiard sollte sich durch Vermittlung des Markgrafen Ludwig Leute verschaffen, die mit den Pässen des Schwarzwaldes und allen Positionen zwischen Mannheim und der Donau bekannt wären, und sie nach Straßburg schicken, außerdem Spezialkarten, deren es sehr schöne im Kataster in Mannheim gebe. In den schmeichelhaftesten Worten, die von Versicherungen des Wohlwollens seines kaiserlichen Herrn für das badische Herrscherhaus und Land überflossen, teilte dann Thiard dem badischen Minister die Annahme der Nachtragsartikel durch Napoleon mit und bat um baldige Ratifikation des Vertrags — sie erfolgte noch am selben Tage, den 19. September — und um Erlaß der nötigen Anordnungen, damit das badische Hülfskorps „zur bestimmten Zeit imstande sei, den Bewegungen der französischen Armee zu folgen und ihre Mühen zu teilen“ (339).

Das war aber leichter gesagt als getan. Dem scharfblickenden Franzosen entgingen die Schwierigkeiten nicht, die sich der Erfüllung des Wunsches Napoleons entgegen stellten. Er kannte die finanziellen Nöte, in denen die badische Regierung sich befand. „Sie hat keinen Sou, überall verhandelt sie wegen Anlehen, ohne sie ausführen zu können. Ich weiß wirklich nicht, wie sie es anfangen wird, diese 3000 Mann ins Feld zu stellen“ (340). Eine anderweitige Bestätigung dieser Finanznot aus denselben Tagen liefert ein Bericht des oesterreichischen Gesandten v. Schall an seine Regierung (440): Vor einigen Tagen schickte das Generalzahlamt die ganze Stadt aus, um nur 12 000 Gulden zusammen zu bringen. Zu 100 Gulden nimmt man Geld auf. Man hat sogar die wenigen Beiträge, die zur Erbauung einer katholischen Kirche eingegangen sind, nicht unangetastet gelassen. Gestern kam an das kurfürstliche Bauamt die Weisung, alle öffentlichen Baue einzustellen, weil es an Geld, solche fortzusetzen, mangle usw. Unter diesen Umständen, fürchtete Thiard, werde sich der Wunsch Napoleons nicht erfüllen lassen, wenn man nicht der badischen Regierung durch Vorschüsse oder Darlehen die Mittel gewähre, um die ersten Ausgaben zu decken. Er machte Talleyrand mehrere dahingehende Vorschläge, die aber, wie es scheint, keinen günstigen Boden fanden, da Talleyrand später niemals auf sie zurück kam.

Uebrigens war es nicht die Finanznot allein, die Baden zu langsamem Vorgehen in seinen Rüstungen nötigte. Mußte doch das Geheimnis des Vertrags mit Frankreich gewahrt bleiben, von dem selbst die Mitglieder des Geh. Rates noch keine Ahnung hatten. Man mußte also alle auffallenden Schritte vermeiden, die einen Verdacht wegen der Haltung Badens hervorrufen konnten, besonders bei Oesterreich, dessen Rache das obere Fürstentum noch zu leicht ausgesetzt war. Am 15. September abends waren oesterreichische Truppen, Husaren und Tiroler Jäger, in Biberach eingezogen und hatten dort Quartier bezogen; in den nächsten Tagen wurden die Gegenden am nördlichen Bodensee durch weitere Abteilungen besetzt. Streifkorps, die bis in den mittlern und nördlichen Schwarzwald vordrangen,

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

zeigten, daß die Gefahr einer Ueberrumpelung durch die Oesterreicher nahe genug lag. Die vom Obervogteiamt Biberach an das Geheimratskollegium einlaufende Meldung versetzte dieses in große Verlegenheit; es erbat vom Kurfürsten Instruktion für alle Fälle und lehnte für sich alle Verantwortung ab, wenn „in der Unkenntnis der höheren politischen Hinsichten" irgend ein Mißgriff geschehe, da das Kollegium noch keine Mitteilung erhalten habe, welche Partie der Kurfürst zu nehmen gedenke oder vielleicht schon genommen habe (352). Auch jetzt erfolgte noch keine Aufklärung; der Kurfürst erließ am 18. September den Bescheid, „die etwa einkommenden Anfragen der exekutiven Behörden mit möglichster Vorsicht zu erledigen" und die eingelaufenen Berichte mit der Anzeige des Geschehenen jeweils vorzulegen.

Karl Friedrich suchte den eigentlichen Zweck seiner nächsten Schritte dadurch zu verhüllen, daß er in einem Schreiben an den Geh. Rat vom 19. (353) es für zweckmäßig erklärte, nach dem Vorgange Bayerns bei etwaigem Einmarsch oesterreichischer oder anderer fremder Truppen seine eigenen zurückzuziehen und bei Mannheim zu konzentrieren, wohin der nötige Transport von Militäreffekten und Fourage zu leiten sei. Freilich meinte darauf Geh. Rat Brauer, Baden befinde sich doch nicht in derselben Lage wie Bayern; er fürchtete, daß eine Konzentration der Truppen erst recht den einen oder andern Teil zur Forderung des Anschlusses veranlassen werde, und fand diese Zusammenziehung gerade in Mannheim für besonders gefährlich, da diese Stadt doch vermutlich einen Durchgangspunkt für die französischen Truppen bilden werde. Für den Fall, daß die oesterreichischen Truppen in zu bedenkliche Nähe rücken würden, gedachte der Kurfürst sich ebenfalls nach Mannheim zurückzuziehen.

Schon wenige Tage später trat an Karl Friedrich die Forderung Napoleons[1]) heran, das badische Hülfskorps schon bis zum 27. September in Durlach zur Vereinigung mit dem Korps Ney's bereit zu halten, da die französischen Truppen am 25. den Rhein überschreiten würden. Der Kurfürst erklärte Murat, der ihm am 24. von Straßburg aus die Forderung Napoleons mitteilte, es sei unmöglich, das Truppenkorps zu stellen. Er berief sich auf Artikel 1 des Zusatzvertrags, der den Zeitpunkt genau festsetze, an dem die Verpflichtung Badens eintrete; bei der Notwendigkeit, das Geheimnis zu wahren, habe man die Rüstungen nicht beschleunigen dürfen (356). Murat beruhigte ihn (357): Die Franzosen würden den Oesterreichern keine Zeit lassen, feindliche Schritte gegen die kurfürstlichen Lande zu unternehmen. Napoleon verlange nur das Mögliche; wenn der Kurfürst nicht imstande sei, das ganze Korps zu sammeln, so werde es genügen, wenn er nach Durlach schicke, was er eben beisammen habe.[2])

Am 25. September überschritten die Korps von Lannes bei Kehl und von Davoust bei Mannheim, am 26. Ney bei Au und Soult bei Speyer den Rhein. An diesem Tage kam auch Napoleon selbst in Strassburg an, wo der Kurprinz, Markgraf Ludwig und Oberst v. Harrant in Begleitung Thiards ihm ihre Aufwartung machten. Mit dem Uebergang der Franzosen über den Rhein begann eine schwere Zeit für das badische Land. Der letzte (10.)[3]) Zusatzartikel zum Bundesvertrag lautete zwar: Die französischen Generäle und Kommissäre

---

[1]) Corresp. de Napoléon. XI S. 281. Nr. 9249.

[2]) Am 18. September hatte Napoleon an Murat geschrieben: Je vous ai écrit de ménager l'électeur de Bade, pour ne point le compromettre, jusqu'au moment ou mon armée sera en mesure. Corresp. XI S. 263. Nr. 9231.

[3]) Der im badischen Memoire vorgeschlagene 9. Artikel war in einen 9. und 10. zerlegt worden.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

dürfen in den Staaten S. Kurf. Hoheit keine Requisitionen vornehmen, selbst nicht gegen Gutscheine. Es war aber vorauszusehen, dass das Land für den Unterhalt der durchziehenden Armee doch manches Opfer werde bringen müssen, und Murat bat auch am 24. September (355) den Kurfürsten, Befehl zu geben, dass Lebensmittel und Fourage während des Durchmarsches geliefert würden. Er versicherte dabei, dass ihm nichts mehr am Herzen liege, als die Untertanen des Kurfürsten vor jeder Mißhandlung zu schützen.[1]) Am 25. ließ darauf der Kurfürst an die Oberämter Weisungen ergehen, die französischen Truppen freundlich aufzunehmen und zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse, namentlich an Fourage, Anstalten zu treffen, indem allenfalls auch von den herrschaftlichen Vorräten Naturalien abgegeben werden könnten (358). Zur Erleichterung derjenigen Oberbeamten, durch deren Bezirke der stärkste Truppendurchzug geschehen dürfte, wurden landesherrliche Kommissare abgeordnet. Geh. Referendär Oehl wurde zum Oberlandeskommissar ernannt und ins französische Hauptquartier entsandt. Er erhielt die Weisung, dort die Interessen des Staats und der Untertanen wahrzunehmen und ihnen alle möglichen Erleichterungen zu verschaffen, die französische Armee in allem zu unterstützen, was die Quartiere, die nötigen Lebensmittel und Transporte betreffe, soweit das das Land des Kurfürsten angehe. Oehl begab sich sofort nach Straßburg und stellte sich dort dem General-Intendanten der Armee vor, dem Staatsrat Petiet, mit dem er hauptsächlich geschäftlich zu verkehren hatte. Schon am 28. hatte er von schweren Uebergriffen der Franzosen in Kehl zu berichten. Napoleon befahl, ohne der Bitten der Einwohner zu achten, den größten Teil der Häuser niederzureissen und den Platz in aller Eile zu befestigen. Dabei wurde die badische Regierung nicht gefragt, nicht einmal eine Mitteilung an sie gemacht. Mit Mühe erhielten die Bewohner eine Frist von 48 Stunden, um die Häuser zu räumen (360). In anderer Beziehung war man wieder zuvorkommender. Der Stadt und Universität Heidelberg wurde Befreiung von aller Einquartierung zugesichert (362)[2]), was auch etwas später für Karlsruhe erreicht wurde.[3]) Im übrigen aber hatte das Land durch die Verpflegung der großen Armee aufs schwerste zu leiden. Gegen die Bestimmung des Artikels 10 wurden die drückendsten Requisitionen vorgenommen, so daß Edelsheim dem französischen Gesandten Massias gegenüber (365) den Vorwurf aussprach, Frankreich habe durch diese Requisitionen, die gegen den Wortlaut und den Geist des Vertrages verstießen, sich einen Vertragsbruch zu Schulden kommen lassen. Noch energischer lauteten die Vorhalte, die der Kurfürst Thiard machen ließ (364): Sie könnten selbst Zeuge sein, daß es kein einziges Dorf im ganzen Lande gibt, das nicht wegen der Nichtausführung dieses Vertrages Beschwerde erheben könnte . . . Das Land ist von einem Ende zum andern ausgefressen." Die Berichte Oehls geben viele Einzelheiten über Ausschreitungen der französischen Truppen beim Durchmarsch und über die drückenden Requisitionen. Das Auftreten der Franzosen, sagte er, ist überhaupt weit unerträglicher als im letzten Krieg, „wo sie noch citoyens waren".

Schon nach dem Rheinübergang bei Au am 26. September hatte Ney den sofortigen Anschluss der badischen Truppen an sein Korps gefordert. Man bat um Frist, aber die

---

[1]) Weisung Napoleons an Murat, 21. September: Le général Lannes vivra des réquisitions qu'il fera sur la droite du grand chemin de Durlach à Stuttgart; les pays de la gauche nourriront le maréchal Ney etc. . . . Les états de Bade doivent être ménagés, puisque nous sommes amis. Corresp. XI. S. 282 Nr. 9249.

[2]) Berthier stellt am 3. Oktober im Auftrag Napoleons einen Sauvegardebrief für die Universität H. aus: Corresp. XI. S. 340. Nr. 9320.

[3]) Bertrand, Lettres inédites de Talleyrand à Napoléon, S. 155.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Franzosen wollten von keinem Aufschub mehr wissen. Aeußerst verletzend klangen die Worte des Schreibens, das Thiard aus dem Hauptquartier Napoleons in Straßburg am 29. September an den Markgrafen Ludwig richtete (363): Der Kaiser sei überrascht, daß vonseiten Badens zur Erfüllung des Vertrags noch nichts geschehen sei. Man habe ihm Zweifel an der Aufrichtigkeit des badischen Hofes einzuflößen gesucht, der absichtlich zurückhalte und nur Zeit zu gewinnen suche, um nach den Umständen zu handeln. Der Kaiser habe freilich solche Insinuationen bei der geographischen und politischen Lage Badens als unwahrscheinlich zurückgewiesen. „Es gibt ein Mittel, um allen diesen Verleumdungen entgegenzutreten: Lassen Sie sofort, morgen schon, ein Korps marschieren, von 1200 Mann, wenn es nicht stärker sein kann, von Mannheim, von Bruchsal, von Rastatt, von allen Punkten, wo Sie irgend welche Truppen haben; es soll auf Stuttgart zu rücken, und sein Kommandeur es unter den Befehl Neys stellen." Er riet ferner dem Kurfürsten, eine Proklamation an die badischen Truppen zu erlassen, dass ihr Herrscher in Befolgung des Beispiels von Bayern, Württemberg und Hessen-Darmstadt, — letztere beide hatten aber einen Allianzvertrag mit Napoleon überhaupt noch nicht geschlossen — um die Unabhängigkeit des Deutschen Reiches zu sichern und es vor den Usurpationen des Hauses Oesterreich zu retten, seine Truppen mit denen des französischen Kaisers vereinige. Ein solcher Schritt werde das Verhalten des badischen Hofes vor jeder Verleumdung sichern.

Eine solche Anzweiflung seiner Vertragstreue und Aufrichtigkeit war in den Augen des Kurfürsten ein Angriff auf seine Ehre, gegen den er sich entschieden zur Wehr setzte. Es liegt ein Konzept vor zu einem Antwortschreiben des Markgrafen Ludwig an Thiard (364), worin er in scharfen Worten dessen Vorwürfe zurückweist. Der ganze Ton beweist, daß es nicht vom Markgrafen selbst herrührt; vielleicht ist es von Edelsheim, noch wahrscheinlicher von Reitzenstein entworfen. Da das Original in Paris sich nicht findet, so bleibt es ungewiß, ob das Schreiben abgegangen ist. Der Verfasser beruft sich auf Artikel 1 des Zusatzvertrags; er begegnet der Anklage des Vertragsbruchs mit einer Gegenanklage wegen der harten Requisitionen der Franzosen. Der Kurfürst habe seine Dispositionen getroffen, um die Brigade an dem Zeitpunkte, wo man das Eintreten des casus foederis habe erwarten können, marschieren zu lassen. Vor dem Rheinübergang der französischen Truppen habe man die Vorbereitungen nicht treffen können, um keine Gegenmaßregeln der Oesterreicher hervorzurufen, die in zweimal 24 Stunden alle badischen Truppen hätten entwaffnen können. Noch jetzt sei das obere Fürstentum im Besitz einer starken oesterreichischen Heeresmacht; eine Veröffentlichung des Allianzvertrags zu diesem Zeitpunkt werde es feindlicher Behandlung und völliger Vernichtung aussetzen. Trotzdem wolle man das Opfer bringen, um die Zweifel des Kaisers zu zerstreuen. Am 1. und 2. Oktober sollten alle disponibeln Truppen in Pforzheim konzentriert werden. Die 1200 Mann, die Thiard vorläufig verlange, würden sicher beisammen sein, wenn auch an allem noch Mangel leidend.

Die Ausführung dieses am 30. September gefaßten Beschlusses wurde in der Frühe des nächsten Tages durch mündliches Drängen Thiards noch beschleunigt. Damit hatte Karl Friedrich sich öffentlich auf die Seite Napoleons gestellt, und alle bisherigen Zweifel über seine künftige Haltung waren beseitigt. Der Kurfürst hatte an diesem Tage in Ettlingen eine Zusammenkunft mit Napoleon, der am 2. bei seiner Weiterreise ihm schriftlich noch seinen Dank abstattete für die der französischen Armee erwiesene Fürsorge, verbunden mit Versicherungen seiner freundlichen Gesinnungen für das badische Fürstenhaus und dem Versprechen, daß die badischen Truppen gut behandelt werden würden (366). Er hatte

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

seine Zustimmung dazu gegeben, daß das badische Hilfskorps in Pforzheim verbleibe, bis es komplett und völlig auf Kriegsfuß sei. Der Kurfürst versicherte dem Marschall Ney, daß dies bis 15. Oktober der Fall sein werde.

Den Oberbefehl über die Brigade erhielt der jetzt zum General ernannte v. Harrant. Napoleon hatte freilich früher den Wunsch ausgedrückt, daß Markgraf Ludwig damit betraut würde. Aber der Kurfürst war dagegen gewesen; mit Tränen im Auge hatte er Thiard gebeten, man möge ihm dies Opfer nicht zumuten (340). Der Markgraf selbst hatte Bedenken geäußert, deren Berechtigung Thiard einsah. Er fürchtete, daß während seiner Abwesenheit die russisch-oesterreichische Partei am Hofe, geleitet von der Markgräfin-Witwe Amalia, zu viel Einfluß auf seinen Vater erlange; er glaubte in Karlsruhe Napoleon nützlicher sein zu können, als an der Spitze seiner Brigade. Andern gegenüber begründete er (467) seine Weigerung, selbst ins Feld zu ziehen, damit, er sei den Finanzen und den ersten Stellen vorgesetzt, folglich werde seine Gegenwart zur Leitung der Hauptgeschäfte nötig sein. Auch die Teilnahme des Kurprinzen Karl hatte Napoleon gewünscht, und der Prinz war nicht abgeneigt. Aber seine Mutter hatte dem Kurfürsten erklärt, ihr Sohn sei russischer General und könne, bevor er als solcher seinen Abschied nicht erhalte, die französische Armee nicht begleiten; sie erklärte nur der Gewalt nachzugeben und drohte ihrem Sohn mit ihrem mütterlichen Fluch, falls er freiwillig gehe (468). Reitzenstein hat später, im Dezember, diese Nichtbeteiligung des Kurprinzen für einen schweren politischen Fehler bezeichnet, durch den sich die Verstimmung Napoleons gegen Baden erkläre, die ihm in Wien entgegentrat.

Die Stimmung im badischen Offizierkorps äußerte sich, schon bevor der Kurfürst seinen Entschluß öffentlich verkündete, in einer dem Anschluß an Frankreich sehr abgeneigten Weise. Massias wußte Talleyrand davon zu berichten (361); noch genaueres geben die Berichte Schalls an seine Regierung (448, 463, 466). Eine ganze Reihe von Offizieren, die er nennt, wandten sich an ihn mit der Bitte um seine Vermittlung für den Eintritt in oesterreichische Dienste, weil es den patriotischen Sinn jedes deutschen Mannes empöre, sich auf diese Art zu Werkzeugen der Feinde des deutschen Vaterlandes mißbraucht zu sehen. „Sehr viele Offiziere würden gern in oesterreichische Dienste treten, wenn nur eine Versicherung könnte gegeben werden, daß man sie in ihrem Grade aufnehmen würde. Ich getraue mich zu versichern, daß nach einer solchen Bekanntmachung das ganze badische Militär nur aus weniger Mannschaft und nur einigen Offiziers, so als Kreaturen des Markgrafen Ludwig zu betrachten sind, bald bestehen würde.“ Der patriotische Sinn der Offiziere teilte sich auch den Mannschaften mit. „Mehr als 300 Badener sind desertiert, um sich auf die Seite der guten Sache zu stellen. Der Rest wartet nur auf eine günstige Gelegenheit, um diesem Beispiel zu folgen und sich von einer für die deutsche Nation so schimpflichen Verbindung zu lösen.“ So berichtet am 18. Oktober der russische Gesandte v. Maltiz (470).

Und das Volk? Auch von ihm weiß Schall zu berichten (465), daß in allen Kreisen Sympathie für die Sache Oesterreichs herrsche und daß man allgemein den Sieg der Kaiserlichen wünsche. Neben der allgemeinen Abneigung des Landvolks gegen jede kriegerische Aktion wirkte bei ihm wohl hauptsächlich die Erbitterung mit wegen des Verhaltens der Franzosen im Lande, der Zerstörung von Kehl, der Requisitionen, des Uebermutes der französischen Offiziere usw.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Die badische Feldbrigade,[1]) die in der ersten Hälfte des Oktober in Pforzheim auf Kriegsfuß gesetzt werden sollte, bestand aus folgenden Truppen:

1. Einem kombinierten Infanterieregiment unter Oberst v. Vincenti (2. Bataillon des Leib.-Inf.-Regt. Kurfürst und 2. Bataillon des Inf.-Regt. Kurprinz).
2. Dem Inf.-Regt. Markgraf Ludwig unter Oberst-Leutnant v. Porbeck.
3. Dem Jägerbataillon, zuerst unter Major v. Becke (der am 8. Oktober den erbetenen Abschied erhielt), dann unter Major v. Lingg.
4. Einem Husarendetachement.
5 Der 2. Kompagnie des Artilleriebataillons mit 6 Geschützen.

Am 5. Oktober erließ der Kurfürst eine Proklamation an die Truppen.[2]) Es ist leicht erklärlich, daß diese Proklamation auf die Sache, für die die Badener kämpfen sollten, nicht näher einging; nur kurz wurde betont, daß viele deutsche Mächte, darunter die nächsten Nachbarn, für dieselbe Sache fochten. Dagegen appellierte der Kurfürst an das Ehrgefühl der Truppen, an ihre Treue gegen den Landesherrn, und warnte vor Feigheit und Desertion. Gegen letztere wurden am 6. Oktober strenge Maßregeln angeordnet, die wenigstens für die nächsten Tage halfen. Am 15. Oktober, dem bestimmten Termin, war das Korps noch nicht marschfähig; erst am 25. konnte der allgemeine Aufbruch erfolgen. Schon in den nächsten Tagen ereigneten sich wieder zahlreiche Desertionen in Hall und Ellwangen. Am 31. Oktober vereinigten sich die Abteilungen in Donauwörth und bezogen hier und in der Umgegend Kantonnements. Von dort erfolgte am 10. November der Weitermarsch über Augsburg nach Braunau am Inn. Das Bataillon Kurfürst und 2 Kompagnien vom Bataillon Kurprinz verblieben in Augsburg als Teil der dortigen Besatzung; das Regiment Markgraf Ludwig (mit dem Hauptquartier) gehörte vom 18. November an zur Besatzung von Braunau; die Jäger und 2 Kompagnien wurden in verschiedene Orte im Innviertel detachiert. Der Dienst der Truppen war nicht ohne Beschwerde, beschränkte sich aber im wesentlichen auf Eskortierung von Kriegsmaterial und oesterreichischen Gefangenen. Schon am 30. Dezember kam vom französischen Oberkommando der Befehl zur Rückkehr in die Heimat. Die Truppen sollten sich in Augsburg vereinigen und von dort nach ihren Garnisonen ziehen. Die Karlsruher Garnison rückte in den Tagen vom 19.—21. Januar, die Mannheimer (Bataillon Kurprinz) am 21. Januar 1806 wieder ein. Die badischen Truppen waren in diesem Feldzug nicht an den Feind gekommen, sie hatten also auch keine Verluste an Getöteten oder Verwundeten erlitten. „Aber sie hatten sich auf schwierigen Märschen, bei strengem Dienst und rauhem Wetter abgehärtet, hatten sich als Krieger fühlen gelernt und eine treffliche Vorschule für die künftigen großen Kriege durchgemacht."

Das badische Kontingent hatte sich von Pforzheim aus noch nicht in Marsch gesetzt, als die Nachricht von dem ersten glänzenden Erfolg der französischen Waffen, der Kapitulation von Ulm, nach Karlsruhe gelangte. Sie veranlaßte Karl Friedrich zu einem kurzen Glückwunsch an Napoleon: „Ew. K. u. K. Majestät können nicht an der tiefen Bewunderung zweifeln, die mich durchdringt, indem ich die glänzenden Erfolge vernehme, mit denen Sie täglich Ihren Ruhm vermehren. Die Nachwelt wird Mühe haben, die

---

[1]) Vgl. die ausführliche „Geschichte des Feldzugs der kurfürstlich badischen Truppen gegen Oesterreich im Jahr 1805" im Badischen Militär-Almanach, IX. Jahrgang. 1862. S. 72 ff.

[2]) A. a. O. S. 83 f.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Wunder Ihrer Siege zu begreifen, deren die Zeitgenossen Ew. Majestät Zeugen sind" (373). Ebenso kurz lautete der Dank Napoleons (374). Die Kürze und der kühle Ton des Schreibens Karl Friedrichs sticht auffallend ab von der wortreichen Gratulation Friedrichs von Württemberg.[1]) Wir dürfen darin wohl ein Symptom der Stimmung erblicken, die in weiten Kreisen, auch am Hofe, herrschte und der sich auch Karl Friedrich, vielleicht unter dem Einflusse der Markgräfin Amalie, nicht entziehen konnte. Reitzenstein sah in der bei mancher Gelegenheit hervortretenden Lauheit der Gesinnung gegen Frankreich, dessen Partei, wenn auch notgedrungen, man nun einmal ergriffen habe, eine Gefahr, da sie eine Verstimmung Napoleons gegen Baden hervorrufen könne. Er hielt es Ende Oktober für geraten, um den Eifer Badens zu beweisen, ein Manifest zu erlassen, das die Allianz mit Frankreich aller Welt mitteile und zur Begründung dieses Bündnisses alle die Beschwerden, die man gegen Oesterreich habe, zusammenstelle (375). Eine andere aus der Mitte des Geheimratkollegiums hervorgegangene Denkschrift (376) sprach sich gegen ein solches Manifest aus: Die geographische Lage Badens biete in den Augen der Welt eine genügende Rechtfertigung für seine Haltung; die Beschwerden gegen Oesterreich, die für sich allein Baden doch sicher nicht zu einer Kriegserklärung veranlaßt haben würden, seien durch die Erklärungen von Württemberg und Baden schon bekannt geworden; es erscheine unklug, Oesterreich, das trotz seiner augenblicklichen Mißerfolge doch immer eine Großmacht bleiben werde, unnötig noch mehr zu reizen; außerdem werde durch eine solche öffentliche Kundgebung kaum „ein höheres Wohlgefallen" Napoleons erregt werden. Das von Reitzenstein angeregte Manifest ist dann in der Folge auch nicht erschienen.

II.

Die Verträge von Brünn und Wien.

An dem sichern Siege Frankreichs über Oesterreich hat weder Napoleon selbst noch auch einer seiner Verbündeten gezweifelt. Daher haben schon bald nach dem Beginn der kriegerischen Operationen die Erwägungen und Erörterungen darüber begonnen, wie die Früchte dieses Sieges zu verteilen seien. Schon am 17. Oktober sandte Talleyrand von Straßburg aus eine Denkschrift an Napoleon, in der er ihm seine Gedanken über die Gestaltung der Dinge nach dem Friedensschlusse auseinandersetzte.[2]) Er hat später in seinen Memoiren betont, daß er dem Kaiser zur Schonung Oesterreichs geraten habe, um sich dann mit diesem zu verbünden. Eine solche französisch-oesterreichische Allianz, gerichtet gegen Rußland, war ein Lieblingsgedanke Talleyrands. Seine Durchführung hatte zur Voraussetzung, daß zwar Oesterreich auf seine Besitzungen im Westen, in Schwaben und am Bodensee, wie auch in Venedig, Trient einbegriffen, verzichtete, um so durch die Zurückziehung seiner Grenzen von Frankreich und Italien jede unmittelbare Berührung mit diesen Staaten aufzugeben und die Wahrscheinlichkeit eines künftigen feindlichen Zusammen-

---

[1]) v. Schloßberger, Polit. und milit. Correspondenz König Friedrichs v. Württemberg mit Napoleon I. S. 4 f.

[2]) Bertrand, Lettres inédites de Talleyrand à Napoléon 1800—1809. S. 156 ff.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

stoßes zu verringern, daß es für diese Verluste aber im Osten durch die Erwerbung türkischen Gebietes, der Wallachei und Moldau, Bessarabiens und des nördlichen Bulgariens reichlich und zu seiner Zufriedenheit entschädigt wurde. Die Idee, das Schwergewicht Oesterreichs nach dem Osten zu verlegen, ist nicht in Talleyrands Kopfe zuerst entstanden; schon der preußischen Politik Herzbergs hatte fast zwei Jahrzehnte früher ein solcher Gedanke vorgeschwebt. Das von Oesterreich abgetretene Gebiet in Süddeutschland sollte nach Talleyrands Vorschlag unter Napoleons drei süddeutsche Verbündete durch eine besondere Uebereinkunft verteilt werden, die einen Anhang zum Friedensvertrag mit Oesterreich bilden sollte. Als Anteil Badens dachte sich Talleyrand: Den Breisgau, die Ortenau und die Städte Konstanz und Lindau mit ihren Gebieten, zusammen 170000 Seelen. Dieser Anteil hätte die von Bayern und Württemberg bedeutend übertroffen, da ersterem nur eine Vergrößerung um 118000, letzterem gar nur um 70000 Seelen von Talleyrand zugedacht war. In den Erläuterungen zu diesen Vorschlägen sagte Talleyrand: Da der Kurfürst von Baden bei den Entschädigungen von 1802 das Bistum Konstanz erhalten habe, so sei es natürlich, jetzt die Stadt damit zu verbinden. Da er ferner immer, gezwungen oder freiwillig, der Verbündete Frankreichs sein werde, so sei es besser, daß so wichtige Positionen, wie Konstanz und Lindau, in seinen Händen seien, als in denen irgend einer andern Macht, selbst der Schweiz.

Der eine Teil von Talleyrands Vorschlägen, der die Entschädigung Oesterreichs im Osten betraf, hat vor Napoleons Augen keine Gnade gefunden, während er mit der Verteilung der deutschen Beute unter seine Verbündeten, die ja auch seinem Interesse diente, im Prinzip einverstanden war. Die Grundlinien für die Festsetzung der Vergrößerung Bayerns, Württembergs und Badens, entsprechend den in den Bündnisverträgen gemachten allgemeinen Versprechungen, standen wohl schon seit Napoleons Aufenthalt in München fest, und die bayerische und württembergische Regierung gaben sich alle Mühe, bei der Festsetzung im einzelnen für sich möglichst viel herauszuschlagen. Kurfürst Friedrich von Württemberg bat Ende Oktober Napoleon, einen Bevollmächtigten an ihn schicken zu dürfen; er bestimmte dazu den Baron v. Normann-Ehrenfels. Napoleon wies ihn an Talleyrand.[1]) Auch Bayern nahm eifrig Anteil an diesen Besprechungen, in München selbst durch Montgelas und dann später durch den Geh. Rat Freiherrn v. Gravenreuth. Auf wiederholte Anregungen Napoleons[2]) beschäftigte sich Talleyrand schon seit seinem Aufenthalt in München eifrig mit diesen Angelegenheiten und legte d. d. Wien, 26. November als Resultat seiner Ueberlegungen dem Kaiser zwei Vertragsentwürfe vor (393 und 394), von denen der erste das künftige Verhältnis der mit Frankreich verbündeten deutschen Staaten zum Reiche behandelte. Dieser Plan ist fürs erste nicht zur Durchführung gekommen; er enthält aber schon die Grundlinien für die spätere Rheinbundsakte. Aus beiden Gründen genügt es, an dieser Stelle seinen Inhalt nur kurz zu skizzieren. Die drei Staaten Bayern, Württemberg und Baden lösen die Beziehungen, die sie bisher mit dem Reiche verbunden haben, und bilden drei vollständig unabhängige Königreiche. Aus ihrer Souveränität ergibt sich für jeden der drei Monarchen das Recht, jede militärische, religiöse oder gemischte Korporation innerhalb ihres Gebietes zu unterdrücken und ihre Besitzungen einzuziehen; ferner das Recht, den reichsunmittelbaren Adel zu mediatisieren und bei Er-

[1]) v. Schloßberger, Pol. u. mil. Korresp. etc. S. 7, 8, 10.
[2]) Bertrand, Lettres etc. S. 181 u. 195.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

löschen der Familien deren Besitz einzuziehen; zuletzt das Recht, jede Einrichtung in ihren Staaten zu unterdrücken, die ihre Existenz einem kaiserlichen oder Reichsprivileg verdankt. Der französische Kaiser verspricht seine guten Dienste zur Erlangung der Anerkennung der drei Könige bei den befreundeten Mächten und sagt die Aufnahme einer ebendahin gehenden speziellen Klausel in den zu schließenden Friedensverträgen zu. Der Kaiser garantiert den drei Königen und diese sich gegenseitig ihre Souveränität und die Integrität ihrer Gebiete, die in einer besonderen Konvention als Anhang dieses Vertrages namentlich bezeichnet und spezifiziert werden sollen. Die drei Königreiche garantieren Frankreich die Integrität seiner augenblicklichen Besitzungen auf dem Festlande und die Integrität Italiens in dem Zustand, wie er aus dem nächsten Friedensschluß hervorgehen wird. Sie schließen mit Frankreich und Italien eine Defensivallianz zu gemeinsamer Kriegsführung auf dem Festland. Die Leistungen eines jeden Staates an Truppen und Geld sollen in einer Spezialkonvention festgesetzt werden. Die helvetische Republik soll eingeladen werden, dieser Allianz beizutreten.

Montgelas und Normann hatten durch Talleyrand von den Grundsätzen dieses Entwurfes Kenntnis erhalten und ihre volle Zustimmung dazu ausgesprochen,[1]) während Baden, das ja keine Bevollmächtigte geschickt hatte, dessen Zustimmung man aber voraussetzte, ohne Mitteilung blieb. Dagegen wußten auch jene beiden nichts von der Existenz des zweiten Vertragsentwurfs (394), der den oben erwähnten Zusatz zu dem Bündnisvertrag bilden sollte und die Bestimmungen über die Vergrößerung des Gebiets der drei Könige und eine Zusammenfassung von deren Umfang enthielt. Was Baden betrifft, so sollte es von Bayern das Herzogtum Berg erhalten und das künftige Königreich bestehen aus: 1. den gegenwärtigen Besitzungen des Hauses Baden; 2. dem von Bayern abgetretenen Herzogtum Berg; 3. dem Breisgau, der Ortenau und ihren Dependenzen und Enklaven, der Grafschaft Bonndorf, der Stadt Konstanz und der Komthurei Mainau. Diese sämtlichen Gebiete würden 896 000 Einwohner gehabt und einen Ertrag von 4 576 000 Gulden ergeben haben. Man sieht, daß wenigstens Talleyrands Absichten Baden gegenüber recht freundliche waren; daß das Endresultat für Baden weniger günstig war, daran trägt nicht er die Schuld.

Wenn auch die badische Regierung für's erste noch unterließ, einen besonderen Vertreter zu Napoleon resp. Talleyrand zu schicken, um sich ihren Anteil an der künftigen Beute zu sichern, so haben selbstverständlich die badischen Staatsmänner sich mit der Frage beschäftigt, welche Aussichten die Erfolge der französischen Waffen für Baden eröffneten. Dabei tritt als Ratgeber des Kurfürsten in Sachen der äußeren Politik immer mehr Reitzenstein in den Vordergrund, dessen staatsmännische Begabung die der anderen weit überragte. Wir wissen, wie gern er vor Beginn des Kriegs Badens Neutralität gewahrt hätte, und daß er nur dem Zwang der Verhältnisse weichend dem Septembervertrag zugestimmt hatte. Nun der Schritt aber einmal geschehen war, mußte man auch konsequent weiter gehen und für Baden die größtmöglichen Vorteile zu erlangen suchen. Die Denkschrift (388), die er mit einem Begleitschreiben vom 19. November (387) dem Kurfürsten vorlegte, atmet Talleyrandschen Geist; sie stimmt in den grundlegenden Gedanken vollständig mit Talleyrands Denkschrift an Napoleon vom 17. Oktober überein. Wie Talleyrand war auch Reitzenstein der Meinung, daß zur Sicherung eines dauernden Friedens Oesterreich aus Deutschland hinausgedrängt und seine Politik nach dem Osten gerichtet werden müsse; daß es durch Erwerbungen an

[1]) Bertrand, Lettres etc. S. 195.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

der untern Donau und am Schwarzen Meere Rußland in seinem Vordrängen nach Konstantinopel und dem Mittelländischen Meere hemmen und so durch ihre gegenseitige Rivalität eine Allianz der beiden Kaisermächte gegen Frankreich künftig unmöglich gemacht würde. Die Neubildung Deutschlands nach Hinausdrängung von Oesterreich dachte Reitzenstein sich so, daß im Süden die drei Staaten Bayern, Württemberg und Baden, vergrößert durch die bisherigen Besitzungen Oesterreichs und der Fürsten des oesterreichischen Hauses und ferner der kleinen Fürsten und Grafen, die in Wirklichkeit bis jetzt nur Vasallen Oesterreichs gewesen seien, und gestärkt durch die Gemeinsamkeit ihrer Interessen und durch einen Verbrüderungs- und Erbfolgevertrag, als Zwischenmacht wie ein starker Damm zwischen Oesterreich und Frankreich gestellt würden. Ihrem Beispiel würden im Interesse ihrer eigenen Erhaltung die Kurfürsten von Sachsen und Hessen folgen, und so werde man einen germanischen Bund sich bilden sehen, nicht mehr so monströs wie derjenige, der jetzt unter der Bezeichnung „Reich" nur noch eine unsichere Existenz führe, sondern so, wie es das Interesse Europas und Frankreichs selbst dringend verlange, befreit von dem Einflusse Oesterreichs und Preußens, unabhängig, eine respektable Schranke gegenüber jeder dieser zwei Mächte und gegenüber allen Angriffen auf die Ruhe des Kontinents, die von England ausgehen könnten. Frankreich werde aber nach diesem Kriege noch weiter gehen und versuchen, die Grenzen Preußens möglichst weit von denen Frankreichs zurückzuschieben. Das bedinge eine Reihe von Aenderungen im Besitzstand in Norddeutschland, die Reitzenstein im einzelnen vorschlägt. Die drei süddeutschen Staaten würden eine Armee von 130 000 Mann, zusammen mit Sachsen und den beiden Hessen 180—200 000 aufstellen können. Die kleineren Stände innerhalb dieses süd- und mitteldeutschen Bundes sollten anderweitig entschädigt, die kleinsten unter die Souveränität der Kurfürsten gestellt werden. Zwischen Frankreich und dem Bundesstaat soll eine Defensivallianz gegründet werden zur Ueberwachung Oesterreichs und Preußens und zur Erhaltung eines dauernden Friedens.

Auf der Grundlage dieser, wie Reitzenstein annahm, aus dem gegenwärtigen Krieg wahrscheinlich hervorgehenden politischen Resultate baute er dann einen Vorschlag auf (389), der die einzelnen territorialen Veränderungen im Süden enthielt. Baden sollte darnach das ganze obere Fürstentum, sowie Salmansweiler und Petershausen an Württemberg abtreten. Dafür sollte es erhalten: von Württemberg alles Gebiet westlich einer Linie, die ausging von der Mündung der Aach in den Bodensee und über Aach, Möhringen, Mühlhausen, den Neckar entlang bis Horb, dann längs der Nagold bis Liebenzell, über Mühlhausen a. d. Würm, Unterriexingen, der Enz und dem Neckar entlang bis Heilbronn und von da bis zur Tauberquelle führte; von Hessen-Darmstadt alle Besitzungen zwischen Rhein und Neckar, von Hessen-Kassel das Fürstentum Hanau. Sein Gebiet würde demnach alles Land zwischen Rhein, Main und der eben gezeichneten württembergischen Grenzlinie umfaßt haben.

Ein zweites Projekt (390), das sonst mit dem ersten durchaus übereinstimmt, differiert mit ihm in Bezug auf Grenzbestimmungen zwischen Baden und Württemberg. Nach diesem zweiten Projekt sollte Baden erhalten: die Besitzungen des Landgrafen von Hessen-Darmstadt zwischen Main und Neckar und die Parzellen auf dem linken Neckarufer, den auf der linken Mainseite gelegenen Teil des Fürstentums Hanau, die Besitzungen der Fürsten und Grafen von Leiningen, Isenburg, Löwenstein-Wertheim und Erbach, die Herrschaft Mergentheim nebst den übrigen in Baden enklavierten Besitzungen des Deutsch- und Johanniterordens, den Breisgau und die Ortenau mit den Städten Villingen und Bräun-

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

lingen und der Grafschaft Bonndorf, die Grafschaft Hohengeroldseck, die Fürstenberg'schen Aemter Haslach, Wolfach, Engen, Meßkirch, Stühlingen und Heiligenberg, die Landgrafschaften Klettgau und Nellenburg, die Grafschaft Thingen, die oesterreichischen Besitzungen zwischen Iller, Donau, Wutach und Bodensee einschließlich der Herrschaft Vorarlberg und der Stadt Konstanz, die Besitzungen der Fürsten und Grafen im gleichen Bezirk, ausgenommen die des Fürsten von Taxis, die Besitzungen Bayerns auf dem linken Illerufer und Oranien-Fuldas in Oberschwaben, endlich die Territorialherrschaft über die Ritterschaft der Kantone Kraichgau, Ortenau, Hegau und Allgäu. Obwohl dieser Plan wegen der schlechteren Arrondierung Badens und infolge davon der Erschwerung der Verwaltung Reitzenstein weniger vorteilhaft erschien, so glaubte er doch an eine leichtere Annahme desselben, da Auseinandersetzungen mit Württemberg unnötig wären und Frankreich Baden zum einzigen Nachbar von Basel bis Mainz erhielte.

Die Denkschrift und die damit in Verbindung stehenden beiden Teilungsvorschläge sollten nun der französischen Regierung vorgelegt und Wege gefunden werden, diese zu einer günstigen Aufnahme zu bestimmen. Reitzenstein schlug dem Kurfürsten das Mittel vor, das bei den früheren Verhandlungen deutscher Fürsten mit Frankreich so gut gewirkt hatte. Man sollte Massias 200000 Gulden versprechen, wenn es ihm gelinge, einem der beiden Projekte zur Annahme zu verhelfen, und ihm außerdem noch 6—800000 Gulden zur Verfügung stellen, wenn er deren zu geheimen Ausgaben bedürfe. Von diesem Vorschlage Reitzensteins findet sich in den badischen Akten weiter nichts mehr. Die Finanzlage Badens verbot wohl den Gebrauch eines solchen Mittels. Die Schriften Reitzensteins sind aber doch an die französische Regierung gegangen, da neben den Konzepten in Karlsruhe die Originale im Pariser Archiv vorhanden sind. Wahrscheinlich hat Reitzenstein selbst sie später in Wien übergeben.

Um dieselbe Zeit verfaßte auch Dalberg eine Denkschrift (380): Quel serait après la guerre présente le sort le plus avantageux de l'Empire Germanique et quel serait l'agrandissement le plus convenable à la maison de Bade? Dalberg stimmte mit Reitzenstein darin überein, daß auch er annahm, Frankreich werde, um eine Zwischenmacht zwischen sich und Oesterreich, Preußen und Rußland zu haben, die drei süddeutschen Staaten verstärken müssen, und zwar durch die Vereinigung der kleineren Stände mit den kurfürstlichen Landen, wobei man ersteren ihre Domänen belassen oder eine Rente aussetzen könne (während Reitzenstein an eine Verpflanzung und Entschädigung der größeren dieser Stände dachte). Die Erwerbung des Breisgaus und der Ortenau hielt auch er nicht für genügend, um Baden abzurunden und es zu dem zu machen, was das Interesse Frankreichs erfordere. Er riet ebenfalls, das obere Fürstentum aufzugeben. Als Grenze des durch Baden zu erwerbenden Gebietes im Osten dachte er sich eine Linie, die von Wolfach aus der Nagold, dann der Enz bis zu ihrer Mündung in den Neckar folgte, von hier auf dem rechten Neckarufer bis Neckarsulm ging und dann der Kocher und Tauber bis zum Main folgte, also Gebiete von Württemberg, Darmstadt, Erbach, Leiningen, Salm, Löwenstein-Wertheim usw. umfaßte. In einer zweiten (deutschen) Denkschrift (381) setzte er noch genauer die Nachteile der bisherigen langgestreckten Rheingrenze auseinander, die es erwünscht machten, die Länge dieser Grenze abzukürzen und sie gegen Deutschland hineinzurücken unter Aufgabe des oberen Fürstentums. Als weitere Gegenstände der jetzt nötig werdenden Unterhandlungen bezeichnete er die Sukzession der zweiten Linie und die pfälzische Schuldensache; in beiden Angelegenheiten ein erwünschtes Resultat zu erlangen, fand er den

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Augenblick für günstig und riet, keine Zeit zu versäumen, da Bayern und Württemberg sicher bereits Unterhandlungen angeknüpft hätten.

Wir wissen, daß dies der Fall war. Warum zögerte die badische Regierung so lange?

Nachdem am 17. Oktober 1804 Karl Friedrich auf Schloß Favorite einen leichten Schlaganfall erlitten hatte, hatte sich wohl das körperliche Befinden des hochbetagten Fürsten bald wieder gebessert, aber seine Geisteskräfte, besonders sein Gedächtnis, hatten doch sichtbar abgenommen (206). Es fehlte die Kraft rascher Entschließung, zumal da die politischen Dinge seit dem erzwungenen Anschluß an Frankreich eine Wendung genommen hatten, die ihm im Grunde seines Herzens sehr unangenehm war. Schroff standen sich am Karlsruher Hofe die Parteien gegenüber. Alle diejenigen, die mit jener Wendung unzufrieden waren, scharten sich um des Kurfürsten Schwiegertochter, die charakterfeste, gut deutsch gesinnte Markgräfin Amalie, die ihre Abneigung gegen Frankreich und Napoleon nie verhehlte, die es nicht über sich hatte gewinnen können, Napoleon bei seinem Aufenthalt in Ettlingen zu sehen oder die im Oktober in Straßburg weilende Kaiserin Josephine zu besuchen. Kein Wunder, wenn die Männer im Rate des Kurfürsten, die als kluge Realpolitiker die einmal eingetretene Entwickelung der Dinge zum Vorteile Badens und seines Herrscherhauses auszunützen suchten, mit dem Verhalten der Markgräfin sehr unzufrieden waren. Besonders Reitzenstein hat wiederholt seinen Verdruß offen ausgesprochen und vor jedem Schwanken und jeder Unsicherheit in der Politik gewarnt. Als gegen Ende Oktober infolge der Vorgänge in Ansbach, der Verletzung preußischen Gebietes beim Durchmarsch Bernadottes, in Karlsruhe eine gewisse Beunruhigung eintrat, da man den Anschluß Preußens an die Koalition gegen Frankreich fürchtete, da wies er in einer Denkschrift (375) die Möglichkeit einer Aenderung der badischen Politik entschieden zurück. Man müsse an dem einmal gefaßten Beschlusse festhalten, dürfe nicht mehr zurückblicken und sich durch nichts einschüchtern lassen. Ein Schwanken in der Politik sei verderblich; nur durch festes Vorwärtsgehen erwerbe man sich Achtung bei Freunden und Feinden. Reitzenstein fürchtete, daß die Haltung des badischen Hofes, z. B. sein Mangel an Rücksicht gegenüber der Kaiserin Josephine, die sich schon seit einigen Wochen in Straßburg befand, Anlaß zu einer Verstimmung gegen Baden geben könnte, während die Höfe von München und Stuttgart alles täten, um sich die Zuneigung Napoleons zu gewinnen. In der zweiten Hälfte des November beschäftigte er sich mit der Frage, ob es zweckmäßig sei, einen Unterhändler ins französische Hauptquartier abzusenden (386). Er versprach sich keinen Erfolg davon, wenn Preußen, wie es dem Anschein habe, sich der Koalition anschließen und Oesterreich darum den Krieg fortsetzen werde, ebensowenig, wenn Napoleon auf dem status quo mit Oesterreich sich vertragen werde, um an Preußen Rache zu nehmen. Freimütig tadelte er auch hier das starre Verhalten, das die Markgräfin in Ettlingen Napoleon gegenüber gezeigt habe, und wies im Gegensatz dazu auf die Haltung der württembergischen Kurfürstin hin, die, obwohl Tochter eines Königs von England, in der ungezwungensten Weise Napoleon die Honneurs ihrer Residenz gemacht habe. Kein Wunder darum, wenn Napoleon, wie aus dem Moniteur hervorgehe, seine ausnehmende Zufriedenheit mit der württembergischen Politik kundgebe. Er war der Meinung, man solle versuchen, „durch Vorlegung eines allgemeinen Pacifikationsplans", d. h. also der oben schon skizzierten Denkschrift mit ihren Anlagen, „das diesseitige Interesse in die größeren so viel als möglich zu verflechten". Zeige man sich im französischen Hauptquartier nicht geneigt darauf einzugehen, so sei es überflüssig, einen eigenen

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Unterhändler abzusenden, und Geh. Referendär Oehl könne dann die badischen Interessen im Hauptquartier wahren.

Nun hatte aber die Vollmacht Oehls vom 26. September nur dahin gelautet, er solle sich ins französische Hauptquartier begeben à l'effet d'y conférer amicalement . . . dans toutes les circonstances occasionnées par suite des événements de la guerre prochaine etc., und Karl Friedrich hat später mit Recht betont (413), diese Worte könnten „nach dem Zusammenhang und nach der in der Vollmacht erklärten Absicht von nichts anderem verstanden werden, als von dem, was „mit den Kriegskommissariatsverhandlungen, nach dem Gange der Kriegsbegebenheiten, in Verbindung steht, oder von ihnen abhängig ist". Er hatte also kein Recht zu diplomatischer „Negociation" und erst recht nicht zur „Abschließung eines Akquisitions-, Freundschafts- und Allianztraktats". Oehl war sich dessen auch wohl bewußt und hat in der Folge wiederholt auf diesen Mangel seiner Stellung hingewiesen, in der er trotzdem bei dem Ausbleiben eines bevollmächtigten Vertreters zu diplomatischen Besprechungen mit Talleyrand und dessen Beamten gezwungen war. Schon am 10. November hatte er von Linz aus gemeldet, daß die Grundlagen des künftigen Friedens schon in München festgestellt worden seien: Bayern sollte zum Königreich erhoben, die Macht der Kurfürsten von Württemberg und Baden erhöht werden. Von Wien aus meldete er Ende November, daß er 14 Tage lang ohne Nachricht von Karlsruhe gewesen sei, da die Schreiben an ihn von der französischen Polizei angehalten und erbrochen worden seien. Er bat zugleich um Entsendung eines Bevollmächtigten, etwa Reitzensteins, oder um Uebertragung von Vollmachten an Gemmingen (den badischen Gesandten in Wien, der trotz des Krieges dort zurückgeblieben war), da die Zeit der Friedensverhandlungen nahe bevorstände; er berichtete von der eifrigen Tätigkeit, die Normann, der württembergische Unterhändler, entfalte, und von der Gunst, in der Bayern stehe. Wenige Tage später, am 2. Dezember, veranlaßte endlich das Vorgehen des Kurfürsten von Württemberg gegen den reichsunmittelbaren Adel, die kirchlichen Korporationen und die geistlichen Ritterorden in der Nähe seiner eigenen Staaten, das Karl Friedrich auf eine Aufforderung der französischen Regierung zurückführen zu müssen glaubte, die Entsendung Reitzensteins an Talleyrand (397). Die Hindeutung auf Mitteilungen, die Reitzenstein Talleyrand machen sollte bezüglich der Objekte, deren Erwerbung am besten dem Interesse seines Hauses und dem Wohle seiner Staaten entspreche, bezieht sich doch wohl auf die oben erwähnte Denkschrift Reitzensteins mit ihren beiden Pazifikationsprojekten. Als aber Reitzenstein am 17. Dezember abends in Wien eintraf, da war die Entscheidung in der Hauptsache schon gefallen, und zwar in einer Weise, die den weitgehenden Erwartungen der badischen Staatsmänner keineswegs entsprach.

Am 2. Dezember war die Schlacht bei Austerlitz geschlagen worden. Noch unmittelbar vorher war Napoleon geneigt gewesen, Oesterreich verhältnismäßig günstige Bedingungen zu gewähren, da er den Frieden bald abzuschließen wünschte, jedenfalls um einem Anschluß Preußens an die Koalition zuvorzukommen.[1]) Jetzt lautete seine Sprache ganz anders. Da schrieb er Talleyrand, die Schlacht habe das Antlitz der Sache ganz geändert; da die Oesterreicher alles hätten aufs Spiel setzen wollen, so hätten sie sich auch auf härtere Bedingungen gefaßt machen müssen.[2]) Am 4. Dezember fand die Unterredung zwischen Napoleon und Kaiser Franz statt, die entschied, daß Oesterreich sich von seinem russischen Verbündeten zu trennen und Frieden zu schließen bereit war. Noch

[1]) Correspondance de Napoléon, XI. S. 534 Nr. 9532.
[2]) Correspondance de Napoléon. XI. S. 552. Nr. 9542.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

einmal kam Talleyrand auf seine früheren Vorschläge vom 17. Oktober zurück: Napoleon solle dem geschlagenen und gedemütigten Feinde großmütig die Hand reichen, Oesterreich als Wall gegen Rußland aufrichten und so eine französisch-oesterreichische Allianz herbeiführen.[1]) Er drang mit seinem Rate nicht durch.

Bevor die Friedensverhandlungen mit Oesterreich begannen, mußte Napoleon mit seinen süddeutschen Verbündeten im klaren sein, was er als Lohn für ihren Anschluß in die Bedingungen des Friedens aufzunehmen habe. Bayern mußte natürlich am besten dabei wegkommen: wegen seiner alten politischen Beziehungen zu Frankreich, seiner exponierten Lage an der oesterreichischen Grenze, der Verdienste seiner Truppen im Feldzuge und wegen der bevorstehenden Verbindung des Vizekönigs Eugen mit der Prinzessin Augusta. Gravenreuth, der bayerische, und Normann, der württembergische Unterhändler, hatten den Vorteil vor Oehl voraus, daß sie mit Spezialvollmachten für diese Verhandlungen versehen waren, die Oehl fehlten, der nicht einmal die Bedingungen des Septemberabkommens zwischen Frankreich und Baden kannte, außer dem Artikel 10 der Zusatzakte. Aber er gab sich doch alle Mühe, nicht in zu weitem Abstand hinter ihnen zurückzubleiben, und als Normann am 7. Dezember ins kaiserliche Lager nach Olmütz abreiste, eilte er ihm sofort nach (403). Von dort folgte er dann dem diplomatischen Korps nach Brünn,[2]) wo ihm Talleyrand mitteilte, daß der Abschluß der Verhandlungen mit Bayern und Württemberg unmittelbar bevorstände, während er Oehl wohl seine Anträge bekannt machen, aber nicht abschließen und unterzeichnen dürfe, weil dazu dessen Vollmachten nicht ausreichten (405).

Nachdem die Abschlüsse mit Bayern und Württemberg am 10. resp. 11 Dezember erfolgt waren, ließ Talleyrand am 12. Oehl zu sich kommen, machte ihm Mitteilung davon und legte ihm den Vertrag vor, der mit Baden abgeschlossen werden sollte (407). Von der Erhebung des Kurfürsten zur Königswürde, wie bei Bayern und Württemberg, war nicht mehr die Rede. Baden sollte erhalten: 1. Den Breisgau und seine Dependenzen außer dem, was im Württembergischen östlich der Linie vom Schlegelberg bis zum Mohlbach liegt, und außer den Städten und Gebieten von Villingen und Bräunlingen. 2. Die Ortenau. 3. Die Stadt Konstanz. 4. Die Kommende Mainau. Dafür sollte es auf die von den Franzosen besetzten Rheininseln und auf die Vergütung für die bisher für die französische Armee geleisteten Lieferungen verzichten. Also nicht einmal der ganze Breisgau, von dem ein Teil Württemberg zugesagt war, sollte an Baden kommen. Und doch mußte Oehl sich sagen, daß ein weiteres Zuwarten nicht mehr möglich war; er mußte zugreifen, wenn er nicht Gefahr laufen wollte, daß von dem „schönen Breisgau“ noch mehr verloren ging. Da aber seine Vollmacht nicht bestimmt genug lautete, so bedang er sich eine Frist von 25 Tagen aus, um die Genehmigung seines Hofes zu erbitten; in der Zwischenzeit wollte er alles erdenkliche versuchen, um eine Verbesserung der Bedingungen zu erlangen, obwohl er wenig Hoffnung darauf hatte.

In der folgenden Nacht sandte er die Nachricht von dem provisorischen Abschluß nebst einer Abschrift des Vertrags durch den württembergischen Kurier nach Cannstatt, von wo sie durch Stafette an den Kurfürsten weiter befördert wurde. Er folgte dann am 13. dem Hauptquartier nach Schönbrunn, wo er sich bemühte, bei der Armeeintendanz für

[1]) Bertrand, Lettres inédites de Talleyrand à Napoléon. S. 211.

[2]) „Am 7. Dezember begab sich der Kaiser nach Brünn, wo wir die Diplomaten aller Länder herbeieilen sahen: solche, die kamen, um Gnade zu erbitten, solche, welche ein mehr oder minder großes Stück des Kuchens beanspruchten“ usw. Thiard, Souvenirs etc. S. 247.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

den bevorstehenden Rückmarsch des französischen Heeres möglichste Erleichterungen und Verminderung der Requisitionen für Baden zu erlangen, weil er überzeugt war, daß hierfür doch keine Bezahlung erfolgen werde. Er bat den Kriegsminister, Marschall Berthier, dahin zu wirken, daß der größere Teil der Truppen den Rückweg über Tirol und die Schweiz nehme. Erst jetzt erfuhr er durch ein Schreiben Edelsheims, daß ein Bevollmächtigter, dessen Namen aber nicht angegeben war, bald ankommen werde. Wir wissen, es war Reitzenstein.

Am 16. abends, noch 20 Meilen von Wien entfernt, begegnete dieser unterwegs Thiard, der, wie er sagte (417), im Auftrage Napoleons an die drei Kurhöfe reiste, um den Abschluß der Verträge offiziell mitzuteilen, in Wirklichkeit aber in einer wichtigen Spezialmission nach Karlsruhe eilte, und hörte von ihm, daß er zur eigentlichen Verhandlung 10—12 Tage zu spät komme, daß Baden nur der Breisgau und die Ortenau zugefallen sei, da bei der Abwesenheit eines mit hinlänglicher Instruktion versehenen badischen Abgeordneten der bayerische und der württembergische freies Spiel gehabt hätten. Am 17. abends kam Reitzenstein in Wien an, von Oehl, der damit der Verantwortlichkeit enthoben wurde, mit Freude begrüßt. Aus dem Original des Vertrags, das Oehl ihm vorlegte, erkannte er, daß Württemberg noch ein stattliches Stück des Breisgaus für sich abgerissen habe. Er war billig genug sich einzugestehen, daß auch so noch Baden im Verhältnis zu Bayern und Württemberg nicht ungünstig bedacht sei, solange es sich nur um die Verteilung der oesterreichischen Besitzungen in Schwaben handelte. Trotzdem suchte er sein möglichstes zu tun, um „wieder gut zu machen, was durch bisherige Versäumnisse verdorben war". Er bat um eine Audienz bei Napoleon, der ihn aber an Talleyrand wies. Am 20. wurde er zu Talleyrand beschieden und erstaunte nicht wenig (417), als ihm dieser gleich nach den ersten Worten den schriftlichen Befehl des Kaisers vorwies, in einem geheimen Artikel die Abtretung von Kehl mit einem Bezirk von 500 Toisen im Umkreis zu verlangen. Als Talleyrand diese Weisung erhalten hatte, hatte er freilich staatsrechtliche Bedenken erhoben (409), da der Kurfürst als Reichsstand nicht berechtigt sei, ein Stück deutschen Gebietes an eine fremde Macht abzutreten, ohne eine vorhergehende Zustimmung oder nachfolgende Ratifikation vonseiten des Kaisers und des Reichs. Die von Napoleon gewünschte Abtretung von Kehl hätte also eine gleichzeitige Verhandlung mit Baden, dem Kaiser und dem Reichstag erfordert. Talleyrand hatte nun, falls Napoleon eine Einmischung des Reichs nicht wünsche, zu dem Ausweg geraten, daß durch einen Geheimartikel zum Vertrag mit Baden festgesetzt werde: alle Arbeiten, die der französische Kaiser in Kehl machen zu lassen für angeraten halte, sollten von dem Kurfürsten von Baden ausgeführt werden, der sich verpflichtete, den Platz Napoleon zur Verfügung zu stellen, so oft er darum angegangen werde. In einem Schreiben an Napoleon[1]) drückte das Talleyrand auch so aus: Der Geheimartikel sollte den Kaiser zum tatsächlichen Eigentümer von Kehl machen, während der Kurfürst der scheinbare Eigentümer bleibe. Aber Napoleon wollte von allen diesen Weiterungen nichts wissen, er verharrte auf seiner Forderung und erklärte, den badischen Vertrag ohne die Klausel nicht ratifizieren zu wollen (409). Nebenbei bemerkt, war in diesen Tagen auch der Plan erörtert worden, den Rhein um Kehl herumzuleiten, also diese Stadt auf die linke Rheinseite zu bringen.

Gegenüber der so entschiedenen Forderung des Kaisers, zumal da Talleyrand hinzufügte (417), die Unterzeichnung des neuredigierten Vertrags müsse sofort erfolgen,

[1]) Bertrand, Lettres etc. S. 225.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

da er ihn noch an demselben Tage Napoleon nach Schönbrunn zu überbringen beauftragt sei, konnte von einem Unterhandeln nicht mehr die Rede sein; man mußte das Ganze eben lediglich als eine Kapitulation betrachten, die der mächtige Nachbar vorgeschrieben. Eine Weigerung hätte bei der augenblicklichen übeln Laune Napoleons für Baden alles verderben können. So unterzeichnete Reitzenstein mit der Bemerkung, er hoffe nun auch um so mehr „geneigtes Gehör in Ansehung derjenigen Wünsche, die dem Kurhaus noch übrig blieben, zu finden". Obgleich Talleyrand erstaunt schien, „daß nach einer, wie er meinte, besonders auffallenden Begünstigung des badischen Hauses dasselbe noch mehreres wünschen könne", ging er doch bereitwillig auf eine weitere Diskussion ein, die sich um statistische Festsetzung der Bevölkerung des Breisgaus bewegte. Eine Bemerkung Reitzensteins, daß der Breisgau nicht nur nichts eintrage, sondern sogar mit einem Defizit von 14000 fl. belastet sei, ließ Talleyrand aus dem Grunde nicht gelten, „weil bei einem Staat alles auf die innern Kräfte ankomme und ein vorher noch so schlecht verwaltetes Land durch eine weise Administration, in Ansehung deren ja Kurbaden bekanntlich sich vor allen andern Ländern auszeichne, gar bald wieder in die Höhe gebracht werden könne". In einer Reihe von Punkten, die Reitzenstein vorbrachte, zeigte er sich nachgiebig. Er sicherte ihm ausdrücklich zu, daß in dem Breisgau auch sämtliche Klöster des Landes (vor allem St. Blasien), sowie die Besitzungen des Malteser und Deutsch-Ordens (besonders das Großpriorat Heitersheim) mit inbegriffen sein sollten. Er gestand die Notwendigkeit der Aufhebung der breisgauischen Landstände zu „und fügte den allgemeinen Rat hinzu, die Administration des ganzen Landes so sehr, als nur immer möglich, zu simplifizieren, keine besondere Regierung in Freiburg zu belassen, sondern den Breisgau unter die Karlsruher Kollegien zu ziehen und überhaupt alle ohnnötige Zweige der Staatsverwaltung abzuschneiden." Er riet ferner, nach Aufhebung der fürstl. Taxis'schen Reichspost möglichst bald eigene Territorialposten einzurichten, und bedeutete zuletzt Reitzenstein, „daß die schleunigste Besitznahme und der förmliche Regierungsantritt über die von Frankreich nunmehr garantierten Lande ohnfehlbar erwartet werde"; französisches Militär solle im Notfall die badische Besitzergreifung unterstützen.

Talleyrand hat offenbar in allen diesen Verhandlungen, wie in seinen früheren Vorschlägen, stets das größte Wohlwollen für Baden an den Tag gelegt. Oehl berichtet dasselbe von allen französischen Offizieren und Beamten, mit denen er zu tun hatte; eine Ausnahme machte nur La Besnardière, der Bureauchef im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, von dem Oehl behauptete, er sei durch Normann bestochen und arbeite durchaus zum Vorteil Württembergs. Reitzenstein hat dann in einem Geheimbericht an Karl Friedrich (420) die weniger günstige Behandlung, die Baden in diesen Dezemberverhandlungen zu erfahren hatte, auf eine Verstimmung Napoleons wegen der Nichtbeteiligung des badischen Kurprinzen am Feldzug zurückgeführt. Thiard hatte ihm darüber Andeutungen gemacht, Talleyrand den Punkt in gleichem Sinne, wenn auch nur vorübergehend berührt; ganz deutlich aber hatte Mürat sich ausgesprochen: „man habe sich durch nichts so sehr geschadet, als dadurch, daß man das Anerbieten des Kaisers, den Kurprinzen an seiner Seite zu haben, ausgeschlagen habe". Er wisse, „wie empfindlich der Kaiser über den hierbei bemerkt zu haben geglaubten Mangel an Zutrauen geworden sei, und das habe dem badischen Interesse gewiß unwiderbringlichen Schaden getan".

Da Reitzenstein den neuen Territorialzuwachs, der in der Folge durch weise Verwaltung und gute ökonomische Einrichtung noch weit mehr Bedeutung erlangen könne,

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

im Grunde für beträchtlich genug hielt, auch von Talleyrand die Erklärung erhielt, daß eine Vergrößerung des badischen Loses nicht unmöglich sei, wenn Frankreich etwa gezwungen würde, von Oesterreich weitere Zessionen zu fordern, oder wenn „die Ereignisse im nördlichen Deutschland eine größere Ausdehnung der diplomatischen Unternehmungen herbeiführen würden", so riet er dem Kurfürsten zur schleunigsten Ratifikation des neuen Vertrags und zur sofortigen Besitznahme und Huldigungsabnahme in den neugewonnenen Landesteilen. Weitere Ratschläge bezogen sich auf die Einzelheiten des Vorgehens bei der Besitznahme, auf die hier nicht einzugehen ist. Jedenfalls tritt in dem 30 Folioseiten umfassenden Bericht Reitzensteins eine außerordentliche Arbeitskraft, Scharfblick und Sachkenntnis zu Tage, die das Urteil bestätigen, das Oehl grade in diesen Tagen über ihn ausspricht: C'est un vrai plaisir de voir travailler cet homme éclairé et savant en même temps, c'est une richesse que sa mémoire et son talent perce les choses.

An demselben 20. Dezember, an dem in Wien Reitzenstein zur Unterzeichnung des Vertrags sich genötigt sah, kam der Baron Thiard zum drittenmal mit einem Auftrag Napoleons an Karl Friedrich in Karlsruhe an. Es handelte sich wieder um ein Heiratsprojekt: Napoleon wünschte den badischen Kurprinzen mit der Nichte seiner Gemahlin, Stephanie, Tochter des Senators Beauharnais, verheiratet zu sehen. In seinen Memoiren[1]) erzählt Thiard, Napoleon habe dem badischen Hofe die Wahl gelassen zwischen dieser Stephanie Beauharnais und einer andern Verwandten der Kaiserin, Frl. Tascher de la Pagerie. Der Preis dieser Verbindung sollte der Breisgau sein: Ainsi, l'alliance, ou point de Brisgau. Wieder wandte sich Thiard zuerst an den Markgrafen Ludwig und erhielt durch diesen Audienz beim Kurfürsten. Wieder spielte die Anerkennung der Söhne Karl Friedrichs und der Gräfin Hochberg die Hauptrolle unter den Pressionsmitteln, die Thiard anwandte. Als er das Palais verließ, nahm er die Ueberzeugung mit sich, daß alles weitere auf dem diplomatischen Wege nach Wunsch gehen werde. Nur handelte es sich jetzt noch um die Wahl zwischen den beiden französischen Damen. Diese Sache wurde im Familienkreise, im Salon der Gräfin Hochberg besprochen. Thiard wurde um Auskunft über die Persönlichkeit der beiden Damen gebeten. Der Hof neigte sich dann auf die Seite von Frl. Tascher, da diese als nähere Verwandte der Kaiserin wahrscheinlich größeren Einfluß besitzen und so besser imstande sein werde, die Bande zwischen Frankreich und Baden fester zu schlingen. Thiard machte dagegen geltend, daß durch die Heirat Eugens Beauharnais mit Augusta von Bayern, die bald stattfinden werde, die Familie Beauharnais den souveränen Familien näher gerückt sei, und daß die Prinzessin Beauharnais, noch jung und weniger bekannt mit den Vergnügungen des französischen Hofes, sich leichter in eine Trennung von Paris fügen werde. So fiel denn die definitive Wahl auf Stephanie.

Zwei Punkte in dieser Erzählung Thiards erregen Bedenken. 1. Hat wirklich Napoleon die Ueberlassung des Breisgaus an Baden von der Zustimmung Karl Friedrichs zu der Familienallianz abhängig gemacht? Thiard ist ohne Zweifel unmittelbar, nachdem er den Auftrag des Kaisers erhalten, von Wien abgereist; er brauchte nach seiner eigenen Erzählung 4 Tage und 4 Nächte für die Reise von Wien nach Karlsruhe. Dort kam er am 20. an; seine Abreise fiel also auf den 16. Dezember. Das wird durch Reitzenstein bestätigt, der berichtet, er sei ihm am 16. Dezember abends 20 Meilen vor Wien begegnet. Nun war aber durch den Brünner Vertrag vom 12. Baden der Breisgau und die Ortenau schon zuge-

[1]) S. 248 ff.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

sagt worden. Sollte Napoleon etwa darum, weil die Annahme des Vertrags durch Oehl noch keine definitive war, sein Zugeständnis zurückzunehmen gedroht haben, falls Karl Friedrich auf die Familienallianz nicht eingehe? Obser hat die Vermutung ausgesprochen,[2]) Napoleon habe in der Unterredung mit Thiard nicht vom Breisgau gesprochen, sondern von den an Württemberg überlassenen Parzellen des Breisgaus und andern Gebieten, die Baden damals noch begehrte. Aber die waren doch zu unbedeutend, als daß er sie als Preis für eine dem badischen Fürstenhause vielleicht unwillkommene Verbindung hätte hinstellen können in der drohenden Alternative: l'alliance ou point de Brisgau. Wenige Zeilen vorher sagt Napoleon: Mais surtout point de menaces, point de violences. Ich glaube, daß Napoleon wirklich von einem derartigen Zwange nichts hat wissen wollen, daß er des Breisgaus in der Unterredung etwa in der Weise Erwähnung getan hat, daß er annahm, Baden werde dankbar für die Erlangung des lange gewünschten Landes gern auf die Heirat eingehen. Daß Baden mit dem Brünner Vertrag so unzufrieden war, hat er um die Mitte Dezembers, wenige Tage nach dem Abschlusse, gar nicht gewußt. Ich glaube, daß er sich um die Details, wie jene Loslösung einzelner Parzellen zugunsten Württembergs, nicht gekümmert hat, daß sie durch untergeordnete Persönlichkeiten, wie etwa La Besnardière, in den Vertrag gekommen sind. Erzählt ja doch Thiard, daß in jenem Gespräch Napoleon nicht gewußt habe, was die Ortenau sei. Daß aus jener Erwähnung des Breisgaus in den Souvenirs Thiards die Drohung geworden ist, beruht dann auf einem Gedächtnisfehler des Verfassers.

2. Hat wirklich Napoleon dem badischen Hofe die Wahl zwischen Stephanie Beauharnais und Frl. Tascher freigestellt? In den badischen Akten wird letztere mit keiner Silbe erwähnt. Andrerseits lautet die Erzählung Thiards so bestimmt; es ist ferner so gar nicht ersichtlich, wie Thiard auf dieses Frl. Tascher gekommen sein sollte, daß ich doch annehmen möchte, daß wirklich in seinen Besprechungen mit der kurfürstlichen Familie beide Damen in Betracht gekommen sind. Wenn Thiard erzählt, daß der Kurfürst zu der französischeu Heirat seine Zustimmung gegeben und Edelsheim und einen andern seiner Räte für die weitere Verhandlung mit ihm bestimmt habe, und daß dann erst die Wahl unter den beiden Damen im Familienkreise stattgefunden habe, so bin ich geneigt, auch hier wieder einen Gedächtnisfehler Thiards anzunehmen. Die Wahl wird in den ersten Stadien der Verhandlungen und zwar im engsten Kreise (à huis clos entre la famille et moi et dans le salon de la comtesse de Hochberg), wahrscheinlich ohne Zuziehung selbst des Kurprinzen stattgefunden haben und dann erst das weitere erfolgt sein, wobei dann nur der Name Stephanie Beauharnais erwähnt wurde.

Mochte nun Karl Friedrich die Verbindung seines Enkels mit der Französin gern oder ungern sehen, jedenfalls schien sich ihm damit ein Anlaß und ein Mittel zu bieten, um bei Napoleon auf eine Verbesserung der Vertragsbedingungen zu dringen. In diesem Sinne schrieb er an Reitzenstein, der bevollmächtigt wurde, die offiziellen Schritte bei Napoleon zu tun und bei diesem um die Hand der Prinzessin Stephanie zu werben, sobald er sich davon überzeugt habe, daß die Ehe der Prinzessin Augusta von Bayern mit Eugen von Beauharnais beschlossene Sache sei. Als unerläßliche Vorbedingung für die Heirat bezeichnete Karl Friedrich die lutherische Erziehung der Kinder des Kurprinzen. Da er wohl erkannte, welchen Wert Napoleon auf das Zustandekommen der beiden Ehebündnisse legte,

[2]) Zeitschr. f. d. Gesch. d. Oberrheins. N. F. XV S. 539.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

so glaubte er „dagegen von dem Kaiser eine ebenso reichliche als ehrenvolle Beförderung seines Haus- und Staatsinteresses in dem jetzigen entscheidenden Augenblick umso zuversichtlicher sich versprechen zu dürfen, je genauer durch die proponierte Verlobung des Kurprinzen das eigene Familieninteresse des Kaisers mit dem seinigen würde verbunden werden. Die Abtretung des Breisgaus und der Ortenau, mit Einschluß von St. Blasien etc. etc. und die Bewirkung der Standeserhöhung und Sukzessionsfähigkeit seiner männlichen Nachkommenschaft zweiter Ehe könnten nicht als Aequivalent für die in der zweifachen Verlobungssache bewiesene Nachgiebigkeit betrachtet werden; denn diese beiden Dinge habe Napoleon ihm mündlich schon in Mainz zugesichert, da von einer Verlobung noch keine Rede gewesen sei". Er erhob vielmehr eine Reihe von Forderungen (422), von denen folgende hier erwähnt seien: Aufhebung des Vertrags vom 12. und Abschluß eines neuen mit einer beträchtlichern Territorialzession; Uebernahme einer angemessenen Quote der pfälzischen Staatsschulden durch Bayern; Beschränkung des casus foederis mit Frankreich auf Defensivkriege, die Frankreich in Deutschland zu führen habe; Bewilligung oder Garantie einer Anleihe von 4—6 Millionen Livres zu billigen Zinsen und mit bequemen Rückzahlungsfristen zur Sanierung der badischen Staatsfinanzen.

Aber diese Weisungen, die am 26. Dezember von Karlsruhe abgingen, konnten am Inhalt des Vertrags vom 20. nichts mehr ändern. Am 27. teilte Napoleon dem Kurfürsten den Abschluß des Preßburger Friedens mit, in welchem die mit Baden getroffenen Abmachungen mit aufgenommen worden waren. „Zum zweiten Male verschaffe ich Ihrem Hause eine Vergrösserung, welche es heute auf den Stand der großen Mächte stellt. Mehr als jemand kennt Ew. Hoheit das Interesse, welches ich Ihrem Hause entgegenbringe, und ich hoffe, daß Sie und Ihre Kinder fortfahren werden, für Frankreich die Gefühle zu hegen, welche uns seit langem verbunden haben" (424). Auch Reitzenstein machte dem Kurfürsten Mitteilung vom Preßburger Frieden (426). Nach genauerer Berechnung hatte der Gewinnanteil Württembergs ein Plus von 7000 Seelen über den von Baden, während Reitzenstein früher ein Plus von 24—25 000 für Baden herausgerechnet hatte. Klagen, meint Reitzenstein, nützen nichts; das beste ist, alles zu tun, um die begangenen Fehler wieder gutzumachen, vor allem, um durch eine vortreffliche innere Verwaltung die Bewunderung Deutschlands zu erregen, die zerstreuten Teile des Landes zu konsolidieren, den Kredit und die Finanzen herzustellen und die durch den Krieg geschlagenen Wunden zu heilen. „Das ist das beste und respektabelste Mittel, das am meisten den Intentionen und dem Herzen Ew. H. entspricht um sich für die Ungerechtigkeit des Schicksals zu rächen und um sich für eine Zukunft die nicht fern sein wird, ein besseres Schicksal zu sichern." Man sieht, der elastische Geist des badischen Staatsmanns gab die Hoffnung noch nicht auf; ein weiterer Beweis dafür ist eine Denkschrift für die französische Regierung, die er Ende Dezember verfaßte (427) und in der er unter den kühnsten Kombinationen über die künftige Entwickelung der Dinge in Deutschland den Erwerb von Ulm, das dann als Tauschobjekt Württemberg gegenüber verwendet werden sollte, von Frankfurt, von Leiningen, des Fürstentums Aschaffenburg und der Stadt Wetzlar, der Hälfte des Fürstenbergischen Gebietes usw. ins Auge faßte. Praktischer und fürs erste mehr Erfolg versprechend waren die Schritte, die er in Wien bei Talleyrand und dessen Kanzlei tat. Ein Geschenk von 2000 Louisd'or für den Bureauchef La Besnardière und ein in Aussicht gestelltes Präsent für Talleyrand wirkten sofort. La Besnardière gab Reitzenstein zu, der Vertrag sei „allerdings äußerst überschnellt worden"; das Bureau habe für die Verträge mit Bayern, Württemberg und Baden zusammen nicht

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

mehr als 27 Stunden Zeit gehabt, und da badischerseits niemand auf dem Platz gewesen, so sei es unmöglich gewesen, den Insinuationen Normanns auf den Grund zu sehen. Mehr als das Oberamt Triberg vom Breisgau loszulösen, habe man nie im Sinne gehabt. Baden solle den ganzen Breisgau einschließlich Triberg besetzen und es auf eine Klage Württembergs bei Frankreich ankommen lassen. Die französische Regierung werde sicherlich „ein mehreres als das wirklich Enklavierte oder äußerstens die Herrschaft Triberg Württemberg nicht zuerkennen, weil es anerkannten Rechtes sei, daß kein Traktat mehr Recht übertragen könne, als der Kontrahent im Sinne gehabt habe zu übertragen" (428). Reitzenstein riet daher dem Kurfürsten, sofort den ganzen Breisgau in Besitz zu nehmen. Betreffs Kehl hielt er es für vorteilhafter, Frankreich das Besatzungsrecht zu überlassen, als die Werke und die Garnison im Frieden zu unterhalten und im Krieg die Festung auf jeweilige Requisition den Franzosen zur Verfügung zu stellen. Um das Wohlwollen Talleyrands sich zu erhalten, schlug Reitzenstein vor, ihm außer wertvollen Pretiosen „allerwenigstens 100 000 Gulden in baarem Gelde" zu verehren.

Inzwischen mußte die Regierung in Karlsruhe über die Ratifikation des Vertrags vom 20. Dezember schlüssig werden. Die Geh. Räte Meyer und Brauer wurden zur Begutachtung aufgefordert. Sie äußerten wohl eine Reihe von Bedenken gegen die einzelnen Bestimmungen, konnten sich aber doch der Erkenntnis nicht verschließen, daß, wie die Verhältnisse lagen, die Ratifikation unmöglich verweigert werden könne. Dabei betonte Brauer, daß „durch die Allianz- und Garantieforderung die Länderübergaben so oneriert werden, daß das kurfürstl. Haus dieser Zulagen nie froh und das Land durch Kriegsdruck ihrer überdrüssig werden dürfte". Bezüglich der Besitznahme der neuerworbenen Gebiete riet Brauer so vorzugehen, wie 1803: provisorische militärische Besetzung ohne förmlichen Regierungsantritt und ohne die Forderung der Huldigung, ehe der bisherige Landesherr abtrete und die Untertanen ihrer Pflicht entbinde (430, 431).

Es war nicht allein die Enttäuschung früher gehegter Hoffnungen auf eine bedeutendere Arrondierung des badischen Gebiets, die dem Kurfürsten die Zustimmung zu dem aufgedrungenen Vertrag erschwerte. Die bisherige Stellung Karl Friedrichs zu Kaiser und Reich, an der als altehrwürdiger Ueberlieferung er mit Pietät hing, mußte durch die Allianzbestimmungen des Vertrags eine bedeutsame Veränderung erleiden. Es erschien ihm „hart, sich und seine Staaten von dem deutschen Vaterlande fast ganz trennen und dem weitfassenden Interesse eines übermächtigen fremden Staates hingeben zu müssen". Eine Beruhigung gewährte ihm „nur der Gedanke an eine alles lenkende Vorsehung und das Bewußtsein des unablässigen, redlichsten Strebens, das Schicksal des Regenten, seiner Familie und Untertanen möglichst zu erleichtern und zu verbessern" (517). An eine Weigerung dem übermächtigen Napoleon gegenüber war natürlich nicht zu denken. Es blieb nur die Hoffnung, nachträglich noch günstigere Bestimmungen zu erlangen, und die Sorge dafür legte er immer wieder Reitzenstein ans Herz. In München, wohin dieser im Januar aus einem nachher zu besprechenden Anlaß ging, tat er sein möglichstes, um Badens Ansprüche auf eine bessere Behandlung darzutun, und erreichte von Thiard die Versicherung in Napoleons Namen, daß S. M. allerdings geneigt seien, dem badischen Kurhause eine weitere Vergrößerung auszumitteln (523). Am 16. Januar fand in München der Austausch der Ratifikationen statt.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

III.

Der Allianzvertrag vom 16./21. Januar 1806 und die Münchener Mediationsverhandlungen.

Von den süddeutschen Verbündeten Napoleons war keiner eifriger, die Früchte dieses Bündnisses möglichst frühzeitig einzuheimsen, als Kurfürst Friedrich von Württemberg. Schon im November, also noch vor den Brünner Verträgen, durch die der bisherige oesterreichische Besitz in Schwaben verteilt wurde, ging er daran, einen längst gehegten Wunsch zur Ausführung zu bringen. Der Versuch, den 1803 Bayern, Württemberg, Hessen-Darmstadt und andere Reichsstände gemacht hatten, die reichsritterschaftlichen Territorien in Besitz zu nehmen, war durch ein kaiserliches „Konservatorium" vom 23. Januar 1804 vereitelt worden, das die Annullierung aller von den betreffenden Reichsständen rechtswidrig verfügter Maßregeln aussprach. Jetzt waren die Verhältnisse günstiger geworden. Der Verbündete des Siegers über Oesterreich brauchte auf keine Hemmnisse Rücksicht zu nehmen als auf die, die von Napoleon selbst ausgingen, und dieser sprach in einem Schreiben vom 16. November seine Zustimmung zu dem geplanten Schritte aus.[1]) Kurfürst Friedrich verkündigte darauf in einem Patent vom 19. November seinen Entschluß, von sämtlichen ritterschaftlichen, Deutsch- und Johanniterorden'schen Gütern in und an seinen Staaten Besitz zu ergreifen. Am 29. November erhielt die badische Regierung durch ein Schreiben Kurfürst Friedrichs vom 26. offizielle Mitteilung von diesem Entschluß. Da bei dem aufgestellten Grundsatz, daß auch von allen an Württemberg grenzenden Gütern Besitz ergriffen werden solle, Kollisionen zu befürchten waren, so schlug Reitzenstein vor, man solle, um nicht Württemberg gegenüber in Nachteil zu kommen, sämtliche ritterschaftlichen Güter und Gefälle in den Ritterkantonen Kraichgau, Ortenau und Hegau-Allgäu-Bodensee, sowie das Gemmingen'sche Gebiet im Hagenschieß und das Fürstentum Heitersheim okkupieren und alle Gefälle der breisgauischen Klöster, des Malteser- und Deutschritterordens in Baden mit Beschlag belegen. Nach einigem Schwanken, da von den Mitgliedern des Geh. Rates nur Edelsheim für den Vorschlag Reitzensteins eintrat, unterzeichnete Karl Friedrich in einem Patent vom 3. Dezember die Instruktionen für die drei Okkupationskommissäre. Die Okkupationen begannen badischerseits am 9. Dezember und führten bald zu ernstlichen Konflikten mit Württemberg.[2])

Karl Friedrich war 1803 nicht geneigt gewesen, „zur Zeit und ehe eine reichskonstitutionsmäßige Berechtigung dazu vorhanden sei, oder allenfalls, da Gott vor sei! ein eintretender Krieg und Zerstörungsstand der Reichskonstitution ihn dazu nötige, die Reichsfreiheit seiner Vasallen und benachbarter Ritterglieder anzutasten",[3]) und der Ritterkanton Kraichgau hatte ihm für die Beschützung der ritterschaftlichen Rechte im Januar 1804 seinen Dank ausgesprochen: „Ew. Kurf. D. haben in einem Zeitpunkte, wo der gewaffnete Angriff auf unsere Rechte und Verfassung statt aller Titel das Beispiel nannte, mit ehr-

[1]) v. Schloßberger, Pol. u. milit. Correspondenz König Friedrichs v. Württ. mit Kaiser Napoleon I. S. 11 und Corresp. de Nap. XI. S. 508. Nr. 9501.

[2]) Bezüglich der Einzelheiten bei diesen Vorgängen verweise ich auf den Exkurs von Obser in der Pol. Corr. V. S. 440 f.

[3]) Karl Friedrich an den Landgrafen Ludwig von Hessen-Darmstadt, 14. Dez. 1803. Pol. Corr. IV. Nr. 624.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

würdiger Festigkeit und ächter Fürstengröße Sich für Recht und Konstitution in derjenigen erhabenen Sprache erklärt, welche Deutschland von den Grundsätzen eines Fürsten, der in allem, was edel und gut ist, seit vielen Jahren die praktische Lehre gibt, zu erwarten berechtigt war.“[1]) Aber der Krieg war jetzt eingetreten, und der „Zerstörungsstand der Reichskonstitution“ mußte, nach allem, was Karl Friedrich über die Absichten Napoleons wußte oder ahnte, über kurz oder lang eintreten. Da waren die Okkupationen, die Baden, durch das Vorgehen Württembergs gezwungen, jetzt unternahm, „eine durch die Pflicht der Selbsterhaltung und des Gleichgewichts gebotene vorsorgliche Maßregel“, die „bei etwa verschwindender Veranlassung von keinen Folgen sein konnte und sollte“. Zwei Wochen später ließ Napoleon das Todesurteil der Ritterschaft durch Berthier aussprechen, der in einer ordre du jour d. d. Schönbrunn, 19. Dezember unter dem Vorwande, daß die Ritterschaft durch die Gestattung von Rekrutenaushebungen in ihren Territorien die Oesterreicher unterstützt habe, die in den okkupierten Landesteilen kommandierenden französischen Generäle anwies, den Truppen und Agenten der Kurfürsten von Bayern, Württemberg und Baden bei der Besitznahme der Domänen der Ritterschaft hilfreiche Hand zu leisten, „S. M. l'Empereur ayant garanti à ces trois Electeurs la souveraineté pleine et entière de leurs états“.[2])

Napoleon selbst mußte daran gelegen sein, die aus der Okkupation der ritterschaftlichen Gebiete sich ergebenden Streitigkeiten zwischen seinen Verbündeten durch seine Vermittelung beizulegen. Eine Quelle neuer Zwistigkeiten drohten aber die in den Preßburger Friedensvertrag aufgenommen Verträge von Brünn und Wien zu werden infolge der Ungenauigkeiten in der Festsetzung und Abgrenzung der den Einzelnen zugefallenen Landesteile und lehnsherrlichen Rechte, die in der Tat nachher zu Konflikten geführt haben. Der Wunsch, diese Schwierigkeiten zu heben und fest geordnete Verhältnisse herzustellen, war die Veranlassung, daß Napoleon Anfangs Januar von München aus seine Verbündeten zu einem Kongresse ebendaselbst einlud. Napoleons Brief an Karl Friedrich vom 4. Januar 1806 (515) sprach seine Absicht aus, einen Kommissar zu ernennen, der sich mit einem zu ernennenden badischen ins Einvernehmen setzen solle, um den Zeitpunkt der Räumung der Baden zufallenden Gebiete durch die sie besetzt haltenden französischen Truppen festzustellen. Doch könnten schon sofort die vorbereitenden Maßregeln für die Einsetzung der badischen Regierung getroffen werden. Bei dem Widerspruch zwischen den Ratschlägen, die Reitzenstein in Wien französischerseits erhalten hatte, und dem in diesem Briefe ausgedrückten Wunsche Napoleons zog der Kurfürst es natürlich vor, sich nach letzterem zu richten, und nahm sofort den nach dem Vorgang Württembergs vom 24. Dezember 1805 am 4. Januar gegebenen Befehl zurück, die im Wiener Vertrag ihm zugedachten Landesteile durch eine Kommission besetzen zu lassen. (520. 511.) Er ernannte zu seinem Bevollmächtigten zum Kongreß Reitzenstein und bat den Kaiser, diesen von seinen Intentionen betreffs der Okkupation und ihres Zeitpunktes zu unterrichten.

Reitzenstein, der am 3. Januar von Wien abgereist war, hatte am 11. in Durlach eine Besprechung mit dem Kurfürsten, von dem er sich nähere Instruktionen wegen der Heiratsangelegenheit erbat, und eilte sofort nach München zurück, wo er am 13. ankam. Napoleon war gut gestimmt, denn Karl Friedrich hatte ihm schriftlich seine und seines

---

[1]) Pol. Corr. IV. Nr. 634.
[2]) Vgl. Pol. Corr. V. S. 443. Anmerk. 2.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Enkels Zustimmung zu der projektierten Heirat ausgesprochen (522), und dann war es ihm gelungen, den Widerstand der bayerischen Königin gegen die Vermählung ihrer Stieftochter mit Eugen Beauharnais zu überwinden, die am 14. stattfand. Den Vorschlag Thiards, die Werbung für den Kurprinzen sofort anzubringen, lehnte Reitzenstein ab; das sollte erst nach Napoleons Ankunft in Karlsruhe geschehen, wo „zugleich mit und neben dieser Anwerbung eine wirkliche Ausmittelung oder wenigstens die förmliche Zusicherung bestimmter Vergrößerungsgegenstände für das badische Kurhaus gleichen Schrittes" gehen sollte. Am 14. erhielt er auch die früher schon erwähnte Zusicherung Thiards, „daß S. M. allerdings geneigt seien, dem badischen Kurhaus eine weitere Vergrößerung auszumitteln" (423). Am 16. Januar hatte er eine Audienz bei Napoleon und der Kaiserin Josephine, aber Mitteilungen über den Inhalt der Unterredung liegen nicht vor.

Tags zuvor hatte Talleyrand Reitzenstein den Entwurf eines geheim zu haltenden Staatsvertrags (524) mitgeteilt, der den Zweck verfolgte, die Verhältnisse der drei Höfe von München, Stuttgart und Karlsruhe zu regeln und ihre in den früheren Verträgen festgelegte Allianz mit Frankreich weiter auszubauen und zu einer dauernden zu machen. Reitzenstein fand den Entwurf „dem Interesse und der Erhaltung des Ruhestandes der kurfürstlichen Lande im höchsten Grade angemessen"; einige Anmerkungen, die er machte, wurden für billig erkannt und in dem Entwurf berücksichtigt, vor allem auf den 1. und 2. Artikel der Brünner und Wiener Verträge vom 12. und 20. Dezember ausdrücklich Bezug genommen, um so leichter den württembergischen Eingriffen begegnen zu können.

Der Inhalt des Vertragsentwurfs war folgender:

Art. 1. Die drei Fürsten entsagen jeder für sich allen Rechten und Ansprüchen auf die Besitzungen der beiden andern nach dem Stand der Verträge von Brünn und Preßburg.

Art. 2—5. Eine Mediationskommission wird unter französischem Vorsitz in Paris errichtet, die alle etwa entstehenden Streitigkeiten unter den drei Staaten oder mit den kleinen benachbarten Reichsständen schlichten soll, in schwereren Fällen unter dem Vorsitz des Kaisers, der dann als Schiedsrichter fungieren wird.

Art. 6. Die drei Fürsten verpflichten sich, in keinem Falle Streitigkeiten, in denen sie Partei sind, vor den Reichstag zu bringen; geschieht das von anderer Seite, so soll in der Mediationskommission bestimmt werden, wie die Gesandten Frankreichs und der drei Staaten beim Reichstag gleichmäßig vorgehen sollen.

Art. 7. Sämtliche Kontrahenten verpflichten sich, irgend eine Offensiv- und Defensivallianz nur mit Zustimmung aller andern einzugehen.

Art. 8. Im Falle eines Reichskrieges werden die drei Fürsten kein Kontingent zur Reichsarmee stellen. Beschließen die kontrahierenden Mächte, an diesem Kriege teilzunehmen, so sollen die Truppen der drei süddeutschen Staaten vereinigt mit den französischen eine Armee bilden.

Art. 9 und 10 enthalten Bestimmungen über die Höhe der Kontingente, die die Verbündeten zu einem Kriege zu stellen hatten. Auf Baden entfielen 4500 Mann Infanterie und 600 Mann Kavallerie.

Art. 11. Die Helvetische Republik wird eingeladen, dieser Allianz beizutreten.

Art. 12. Die Kontingente anderer Fürsten und Staaten, die zum Beitritt aufgefordert oder auf ihre Bitte zugelassen werden könnten, richtet sich nach ihren Machtverhältnissen.

Art. 13 enthält die Verpflichtung Bayerns zur Befestigung von Augsburg und Lindau.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Art. 14. In den Gebieten der kleineren Stände zwischen Inn und Rhein sollen in Zukunft nur Bayern, Württemberg und Baden das Rekrutierungsrecht haben; der Rekrutierungsbereich eines jeden dieser drei Staaten soll durch eine besondere Konvention baldmöglichst festgesetzt werden.

Art. 15. Dieselbe Konvention wird festsetzen:

1. Den Besitzstand jedes der drei Fürsten bezügl. der Rechte, Domänen und Territorien, die sie im letzten Friedensvertrag erhalten haben.

2. Bestimmungen über den Ersatz der Reichsposten durch Territorialposten.

3. Bestimmungen über die von den drei Fürsten an die nach den letzten Verträgen depossedierten Mitglieder der geistlichen Ritterorden zu zahlenden Pensionen.

Art. 16. Der vorliegende Vertrag soll für immer geheim bleiben.

Einige dieser Artikel finden sich mehr oder weniger gleichlautend schon in Talleyrands Vertragsentwurf vom 26. November 1805, so Art. 1 und 11, andre sind in die spätere Rheinbundsakte übergegangen: 1. 6. 13.

Während der erste Artikel jenes Vertragsentwurfs vom 26. Nov. 1805 ausdrücklich die Trennung Bayerns, Württembergs und Badens vom Deutschen Reich ausgesprochen hatte, ist hier von einer förmlichen Lossagung nicht die Rede; aber in den Artikeln 6 und 8 war doch im Grunde dasselbe gesagt. Denn wenn die drei Staaten sich verpflichten sollten, in keinem Falle Streitigkeiten vor den Reichstag zu bringen, oder in einem Reichskrieg ihre Kontingente zu verweigern, so bedeutete das eben nichts anderes, als daß ihnen hier von Frankreich ein Bruch der Reichsverfassung und eine Lösung der alten Beziehungen zum Reich zugemutet wurde. Insofern ist dieser Vertrag als ein Vorspiel zum Rheinbundsvertrag zu betrachten, dessen weitere Ausdehnung in Art. 12 des vorliegenden Entwurfs schon vorgesehen ist.

Der bayerische Minister Montgelas unterschrieb den Vertrag am 16. Januar.[1]) Die Unterzeichnung vonseiten Badens erfolgte einige Tage später, am 21. Januar, in Karlsruhe.

Napoleon und seine Gemahlin waren am 17. Januar von München abgereist, um über Stuttgart nach Karlsruhe zu gehen. Der Kurprinz Karl reiste ihnen bis Augsburg entgegen, um sie zu begrüßen (523). Am 20. abends 8 Uhr kam das Kaiserpaar in Karlsruhe an, mit Glockengeläute und den Rufen der Karlsruher Vive Napoléon le Grand empfangen, und verweilte dort bis zum 22. Januar morgens.[2]) Napoleon erregte, wie Edelsheim berichtete (528), den günstigsten Eindruck; „er besitzt in hervorragender Weise die Kunst, alle Herzen zu gewinnen". Er zeichnete den Kurfürsten und den Kurprinzen durch Verleihung des Großkordons der Ehrenlegion aus und erbat sich von ersterem die Abzeichen seines Ordens der Treue, dessen Stern er bis zu seiner Abreise trug. Ein wertvollerer Beweis seines Wohlwollens für das badische Fürstenhaus war, daß er den lebhaften Beschwerden Karl Friedrichs über das Vorgehen der württembergischen Kommissäre, die fast zweidrittel des Breisgaues okkupiert und so Baden nur die Ebene zwischen Schwarzwald und Rhein belassen hatten, statgtab und ausdrücklich erklärte, „daß ohne Rücksicht auf die Linie vom Schlegelberg bis zum Mohlbach" der Anteil Württembergs am Breisgau in den Städten

[1]) In seinen Denkwürdigkeiten S. 136 drückt sich Montgelas mehr als ungenau so aus: es habe als ein einfaches, kluges und selbst unvermeidliches Verfahren erscheinen müssen, wenn der König von Bayern einen Vorschlag nicht zurückwies, der von Herrn v. Talleyrand ausging und in einem bereits mit der Zustimmung Badens versehenen Memoire niedergelegt war.

[2]) Ueber Napoleons Aufenthalt in K. vergl. v. Weech, Gesch. der Stadt Karlsruhe. I. 198 ff.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Villingen und Bräunlingen mit Dependenzen und in der Herrschaft Triberg bestehen und nicht über 17000 Seelen Bevölkerung enthalten sollte. General Clarke erhielt den Befehl, danach die Demarkationslinie im Breisgau festzusetzen. Während Napoleons Aufenthalt in Karlsruhe unterzeichnete Reitzenstein den Allianzvertrag; die Ratifikation durch den Kurfürsten erfolgte am 3. Februar.

Das wichtigste Resultat jener Tage war aber, daß es Napoleon gelang, den schweren Widerstand zu überwinden, den die Markgräfin Amalie dem französischen Heiratsprojekte bis jetzt entgegengesetzt hatte. Die Markgräfin äußerte sich selbst hierüber einige Tage später (529): „Gott weiß, daß ich viel Kummer und Sorgen seit vier Monaten zu ertragen habe. Jetzt ist es entschieden, daß mein Sohn ein Frl. v. Beauharnais heiratet, die zur Prinzessin von Frankreich gemacht werden soll; er hat ohne Mühe zugestimmt und ebenso sein Großvater. Ich habe ganz allein vier Wochen lang gekämpft. Der Aufenthalt des Kaisers hier hat die Sache entschieden. Er war so liebenswürdig und zuvorkommend mir gegenüber, daß ich in einem tête-à-tête von einer Stunde ganz freimütig zu ihm sprach. Er hörte mich willfährig an, und wenn Karl mich unterstützt hätte, hätte er meinen Verstellungen nachgegeben. Denn er schien in der Tat dazu geneigt und selbst an dem Projekt Gefallen zu finden, das ich ihm vorgeschlagen hatte. Aber schließlich, Karl will es, er knüpft sein künftiges Glück daran. Wolle Gott, daß dieses Ziel erreicht werde.“ Ein Bericht Schalls von Frankfurt aus nach Wien, nach Nachrichten „von einer so zuverlässigen Hand, als wie schier von Ihrer Durchlaucht der verwittibten Frau Markgräfin von Baden selbst“, gibt einen Teil ihrer Unterredung mit Napoleon (484): Seine erste Anrede war: „Warum sie, die einzige aus ihrer Familie, so entschlossen gegen ihn seie und handle?“ Sie antwortete: „Daß sie eine deutsche Prinzessin seie und folglich Deutschland und seiner Verfassung anhänglich bleibe, auch sie Pflichten der Dankbarkeit und Achtung gegen ihre Schwiegersöhne habe, und ohne diese ihr Haus einst ohne Stütze sein könnte; S. Majestät wendeten alle Kräfte an, um die deutsche Verfassung ganz zu zerstören, — dieses schmerzte ihr sehr, und nie würde sie dazu beigefällig sein; sogar könnten und würden S. Majestät keine deutsche Fürstin schätzen, welche gegen ihre National-Ehre und Gefühl handelt.“ — Als die Rede über die Heirat des Kurprinzen mit Mlle. Beauharnais vorkam, so weigerte sich die Markgräfin ihre Einwilligung dazu zu geben. Der Kaiser fragte sie, ob sie als Mutter schon einen andern Plan entworfen? — Sie stellte dem Kaiser als ihren einzigen Wunsch vor, daß ihr Sohn eine deutsche Prinzessin, und zwar anitzo die Prinzessin Karoline von Bayern heiraten möchte. Sie sagte dem Kaiser aus Höflichkeit, daß, wenn die ihrem Sohne bestimmte Braut seine eigene Tochter seie, so würde sie nichts einwenden, allein die Mlle. Beauharnais gienge ihm directement nicht an. Kaiser Napoleon erwiderte hastig, daß, wenn es nur darauf ankomme, so würde er sie zur Prinzessin machen und adoptieren; — doch gabe derselbe am Ende dem Anschein nach der Frau Markgräfin ihrem Begehren nach in Betreff einer Heirat mit der Prinzessin von Bayern, allein er müsse diesen Abend annoch eine bestimmte Antwort der Einwilligung des Kurprinzen darüber haben. Die Frau Markgräfin sprache nach dieser Unterredung mit ihrem Sohn, dieser willigte im Vortrag seiner Mutter ein, allein einige Stunden später wirft er sich dieser zu Füßen und bate sein gegebenes Wort ihm zurückzugeben; seine Gründe waren, daß er zum Besten seines Hauses und seines Landes sich gegen den Wunsch seiner Mutter erklären und fügen müsse.

Für die weiteren Verhandlungen ernannte Napoleon zu seinem Vertreter den Oberhofmarschall General Duroc, während Karl Friedrich den Oberst-Kammerherrn v. Geusau

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

und Reitzenstein dazu bestimmte, in Paris die förmliche Werbung um die Prinzessin anzubringen und den Ehevertrag zu schließen.

Der Allianzvertrag zwischen Frankreich und den drei süddeutschen Staaten ist fürs erste, trotz der Annahme durch Bayern und Baden, wirkungslos geblieben, weil König Friedrich von Württemberg, dem er während Napoleons Aufenthalt in Stuttgart vorgelegt worden war, seine Zustimmung dazu versagte. Seine Randbemerkungen zu dem Vertrag, die sein Minister Graf Wintzingerode am 20. Januar an Talleyrand übersandte (526), zeigen, daß er gegen die Bestimmungen der Artikel 6 und 8, die die Beziehungen zum Reiche faktisch lösten, nichts wesentliches einzuwenden hatte, daß ihm vielmehr nur die in Paris einzusetzende Mediationskommission mißfiel. Er hätte es vorgezogen, bei Streitigkeiten zwischen den drei süddeutschen Staaten die Entscheidung direkt Napoleon selbst zu überlassen. Bei den weitgehenden Ansprüchen und Forderungen, die er stellte, schien ihm offenbar nach den in Brünn erreichten Erfolgen dieser Weg der aussichtsreichste zu sein. Mitte Februar schickte er den Grafen Wintzingerode zu direkten Verhandlungen nach Paris; im März erklärte er sich dann bereit (534), den vorgeschlagenen Vertrag zu unterzeichnen, wenn Frankreich vier von ihm entworfene erklärende Zusatzartikel annehmen wolle. Der Zweck dieser Zusatzartikel war, die geplante Pariser Mediationskommission, sowohl in ihrer zeitlichen Dauer, wie in ihren Befugnissen einzuschränken. Aber ein Abschluß des Vertrags in dieser Form ist doch nicht erfolgt. Napoleon ließ vorerst die Sache fallen; aber wenige Monate später trat an die Stelle dieses Allianztraktats der Rheinbundsvertrag.

Auch die Verhandlungen des von Napoleon am 4. Januar angeregten Kongresses von Bevollmächtigten der drei süddeutschen Staaten in München führten zu keinem praktischen Ergebnis. Ihr Verlauf sei darum auch nur kurz dargestellt. Sie begannen in München Anfang Februar unter der Leitung des französischen Gesandten Otto, den Napoleon von Karlsruhe aus (21. Januar)[1]) angewiesen hatte, nach Besprechung mit den Bevollmächtigten und nach reiflicher Erwägung des Wortlautes der Verträge mit den drei Fürsten ihm einen Vorschlag für ein Besitzergreifungsdekret zu übersenden. Er sollte dabei von dem Grundsatz ausgehen, daß bis jetzt Napoleon kraft des Eroberungsrechts der Besitzer der zu verteilenden Lande sei. Ueber diesen Hauptpunkt des Programms, die Beilegung der zwischen den drei Staaten entstandenen territorialen Differenzen und die endgültige Festsetzung der Grenzen, handelten auch noch ausführliche Instruktionen Talleyrands für Otto (533). Andere Aufgaben waren: Bestimmungen über das Rekrutierungswesen in Süddeutschland zwischen Inn und Rhein, über die Pensionierung und den Unterhalt der depossedierten Geistlichen und Mitglieder der beiden Ritterorden, über die Aufhebung der Taxisschen Reichspost und ihren Ersatz durch Territorialposten. Da Reitzenstein, den der Kurfürst ursprünglich für die Verhandlungen in München bestimmt hatte, den Auftrag erhielt, nach Paris zu gehen, so schlug er als Vertreter Badens die Geh. Referendäre Hofer und Maler vor, die am 31. Januar ihre Vollmacht erhielten. Als Instruktion diente ihnen ein Bericht Reitzensteins an den Geh. Rat (531). Nach dem am 20. Januar von Napoleon an General Clarke ergangenen Befehl fürchtete Reitzenstein keine bedeutenderen Schwierigkeiten mehr bei der Berichtigung der Breisgauischen Grenze. Es blieb nach seiner Meinung nur noch übrig, eine möglichst vorteilhafte Arrondierung des oberen Fürstentums durchzusetzen. Bezüglich der Pensionierungen riet Reitzenstein, sich an die im Reichsdeputationshauptschluß von 1803 aufgestellten Grundsätze zu halten.

[1]) Corresp. de Napoléon XI. S. 669. Nr. 9693.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Von einer Territorialpost erwartete er keinen bedeutenden finanziellen Gewinn und riet zu einem Vertrag mit dem Fürsten von Taxis, in dem dessen Gesuch, ihm die Posten als badisches Thronlehen und unter kurfürstlicher Landeshoheit zu belassen, bewilligt werde. Bezüglich der Einrichtung des Rekrutierungswesens rechnete er auf das Vertrauen der kleinen Reichsstände auf Kurbaden und ihre Abneigung gegen Württemberg und glaubte, daß man die ausschließliche Rekrutierung wenigstens im Fürstenbergischen, Geroldseckischen und Schwarzenbergischen, auch womöglich im Schussenried, nach Norden hin im Leiningenschen, Erbachschen, Krautheimschen, Schönburgischen und Löwenstein-Wertheimschen erhalten könne.

Die beiden badischen Bevollmächtigten trafen am 6. Februar in München ein.[1]) Sie erfuhren dort zu ihrem Erstaunen, daß die württembergischen Bevollmächtigten Freiherr v. Bothmer und Geh. Legationsrat v. Wucherer wohl zu Verhandlungen mit den Bayern, aber nicht mit den Badenern Auftrag hatten. Dagegen ergab sich in den Besprechungen zwischen den badischen und den bayerischen Bevollmächtigten, Montgelas und Freih. v. Rechberg, bald eine Uebereinstimmung in den wesentlichsten Punkten, und es wurde beschlossen, am 13. Februar eine Konferenz der bayerischen und badischen Unterhändler zu veranstalten, „wo die Gegenstände präparatorisch zu überlegen und dergestalt vorzubereiten seien, daß, sobald möglich, ein Uebereinkunftsentwurf dem württembergischen Hofe vorgelegt, Höchstderselbe zum Beitritte eingeladen, und wenn die diesfallsige Bemühung kein Gehör finden sollte, die entworfene Konvention als ein Vorschlag des vermittelnden Ministers S. Majestät dem französischen Kaiser zur Sanktion oder Entscheidung eingesendet werden könne". Die Konferenz vom 13. Februar brachte auch eine in den Hauptpunkten für Baden befriedigende Lösung zustande, und am 15. berichtete Otto an Talleyrand, Bayern und Baden seien bereit, möglichst bald die von S. M. vorgeschlagenen Arrangements zu beschließen; wenn Württemberg sich sträube, könne man die Bundesakte zunächst für diese beiden Höfe verbindlich machen und durch Aufnahme der Schweiz und der wichtigsten Fürsten in Franken und am Rhein in das Bündnis Württemberg so mit Föderierten überall umgeben, daß ihm schließlich nichts andres mehr übrig bleibe als sich zu fügen.

Nun aber fing die Sache an, eine unvermutete Wendung zu nehmen. Die württembergischen Bevollmächtigten erhielten von Stuttgart so nachgiebig lautende Instruktionen, daß man bayerischerseits die Hoffnung daraus schöpfte, zu einer Einigung zu gelangen, und die bis dahin stillgestandenen Separatunterhandlungen mit den Württembergern wieder anknüpfte. Da aber letztere immer noch keine Vollmacht zu gemeinschaftlichen Verhandlungen erhalten hatten, so wollte der französische Vermittler Otto den Versuch machen, auch zwischen Württemberg und Baden einen „wechselseitigen Tausch- und Purifikationsvertrag" zu unterhandeln und dadurch ebenfalls eine alles erschöpfende Demarkationslinie zwischen diesen beiden Staaten zu bewirken. Hofer und Maler verhehlten Otto gegenüber nicht, daß sie bei dem Widerstreit so vielfältiger Interessen an der Möglichkeit zweifelten, solche alles entscheidende Linien bloß durch gutwillige Uebereinkunft zu erzielen. Es schien ihnen weit rätlicher, einstweilen durch Festsetzung einiger Hauptgrundsätze die aus dem Preßburger Frieden entstammenden Territorialirrungen niederzuschlagen, die einzelnen Austauschungen und Arrondierungen aber einer künftigen Vereinbarung vorzubehalten. Aber sie mußten schließlich doch dem Drängen Ottos, der sich von den unübersteiglichen Schwierig-

[1]) Das Folgende nach der von Hofer erstatteten Haupt- und Schlußrelation über die Unterhandlungen (537).

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

keiten einer solchen Demarkationslinie zwischen Baden und Württemberg nicht überzeugen ließ, nachgeben und ihm am 21. Februar schriftlich ihre Ansichten über die kurbadischen Rechte und Ansprüche samt einem Tausch- und Vergleichsvorschlag einhändigen, den er bei den Württembergern zu unterstützen versprach. Deren Gegenvorschläge wurden ihnen am 6. März mitgeteilt. Ihre vollständige Unannehmbarkeit sprang schon beim ersten Anblick nur allzusehr in die Augen. Baden hätte nach diesen Vorschlägen beinahe das ganze ehemalige Fürstentum Konstanz, samt Biberach, Pfullendorf und Ueberlingen, Salmannsweil und Petershausen und die Kommende Mainau, diese schönen und fruchtbaren Gebiete am Bodensee, abtreten sollen, um in dem Amte Triberg, in Bräunlingen, der Grafschaft Bonndorf und einem Teile des Hegau einen ganz ungenügenden Ersatz zu erhalten. Ebensowenig konnte die von Württemberg vorgeschlagene Demarkationslinie zur Scheidung der von den beiden Staaten vorzunehmenden Okkupationen den Ansprüchen Badens genügen.

Da so eine Annäherung auf dem Wege gütlicher Unterhandlung fürs erste sich nicht erwarten ließ, auch die Verhandlungen zwischen Bayern und Württemberg nur langsam von statten gingen, so entschloß sich Otto, auf Grund der vorliegenden und bisher diskutierten Materialien einen Mediationsvorschlag zu bilden, der dem französischen Kaiser vorgelegt werden sollte. Der Entwurf ging am 15. März nach Paris ab (536). Auch er sollte ohne Erfolg bleiben. Es genügt daher, von seinem Inhalt nur soviel zu bemerken, daß er inbetreff der württembergischen und badischen Ansprüche einen Mittelweg zwischen den beiderseitigen bisherigen Vorschlägen enthielt. Interessant ist das Begleitschreiben Ottos an Talleyrand, in dem er die Grundmotive behandelt, die ihn bei der Abfassung seines Mediationsplanes geleitet haben. Sein erstes Ziel, so sagte er, mußte sein, im Geiste der Föderativakte vom 16. Januar die drei Monarchen durch ein neues öffentliches Recht so zu binden, daß es ihnen unmöglich würde, sich dem Corps Germanique wieder anzuschließen. Ein andres Motiv war die Absicht, die Existenz der kleineren Reichsstände in Schwaben gegen die unmittelbaren Gewalttaten der Höfe zu schützen. „Ich sage „„unmittelbare““, denn seit der Unterdrückung der Kapitel und der Privilegien der Ritterschaft kann man voraussehen, daß diese Existenz nicht mehr von sehr langer Dauer sein wird. Aber inzwischen wird die großmütige Intervention Frankreichs auf das Verhalten dieser zahlreichen Klasse großen Einfluß haben, die sich daran gewöhnen wird, in Paris den Schutz zu finden, den sie seit einigen Jahren vergebens in Wien erfleht hat, und S. M. wird virtuell Kaiser dieses Teiles von Deutschland sein. — Das dringendste Bedürfnis ist, einer Art von Räuberei (brigandage) ein Ende zu machen, wie sie seit den Bauernkriegen in Deutschland nicht mehr vorgekommen ist.“ In scharfen Ausdrücken ergeht sich Otto besonders über die maßlose Begehrlichkeit Württembergs. Dagegen schreibt er in einem Briefe vom 16. an Talleyrand: „Die Weisheit und Mäßigung des badischen Hofes steht in scharfem Gegensatz zu dieser Anmaßung und Begehrlichkeit, der in Stuttgart nichts Einhalt tun kann.“

Der bayerische Hof war unter Voraussetzung einiger Modifikationen zur Annahme der von Otto vorgeschlagenen Uebereinkunft bereit, ebenso Baden. Vonseiten des württembergischen Hofes war geraume Zeit gar nichts zu vernehmen, bis nach 4 Wochen, am 14. April, von dem Legationsrat v. Wucherer die Erklärung abgegeben wurde, sein Hof könne den Vermittelungsvorschlag durchaus nicht annehmen, da er sich durch ihn gegenüber Kurbaden über die Hälfte an Volkszahl und Revenuen geschädigt glaube. Unter solchen Umständen bleibe nichts anderes übrig, als den vorgehabten Haupttausch- und Arrondierungsplan zwischen Württemberg und Baden vor der Hand zu beseitigen und sich auf die Aus-

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

gleichung einzelner Punkte zu beschränken. Aber auch aus den jetzt vorgelegten Vorschlägen mußten die badischen Bevollmächtigten zu ihrem Bedauern die Ungeneigtheit zu einer ernstlichen Annäherung wahrnehmen. Wenn auch die Verhandlungen noch nicht abgebrochen wurden, — sie wurden von Hofer noch bis Ende Juni weitergeführt, während sein Kollege Maler Mitte Mai zu einer anderweitigen Bestimmung nach Karlsruhe abberufen wurde, — so konnten sie doch zu keinem Resultat führen, und Hofer sah immer mehr ein, daß die Entscheidung nicht hier in München fallen werde, sondern von Paris aus zu erwarten sei. Der Mediationsplan Ottos hatte vor Napoleons Augen wenig Gnade gefunden. Der Kaiser lehnte ihn am 10. April ab, weil ihm vor allem die Vorschläge Ottos zur Sicherung der Existenz der kleineren Fürsten in Süddeutschland nicht zusagten. Napoleon sah in ihnen natürliche Verbündete Oesterreichs gegen Bayern, Württemberg und Baden, die, wenn man ihnen ihre Unabhängigkeit beließe, im Fürstenrat des Reichstags stets gegen das Interesse Frankreichs votieren würden. Sie sollten mediatisiert werden und so die militärische Macht seiner süddeutschen Verbündeten verstärken helfen.

Napoleon hat diese seine Absichten in den Besprechungen mit den süddeutschen Ministern in Paris durchgeführt; ihr Resultat stand schon fest, als Hofer den Schauplatz der vergeblichen Münchener Mediationsverhandlungen im Juli verließ.

IV.

Reitzensteins Tätigkeit in Paris und der Abschluss des Rheinbundes. Februar — Juli 1806.

I.

Am 3. Februar 1806 trat Reitzenstein seine Reise nach Paris an. Seine erste Aufgabe war, gemeinsam mit dem Oberstkammerherrn v. Geusau die letzten offiziellen Verhandlungen mit dem Kaiserl. Oberhofmarschall General Duroc wegen der Verheiratung des Kurprinzen mit Stephanie Beauharnais zu führen und den Ehevertrag abzuschließen. Die Ausführung dieser Aufgabe bot keine besonderen Schwierigkeiten. Karl Friedrich wünschte auch bei dieser Gelegenheit das Interesse seiner Söhne zweiter Ehe zu wahren und einen Artikel in den Ehevertrag eingefügt zu sehen, daß die weibliche Linie zur Erbfolge erst dann berufen sein solle, wenn auch die gräflich Hochbergische Linie im Mannesstamm ausgestorben sei. Napoleon hielt aber trotz aller Geneigtheit, die Wünsche des Kurfürsten inbetreff der Hochbergischen Linie zu unterstützen, den gegenwärtigen Augenblick nicht dafür geeignet (594). Auch die politischen Forderungen, die Karl Friedrich im Dezember nach dem Besuche Thiards an diese Ehe zu knüpfeu gedacht hatte, mußten vorerst zurückgestellt werden. Am 17. Februar fand die Unterzeichnung des Ehevertrages statt. In einer Botschaft an den Senat vom 4. März[1]) sprach Napoleon seinen Entschluß aus, die Nichte seiner Gemahlin zu adoptieren. „Diese Vereinigung, ein Resultat der Freundschaft, die uns seit mehreren Jahren mit dem Kurfürsten von Baden verbindet, schien Uns auch Unserer

[1]) Corresp. XII. S. 158. Nr. 9923.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Politik und dem Wohle Unserer Völker zu entsprechen. Unsere Rheindepartements werden mit Freuden eine Verbindung sehen, die für sie ein neues Motiv sein wird, ihre Beziehungen des Handels und guter Nachbarschaft mit den Untertanen des Kurfürsten zu pflegen." Von da an stand Prinzessin Stephanie im Rang über allen andern Damen, selbst die Prinzessin Louis, die Tochter der Kaiserin, nicht ausgenommen. Bei festlichen Gelegenheiten saß sie zur Rechten des Kaisers, in seiner Abwesenheit zur Rechten der Kaiserin.[1]) Am 2. März war der Kurprinz selbst nach Paris gekommen, und am 8. April fand die Vermählung in feierlichster Form statt.[2])

Die Neuvermählten blieben fast noch ein Vierteljahr in St. Cloud. Reitzenstein versuchte schon vor und nach der Vermählung, den Kurprinzen für seine politischen Pläne zu interessieren, ihn zu seinem diplomatischen Mitarbeiter zu machen, der wegen der nahen persönlichen Beziehungen zu Napoleon für ihn von besonderem Vorteil gewesen wäre. Aber der diplomatische Lehrmeister hatte wenig Freude an seinem Schüler, über dessen Gleichgültigkeit und besonders übergroße Schüchternheit gegenüber Napoleon er wiederholt bitter klagte (550. 572). Dagegen freute ihn an der jungen Kurprinzessin, daß sie für politische Interessen unendlich mehr empfänglich sei, als ihr Gemahl. „Sie studiert Statistik und geographische Karten und hat schon dem Kaiser gesagt, das Land habe eine herrliche Taille, es fehle ihm aber an Embonpoint." Um die nötige Fülle zu erreichen, sollte man, so sagte sie in einem Gespräch mit Reitzenstein, für den König von Württemberg ein anderes Königreich suchen und das seine Baden einverleiben, worauf ihr Reitzenstein zu ihrem guten Appetit gratulierte. Napoleon zeigte lebhaftes Interesse für den Kurprinzen. „Er unterließ nichts, um den Geist des Prinzen zu bereichern, seine natürlichen Talente zu entwickeln, und um Ew. Hoheit (dem Kurfürsten) den Stolz und den Trost zu bereiten, daß ein Mann wie der Kaiser die letzte Hand an seine Erziehung gelegt und ihn in allen Zweigen der Staatsverwaltung unterrichtet habe. Er sagte, der Prinz habe noch viel zu lernen, und besonders Dinge, die er nirgends so gut lernen könne wie hier; es würde also für ihn sehr nützlich sein, wenn er seinen Aufenthalt in Frankreich noch etwas verlängere." Reitzenstein riet entschieden dazu; von der Schule, die er in Paris durchmache, werde er für sein Leben lang Gewinn davontragen (611). Eine Erkrankung des Kurfürsten im Juni, die zu Befürchtungen Anlaß gab, bestimmte dann das junge Paar, nach Karlsruhe zu reisen, wo sie am 4. Juli eintrafen, von der Einwohnerschaft jubelnd begrüßt. Es ist hier nicht der Ort des weiteren auszuführen, welch schweren Stand die junge Fürstin am badischen Hofe fand gegenüber der Eifersucht und stolzen Abneigung ihrer Schwiegermutter, der Markgräfin, den Intriguen der Parteien und dem eigentümlichen aus Mißtrauen und Unschlüssigkeit gemischten Wesen des eigenen Gatten (639). Den hochbetagten Kurfürsten dagegen nahm sie durch ihre Grazie und Liebenswürdigkeit rasch für sich ein. Napoleon gab ihr in seinen Briefen kluge Ratschläge für ihr Verhalten: „Lieben Sie Ihren Gatten! Machen Sie sich dem Kurfürsten angenehm! Behandeln Sie Ihr Volk gut, denn die Souveräne sind nur da zum Wohle ihrer Völker. Passen Sie sich dem Lande an und finden Sie alles gut; denn nichts ist impertinenter, als immer von Paris und von den Herrlichkeiten zu reden, von denen man weiß, daß man sie nicht haben kann. Das ist der Fehler der

---

[1]) Corresp. XII. S. 151. Nr. 9914.

[2]) Die Vermählungsfeierlichkeiten schildert ein Augenzeuge, Freiherr Karl Christian v. Berkheim, in seinen anonym veröffentlichten Lettres sur Paris. Heidelberg 1809. S. 205 ff.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Franzosen; verfallen Sie nicht in denselben!“ (647). Uebrigens ist, wie sich aus einem Schreiben von Massias ergibt (639), französischerseits schon gleich damals der Gedanke günstig aufgenommen worden, Mannheim einmal zur Residenz und Hauptstadt des Landes zu machen. „Französischere Sitten als in Karlsruhe, der Geist der Rivalität und persönlichen Interesses, die allgemeine Ausübung des katholischen Kultus werden bewirken, daß die Prinzessin in Mannheim einen sicherern und ergebenern Hof finden wird.“ —

Schwieriger war die Ausführung der zweiten Aufgabe, die Reitzenstein zugefallen war. Es handelte sich darum, „die verschiedenen wichtigeren Differenzen mit Bayern und Württemberg zu einem für das Interesse des Kurfürstlichen Hauses günstigen Ende zu bringen“ (538). Die Differenzen mit Württemberg waren bekanntlich durch die Ungenauigkeit in den Bestimmungen der vorangegangenen Verträge entstanden, die Württemberg eine Handhabe bot, von dem Breisgau größere Stücke für sich zu beanspruchen, als Baden zugestehen wollte. Von Stuttgart aus war, wie wir wissen, der Staatsminister Graf Wintzingerode nach Paris geschickt worden, und Reitzensteins Aufgabe war es zu verhindern, daß dieser energische und geschickte Mann das alte Spiel, das die württembergische Politik in Brünn gespielt hatte, in Paris weiter fortsetze. Reitzenstein stellte sich Wintzingerode gegenüber auf den Standpunkt (545), daß Normann bei den Brünner Verhandlungen sich unwürdiger Kunstgriffe bedient habe, um der bestimmtesten Intention des französischen Kaisers zuwider das badische Interesse aufs empfindlichste zu verkürzen. Die Absicht der französischen Regierung sei gewesen, den Breisgau unverkürzt an Baden zu überweisen; sie habe sich „zu dem Abriß der integrierenden Teile desselben bloß durch die Vorspiegelung bewegen lassen, daß diese Gegenstände von Württemberg enklaviert wären“. Wenn er selber damals nur acht Tage früher angekommen wäre, würde Württemberg vom Breisgau nicht einen Zoll breit erlangt haben. An dem Wortlaute der Bestimmungen der Brünner und Wiener Verträge war nun nicht mehr zu rütteln; es galt aber, statt der Linie „vom Schlegelberg bis zum Mohlbach“, die auf einer ungenauen Karte basierte, eine für Baden günstigere Grenzlinie zu finden, und Napoleon hatte, wie schon oben erwähnt wurde, während seines Karlsruher Aufenthaltes erklärt, daß ohne Rücksicht auf jene Linie der Anteil Württembergs am Breisgau außer den Städten Villingen und Bräunlingen nur in der Herrschaft Triberg bestehen und nicht mehr als 17000 Seelen enthalten solle. Für ein Festhalten an dieser von Napoleon selbst gelegten Basis trat nun Reitzenstein sowohl Wintzingerode als Talleyrand gegenüber energisch ein. Auf eine Aeußerung des ersteren, daß bei den Okkupationen im Breisgau „wahrscheinlich von beiden Seiten die Kommissarien über ihre Instruktionen hinaus und zu weit gegangen seien“ (545), bemerkte er, „daß man diesseits zwar allerdings ebenfalls zu weit gegangen, aber nicht im Okkupieren, sondern in der zu weit getriebenen Mäßigung“. Der Mohlbach, der sich auf den neuesten Karten nicht mehr finden lasse und seit langer Zeit selbst im Lande diesen Namen verloren habe, könne für nichts anderes als ein „être d'imagination“ angesehen werden, welches man dazu benützen zu können geglaubt habe, um unter dem Deckmantel dieser unbestimmten Grenzscheidung soweit zu greifen, als man nur Lust habe. Talleyrand versprach Reitzenstein, wenn Wintzingerode etwa Anträge machen sollte, bei denen das Interesse Badens gefährdet sein könnte, nichts zu tun, ohne vorher ihn zu Rate zu ziehen. Die französische Regierung werde strengste Gerechtigkeit walten lassen; wo etwa Rücksichten der Gunst eintreten sollten, „würden diese bei den nunmehrigen Verhältnissen und der bevorstehenden Familienverbindung ganz und ausschließlich für Baden sein“.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

In diesem Punkte wurden die Wünsche Badens erfüllt. Der von Napoleon mit der Festsetzung der Demarkationslinie beauftragte General Clarke ließ durch einen Ingenieurhauptmann Vaisot die Grenzlinie so abstecken, daß auch ein Teil Tribergischen Gebiets Baden zufiel. Am 24. März konnte Reitzenstein dem Kurfürsten mitteilen, daß Dank der Gerechtigkeit des Generals Clarke die Frage nicht nur eine beruhigende Erledigung gefunden, sondern Württemberg infolge des Rekurses an den Kaiser auch einen Teil desjenigen wieder eingebüßt habe, „was man ihm, wenn es innerhalb der Grenzen des Oberamts Triberg geblieben wäre, kaum strittig gemacht haben würde" (559).

Nicht so günstig schnitt Reitzenstein in einer Frage ab, die mit der vorigen im engsten Zusammenhang stand. Im November 1805 war dem Breisgau neben einer monatlichen Kriegssteuer von 160000 Frcs. eine Kontribution von 800000 Frcs. auferlegt worden. Von diesen Summen waren noch ca. 360000 Gulden rückständig, und Karl Friedrich hatte in Karlsruhe Napoleon um Nachlaß der Zahlung gebeten. Napoleon hatte dem Kurprinzen, der ihn bei seiner Abreise nach Straßburg begleitete, dort diesen Nachlaß bestimmt zugesichert; die Ausfertigung des Dekrets war aber unterblieben, da der Staatssekretär Maret nicht zur Stelle war. Nun erhielt Reitzenstein in Paris von Maret die befremdende Mitteilung, der Kaiser habe seinen Entschluß geändert; die Rückstände der Kontribution sollten zur Entschädigung der Einwohner von Kehl und andern dergleichen Ausgaben auf dem rechten Rheinufer verwendet werden. Seine Bemühungen bei Maret und Duroc, eine Aenderung dieses Beschlusses herbeizuführen, blieben vergeblich. Der Kriegsminister Berthier bestand darauf, daß der Breisgau bis zur Bezahlung des Rückstandes unter französischer Verwaltung bleiben müsse. Als Termin für die Bezahlung bestimmte er den 15. März. Da ein Erfolg der Bemühungen Reitzensteins bis dahin ausblieb, wurden Deputierte des Breisgaus, die Freiherrn v. Andlau und v. Neveu, die vorher schon in München bei Napoleon gewesen, ermächtigt, nach Paris zu gehen und im Namen des finanziell erschöpften Landes Napoleon Vorstellungen zu machen. Karl Friedrich hinterlegte in Straßburg 216260 Frcs., die abgeschätzte Entschädigungssumme für den Gebäudeschaden in Kehl; unter Vorlegung der Quittung sollte Andlau den Nachlaß des Restes der Kontribution verlangen. Dem wiederholten Ansuchen an Berthier um Uebergabe des Breisgaus wurde jetzt entsprochen; doch mußte die badische Regierung durch Revers sich verpflichten, bis 1. Juni den Rest von 559000 Frcs. zu bezahlen, wenn der Kaiser keinen Nachlaß bewillige. Am 15. April fand die Uebergabe des Breisgaus und der Ortenau in Freiburg statt. Die Zahlungsfrist auf 1. Juni wurde allerdings nicht eingehalten, aber auch die Bemühungen Reitzensteins und der Deputierten (568. 575. 599) blieben vergeblich. Erst im Januar 1807 verstand sich Napoleon dazu, durch Nachlaß der Restzahlung diese schwere finanzielle Sorge von der badischen Regierung zu nehmen.

Nach den Verträgen vom Dezember 1805 sollte die Grafschaft Bonndorf an Württemberg fallen. Mit dieser Grafschaft waren bisher die vier Herrschaften Betmaringen, Blumegg, Gutenburg und Grafenhausen verbunden. Auf letztere waren von badischer Seite Ansprüche erhoben worden, deren Berechtigung freilich der badische Okkupationskommissär im Breisgau, Geh. Rat v. Drais, bezweifelte. Reitzenstein war (mit andern) der Ansicht, diese vier Herrschaften hätten als St. Blasianische Aemter von jeher integrierende Teile des Breisgaus gebildet und seien von der Abtei St. Blasien nur der Bequemlichkeit wegen durch das Oberamt Bonndorf verwaltet worden; sie müßten also als Dependenzen von St. Blasien Baden zufallen. Er mußte aber bei näherer Prüfung der Akten zugestehen, daß sie zu dem

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

reichsunmittelbaren Gebiet St. Blasiens gehörten, das Württemberg zugewiesen worden sei, und daß Baden keine Ansprüche auf sie erheben dürfe (559).

Zwischen Baden und Bayern hatten sich Differenzen ergeben wegen der breisgauischen Klöster und des Fürstentums Heitersheim. Der Reichsdeputationshauptschluß von 1803 hatte diese Klöster dem Johanniterorden als Entschädigung für seine linksrheinischen Verluste zugewiesen, Kaiser Franz II. aber, gestützt auf die Pariser Konvention vom 26. Dezember 1802, diese Bestimmung niemals anerkannt, und die Klöster waren dann mit dem Breisgau an Ferdinand von Modena gekommen. Der Preßburger Frieden hatte sie dann als Dependenzen des Breisgaus Baden zugesprochen. Darauf hatte der Orden Max Joseph von Bayern für seinen zweiten Sohn Karl Theodor die Coadjutorie des Großpriorats deutscher Zunge angeboten. Max Joseph hatte mit Zustimmung Napoleons angenommen, suchte nun die Rechte des Ordens auf jene Klöster wieder zur Geltung zu bringen (504) und protestierte gegen die Annahme des Titels Fürst von Heitersheim durch Karl Friedrich (509. 511). Baden aber berief sich auf die Reitzenstein in Wien durch Talleyrand gegebenen bestimmten Zusicherungen, und Reitzenstein legte durch eine Note vom 6. März (549) Verwahrung gegen Bayerns Ansprüche ein. Talleyrands Antwort vom 20. März lautete günstig (557). Er habe Reitzensteins Note dem Kaiser vorgelegt, S. M. erkenne an, daß der Kurfürst in alle Rechte des Herzogs Ferdinand eintrete und daß einer Besitzergreifung der Klöster durch den Kurfürsten nichts im Wege stehe. Damit war die Frage wegen jener Klöster, deren Einnahmen auf 500 000 Gulden beziffert wurden und nach Reitzensteins Ansichten bei guter Verwaltung sich noch steigern ließen, zu Gunsten Badens entschieden. Bezüglich Heitersheim hoffte Reitzenstein auf eine gleich günstige Entscheidung, wenn man in Karlsruhe seine Vorschläge annehme. Diese gingen auf eine reiche lebenslängliche Versorgung des derzeitigen Großpriors und des Kommandeurs v. Ferette, der zum Nachfolger desselben designiert und die Sache Badens unter dieser Bedingung bei Talleyrand zu unterstützen bereit sei (560). Reitzensteins Vorschläge wurden vom Kurfürsten genehmigt, worauf Talleyrand Ende Juni Baden riet, die Huldigung im Fürstentum Heitersheim vorzunehmen, dessen Besitz im Artikel 19 der Rheinbundsakte Baden endgültig zugesprochen wurde.

II.

Die nicht unwichtigen Erfolge, die die badische Politik und ihr Vertreter in Paris in diesen Punkten davontrug, waren ohne Zweifel, wie ja auch Talleyrand andeutete, den verwandtschaftlichen Beziehungen zu verdanken, in die Napoleon durch die Verheiratung seiner Adoptivtochter Stephanie mit dem badischen Kurhause trat. Nun erinnern wir uns, daß schon früher von badischer Seite weitgehende Erwartungen an diese Verbindung geknüpft worden waren, und daß Thiards Aeußerungen in München Reitzenstein gegenüber diese Hoffnungen nur hatten verstärken können. Wie fruchtbar der Geist Reitzensteins in politischen Plänen und Kombinationen war, die auf eine Vergrößerung des badischen Gebiets hinausliefen, haben wir ebenfalls schon früher erfahren. Er betrachtete die Erhaltung der Erwerbungen des letzten Friedens gegenüber den Angriffen Württembergs und Bayerns nicht als einen Gewinn, mit dem man sich begnügen könne (548), sondern er war entschlossen, sein möglichstes zu tun, um neue Vorteile für Baden zu erlangen. Er ist in den folgenden Verhandlungen die treibende Kraft gewesen; Kurfürst Karl Friedrich und sein Minister v. Edelsheim haben sich mehr passiv verhalten, sind aber auf die Anregungen Reitzensteins in der Regel eingegangen.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Da dieser meist nur mit Talleyrand und seinen Beamten und andern Persönlichkeiten mit mehr oder minder Einfluß am Kaiserhof direkt verkehren konnte, so setzte er seine Hoffnung auf den Kurprinzen Karl, der ja seit Anfang März in Paris weilte. Er gab ihm wiederholt in ausführlichen Denkschriften Ratschläge, wie er, der allein in der Lage sei, mit Napoleon persönlich zu verkehren, der politischen Interessen und Wünsche Badens sich annehmen könne. Die Erfüllung dieser Wünsche stellte er als ein Gebot der Notwendigkeit dar, wenn die Existenz Badens überhaupt erhalten werden sollte. In einer Denkschrift vom 6. März entwarf er dem Kurprinzen ein trauriges Bild von der schlimmen Finanzlage des Landes. Er rechnete ihm ein jährliches Defizit von 1 200 000 Gulden bei einer Einnahme von 2 200 000 Gulden heraus, an dem selbst die Einkünfte der neu erworbenen Besitzungen, auch mit den reichen breisgauischen Klöstern, nichts ändern könnten, da man sich Glück wünschen müsse, wenn deren Einnahmen die Ausgaben decken würden, wenigstens solange man die Pensionen für die Prälaten und Mönche zahlen müsse. Dazu komme dann eine Schuldenlast von 11 bis 12 Millionen, ohne die unvermeidlichen Kosten für die Verheiratung des Kurprinzen, die eine neue beschwerliche Anleihe nötig machen werde. „Ich beschwöre Sie, sehr ernstlich über diesen Zustand der Dinge nachzudenken, der nicht so fortdauern kann, ohne Ihren vollständigen Ruin herbeizuführen, und der Ihnen die Aussicht eröffnet, daß Sie in einigen Jahren nicht mehr wissen werden, wo Sie ihr Haupt niederlegen können. Ich muß mich Ew. Hoheit gegenüber freimütig darüber äußern, weil ich Verrat an Ihnen üben würde, wenn ich es nicht täte. — Ich habe es vermieden, dieses Gemälde unter die Augen des Kaisers zu bringen, weil es mir widerstrebte, unsere Schande zu sehr zu enthüllen. Aber jetzt, wo Sie schon so gut wie der Schwiegersohn des Kaisers sind, rate ich Ihnen, sich ohne Vorbehalt in seine Arme zu werfen und ihm alles zu entdecken, wenn Sie es nur unter 4 Augen tun können. Diese Heirat wird für die Prinzessin selbst sehr traurig sein, wenn das Land, welches Sie eines Tages regieren werden, nicht gerettet wird, und gerettet kann es nur werden durch außerordentliche Mittel, d. h. durch einen genügenden Gebietszuwachs, damit die Finanzen wiederhergestellt werden können.“ Und nun machte er ihm eine Reihe von Vorschlägen zu Gebietsvergrößerungen, die anzustreben seien.

In erster Linie dachte er daran, den Umstand für Baden auszunützen, daß die Markgrafschaft Ansbach (durch den von Haugwitz am 15. Februar abgeschlossenen Pariser Vertrag) an Bayern fiel. Reitzenstein wußte zwar nichts genaueres darüber; er hat irrtümlicherweise den Abschluß des Vertrags erst auf den 8. März verlegt. Aber er hatte doch davon reden hören, daß Bayern für Ansbach das Herzogtum Berg abtreten müsse, und trieb den Kurprinzen an, wenn sich eine Gelegenheit biete, nach dem Erwerb von Berg zu trachten. Zugleich hoffte er, daß Bayern angesichts seiner Vergrößerung durch Ansbach sich vielleicht dazu bestimmen ließe, Ulm, die Herrschaft Wiesensteig und die Abtei Söfflingen abzutreten, die man dann gegen Einräumung der Zubehörden des Breisgaus, der Grafschaft Bonndorf und der Landgrafschaft Nellenburg an Württemberg austauschen könne, um mit diesem zu einer erträglichen Grenze zu kommen. Als Entschädigung Bayerns für Ulm etc. brachte Reitzenstein die Reichsstadt Nürnberg oder das Fürstentum Regensburg in Vorschlag.

In zweiter Linie kamen nach seiner Ansicht Erwerbungen am Main in Betracht, nämlich das Fürstentum Aschaffenburg, das seit 1803 dem Kurerzkanzler Karl v. Dalberg gehörte. Reitzenstein war überzeugt, daß dieser keinen Nachfolger erhalten werde, und daß man sich

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

mit dem Schicksal seines Landes schon jetzt beschäftigen müsse. Ferner Frankfurt. Er wollte von bedeutenden Frankfurter Bürgern Mitteilungen erhalten haben, daß diese, da sie an der Möglichkeit einer längeren Aufrechterhaltung ihrer Selbständigkeit zweifelten, die Vereinigung mit Baden jedem andern Lose vorzögen. Außerdem sei bei der wahrscheinlichen Mediatisierung der kleinen Reichsstände alles aufzubieten, daß Baden die Fürstenbergischen Lande, Geroldseck, Leiningen, Erbach, Salm-Krautheim und Löwenstein, die kleinen Gebiete zwischen Aschaffenburg und der Rheinpfalz erhalte. Was war da natürlicher, als daß der Erwerbung der letzteren die des Darmstädtischen Gebiets diesseits des Main folge, wenn auch erst in späterer Zukunft? Ja sogar auf Erwerbungen in Norddeutschland, auf die Herzogtümer Verden und Bremen, richtete sich der begehrliche Blick Reitzensteins. Zuletzt erinnerte er noch an die unbestreitbaren Rechte, die das badische Haus auf Neufchatel und Valengin habe. „Im allgemeinen suchen Sie soweit als möglich die Forderungen auszudehnen, die der Kaiser vielleicht selber an ihn zu richten Sie veranlassen wird. Glauben Sie mir, daß Jedermann in gleicher Weise handeln wird." Die Hauptsache, von der, wie er zu behaupten wage, der Erfolg oder Mißerfolg in der ganzen Verhandlung im wesentlichen abhängen werde, sei, daß der Kurprinz mit dem Kaiser direkt über die Interessen seines Hauses spreche. Der klare Verstand des badischen Staatsmanns gab sich keinen Täuschungen über die wirkliche Lage Badens und sein Verhältnis zu Frankreich hin, wie es sich seit dem September des letzten Jahres herausgebildet hatte, so traurig auch und abstoßend für deutschnationales Empfinden die offene Aussprache seiner politischen Erkenntnis klingen mag. „Es hieße, sich eine wahrhaft lächerliche Illusion machen, wenn man sich die Abhängigkeit verbergen wollte, in welcher das Kurfürstentum Baden in jeder Beziehung sich gegenüber Frankreich befindet. Ich habe mein Glaubensbekenntnis in dieser Hinsicht dem Kurfürsten noch nicht abgelegt, weil Ihr Herr Großvater zu alt ist, um die Charakterstärke zu besitzen, die nötig ist, um mit Ruhe die Gesamtheit der Ereignisse und diejenigen, die wir nächstens noch sehen werden, ins Auge zu fassen und um sich plötzlich in eine Lage zu versetzen, die von derjenigen so verschieden ist, an die er sich seit 60 Regierungsjahren gewöhnt hat. Aber Ihnen kann ich es offen heraussagen: Die Natur hat Ihr Land dazu bestimmt, nicht nur ein mit Frankreich verbündeter, sondern, sagen wir es frei heraus, ein dem französischen Kaiserreich untergeordneter Staat zu werden. Es handelt sich nicht darum, diese Ordnung der Dinge ändern zu können oder zu wollen; der beste Entschluß, den ein weiser und über seine und seiner Untertanen Interessen aufgeklärter Fürst fassen kann, ist, rechtzeitig eine ehrenvolle und vorteilhafte Kapitulation zu schließen. Diese beiden Bedingungen finden sich schon vollkommen erfüllt durch einen Fundamentalartikel, d. h. durch Ihre Heirat, durch die Sie sogar der Sohn des Kaisers werden. Handeln Sie also ihm gegenüber mit derselben Hingabe und demselben Vertrauen, mit dem der geliebteste Sohn gegenüber seinem Vater handeln könnte. Sagen Sie ihm, daß von dem Moment an, wo Sie sich entschlossen hatten, diese Verbindung einzugehen, Sie gleichzeitig Ihre zukünftigen Staaten wie einen integrierenden Bestandteil Frankreichs betrachteten, daß Sie ihm alle Ihre Staaten als Gegengabe für die Mitgift der Prinzessin Stephanie brachten, daß Sie sich nur die Ehrenrechte, den Schein der Regierung und die Einkünfte vorbehielten, daß aber alles, was die hohe Politik angehe, gänzlich von ihm abhängen werde. Indem Sie ihm diese Versicherung geben, werden Sie nur die reine Wahrheit sagen und was unter allen Voraussetzungen stattfinden würde. Wenn Ew. H. sich auf eine so freimütige Weise mit dem Kaiser ausgesprochen haben werden, werden Sie die

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Gelegenheit ergreifen können, ihm die verzweifelte Lage Ihrer Angelegenheiten und die dringende Notwendigkeit vorzustellen, Sie zu vergrößern, wenn er Sie retten will. Sie werden ihm sagen können, wie betrübend es wäre, wenn der letzte Sproß des Hauses Baden, eines Hauses, das sich durch seine Verbindung mit dem französischen Herrscherhaus erneuern sollte, unter das württembergische gestellt würde, dessen erste Ahnen in der Geschichte noch nicht bekannt waren, als der älteste Zweig des Ihrigen, die Herzöge von Zähringen, schon erloschen war, nachdem er glänzende Erinnerungen hinterlassen hatte."

Gegen dieses Württemberg und die Absichten seines Ministers in Paris hatte Reitzenstein das größte Mißtrauen; deshalb wünschte er durch die Beziehungen des Kurprinzen zum Kaiser mehr Zutritt zu den maßgebenden politischen Kreisen zu erlangen, um Wintzingerode entgegenarbeiten zu können und um nicht wieder die schlimme Erfahrung machen zu müssen, wie in Wien, wo er gezwungen worden sei, seinen Namen unter einen ihm vorgelegten fertigen Vertrag zu setzen. Er hat aber, wie schon oben bemerkt, die Erfahrung machen müssen, daß er an dem Kurprinzen keine Stütze bei der Ausführung seiner politischen Pläne fand; trotz allen Anspornens und Zuredens konnte er dessen Schüchternheit nicht überwinden. Er wünschte, daß der Kurprinz an erster Stelle das Herzogtum Berg von Napoleon verlangen solle. Nach tagelangem Drängen entschloß sich der Prinz endlich, zwar noch nicht mit dem Kaiser selbst, aber doch wenigstens mit der Kaiserin über die Angelegenheit zu reden. Er erhielt da von ihr die vertrauliche Mitteilung, daß Berg mit dem rechtsrheinischen Kleve und der Grafschaft Mark für Murat bestimmt sei, daß aber der Kaiser ein anderes Land dem badischen Hause zugedacht habe (551). Welches, das erfuhr er nicht. Ein Schreiben Napoleons vom 14. März an Talleyrand erwähnt eine Enklave Hessen-Kassels am Rhein, die an Baden fallen sollte.[1]) Das wäre die untere Grafschaft Katzenellenbogen gewesen.

Da so die Hoffnung auf Erwerbung von Berg geschwunden war, so drang Reitzenstein in einer neuen Denkschrift vom 12. März (552) in den Kurprinzen, unter Hinweisung auf seine früheren Vorstellungen in Wien und auf die Besprechung mit Thiard in München andere Forderungen an den Kaiser zn stellen. Das Doppelte von dem müsse man fordern, was man zu erlangen hoffe. Zu den früher genannten Objekten kamen noch andre hinzu, so Hanau, Nassau, die schweizerischen Parzellen auf dem rechten Rheinufer.

In der nächsten Zeit hat die Erwerbung von Frankfurt, wie es scheint, die Gedanken Reitzensteins ganz besonders beschäftigt. Ein Bericht an den Kurfürsten vom 28. März (563) erinnert an kurz nach dem Ausbruch des letzten Krieges erfolgte vertrauliche Eröffnungen angesehener Frankfurter Bürger, daß sie lieber in kurbadische, als in kurerzkanzlerische oder hessische Hände fallen möchten. Das Karlsruher Archiv hat dafür keine Belege. Dagegen hatte in der früher erwähnten Denkschrift vom Ende Dezembers Reitzenstein allerdings schon von Frankfurt gesprochen. Bald nach seiner Ankunft in Paris traten ähnliche Wünsche eines Frankfurters an ihn heran. Mitte März kam ein anderer — Namen werden nicht genannt —, um im Namen „des einsichtsvolleren Teiles" der Kaufmannschaft die Mediatisierung der Stadt für Kurbaden zu betreiben, und besprach sich mit Reitzenstein und dem Kurprinzen. Er äußerte Wünsche über Garantien, die Baden für gewisse Punkte leisten sollte. Der letzte und wichtigste forderte: Anerkennung der Frankfurter Staatsschuld und Bezahlung der Interessen sowohl als Bildung eines Tilgungsfonds zur Bezahlung der

[1]) Corresp. XII. S. 227. Nr. 9969.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Kapitalien selbst aus dem Ueberschuß der Staatseinkünfte. Diese Forderung ließ bei der Höhe der Schulden, die infolge der Kriegslasten und der Kontribution auf mindestens 10 Millionen gestiegen waren, die Vorteile einer Erwerbung der Stadt sehr zweifelhaft erscheinen, da sie dem Staat für eine Reihe von Jahren nichts einbringen und doch dem Kurhause vielleicht für weit höher als „eine andre in der Realität beträchtlichere Vergrößerung" in Anrechnung gebracht werde. Auch die Karlsruher Regierung teilte dieses Bedenken Reitzensteins; sie fürchtete, wenn man irgend höhere finanzielle Forderungen an die Stadt stelle und ihr nicht im übrigen ihre ganz eigene Verfassung belassen werde, „werde Frankfurt eine noch weit verdorbenere Stadt und größere Last als Mannheim" (565). Von da an war von einer Erwerbung Frankfurts ernstlich nicht mehr die Rede.

Dagegen ging Reitzenstein im April eifrig ins Zeug, um Napoleon in einer Denkschrift (576), die er ihm durch den Kurprinzen überreichen ließ, klarzulegen, welche politischen Vorteile es für Frankreich biete, wenn Baden die ganze Schweiz als „helvetisches Königreich" erhalte. „Die Schweiz ist eine der Besitzungen, die in den glücklichsten Zeiten, d. h. vor sechs Jahrhunderten, den Vorfahren des Kurprinzen gehörten; deren höchster Ruhmestitel ist, Gründer von Städten in Jahrhunderten der Barbarei gewesen zu sein, unter andern Bern und Freiburg gegründet, Moudon, Yverdun, Burgdorf vergrößert und befestigt zu haben." Die Erwerbung der Schweiz würde Baden instand setzen, als Königreich eine anständige Stellung neben den beiden andern süddeutschen Königreichen einzunehmen, zu der es durch die Familienallianz mit dem kaiserlichen Hause berechtigt sei. Sie würde eine Wohltat für die Schweiz sein nach alle dem, was diese seit 10 Jahren erfahren habe, und ein Vorteil für Frankreich, da dadurch den Emissären Englands, die zum Schaden Frankreichs dort die Parteien aufhetzten, der Zutritt für immer verschlossen wäre. Als Thiard von Reitzensteins Verlangen hörte, meinte er, der müsse den Verstand verloren haben, daß er sich so exorbitante Forderungen erlaube, und Talleyrand rief aus: „Nein, die ganze Schweiz! das ist zu viel, das ist unmöglich!" Aber als General Duroc ebenfalls diese Forderung zu hoch nannte, da antwortete ihm Reitzenstein, es entspreche dem Ruhme des Kaisers, daß man für seinen Schwiegersohn keine mäßige Forderung stelle. Allmählich glaubte er einen Umschlag in der Stimmung zu seinen Gunsten eintreten zu sehen. Man sagte ihm in den Bureaux des Ministeriums, daß die Sache mit einem Teile der Schweiz sich machen ließe, und aus Aeußerungen Talleyrands glaubte er auf die Geneigtheit des Kaisers schließen zu dürfen, sich ernstlich mit der Vergrößerung des Hauses Baden zu beschäftigen. In einer Audienz bei Napoleon wußte er in gewandter Weise diesen dahin zu bringen, daß er selbst von der Schweiz zu reden begann, und benützte dann die Gelegenheit, um noch einmal alle die Gründe zusammenzufassen, die die Erwerbung der Schweiz durch Baden als wünschenswert für dieses, für Frankreich, für ganz Europa erscheinen ließen. Napoleon antwortete nur in allgemeinen Redensarten: er wolle sehen, was sich tun lasse; man solle ihm vertrauen und den Zeitpunkt abwarten, wo die Wünsche sich erfüllen ließen. Tags darauf sprach Reitzenstein mit Talleyrand: er betrachtete die direkte Eröffnung an Napoleon als ein Samenkorn, das keimen und sicher auch Frucht tragen werde, wenn Talleyrand sich seiner annehme. Auch dieser bezeichnete den Gedanken als ausführbar. Ob aber Reitzenstein von der Keimkraft des Samenkornes wirklich so fest überzeugt war? Er war wenigstens vorsichtig genug, in dem Schreiben an Edelsheim, in dem er von der Audienz berichtete, den Minister zu bitten, dem Kurfürsten nichts davon mitzuteilen, um in ihm keine Hoffnungen zu erregen, die vielleicht doch nicht verwirklicht würden. In den Kreisen der nicht-

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

französischen Diplomaten in Paris hat man von den Wünschen Badens Kunde gehabt; schon im März berichtete der Gesandte des Kurerzkanzlers, Graf Beust, von der Möglichkeit, daß Neufchatel und Valengin, Waadtland, Zürich, Schaffhausen und Basel mit der Erblandammannschaft an Baden übertragen werden würden (555). Daß aber Napoleon eine solche Idee wirklich gehabt haben sollte, ist wenig wahrscheinlich; wir wissen, daß in dem Allianzvertragsentwurf vom Januar die Schweiz als zukünftiger selbständiger Teilnehmer an dem Bunde gedacht war. Man hat offenbar den eifrigen Vertreter der badischen Regierung, der man im Grunde wohlwollte, nicht durch direkte Ablehnung kränken, sondern durch allgemeine Redensarten, aus denen sich keine Verbindlichkeit herleiten ließ, hinhalten wollen. Noch Ende Juni glaubte freilich Reitzenstein an die Möglichkeit, wenigstens die deutsche Schweiz für Baden erlangen zu können. Seine Hoffnung ist nicht erfüllt worden.

III.

Der Leser wird sich erinnern, daß Reitzenstein schon in der Denkschrift vom November 1805 die Territorien der kleineren Reichsstände in Süddeutschland den drei Hauptstaaten hatte zugeteilt wissen wollen. Dabei hatte er aber an eine Verpflanzung und Entschädigung wenigstens der bedeutenderen unter ihnen gedacht. Die Verträge vom Dezember hatten an die selbständige Existenz dieser Stände noch nicht gerührt. Aber in der Bestimmung des Artikels 14 des Allianzvertrags vom Januar 1806, daß in den Gebieten zwischen Rhein und Inn künftig nur Bayern, Württemberg und Baden das Rekrutierungsrecht ausüben sollten, war im Grunde doch der erste Angriff auf dieselbe gemacht worden. Württemberg hatte darauf die maßlose Forderung gestellt, daß ihm allein dies Rekrutierungsrecht überlassen werde. Wir erinnern uns dann ferner, daß der Leiter der Münchener Kongreßverhandlungen, Otto, in seinem Plane vom 15. März den Versuch gemacht hatte, die kleineren Reichsstände in Schwaben gegen die unmittelbaren Gewalttaten der größeren Nachbarn, besonders Württembergs, zu sichern und unter den Schutz des französischen Kaisers zu stellen. In Paris waren die Ansichten geteilt (589). Talleyrand und manche andere französischen Staatsmänner waren für die Erhaltung der kleinen Stände, die in Napoleon dann ihren Beschützer sehen und es ihm ermöglichen würden, seinen Einfluß im Süden Deutschlands zu vermehren. Aber Napoleon selbst war anderer Ansicht.[1]) Er sah in den kleinen Fürsten nur Anhänger Oesterreichs und Gegner seiner Verbündeten. Frankreich habe ein Interesse daran, seine drei Alliierten durch die Aufteilung der kleinen Stände für ihren Anschluß reich zu belohnen. Nur wollte er sich nicht direkt einmischen. Bayern, Württemberg und Baden sollten die Sache unter sich abmachen, ohne seinen Namen zu nennen. Er rechnete darauf, daß die drei Fürsten nach einem so gewaltsamen Schritte erst recht auf seinen Schutz angewiesen sein, daß sie erst recht Vasallen Frankreichs werden würden. Dabei brauchte die Erhaltung einzelner Fürsten, die nicht zu Oesterreich neigten, z. B. Hohenzollern, nicht ausgeschlossen zu bleiben. Um die Proteste der kleinen Fürsten solle man sich nicht kümmern. Wenn es im Interesse der oesterreichischen Politik liege, würde Oesterreich sie doch zuerst aufopfern und den drei Souveränen anbieten. Durch ihre Vereinigung mit den Gebieten seiner drei süddeutschen Verbündeten würden sie deren militärische Machtmittel vergrößern und so Frankreichs Macht indirekt mehren. Diesen letztern Gesichtspunkt hatte auch Württemberg hervorgehoben, als es das alleinige Rekrutierungsrecht in den kleinen

[1]) Corresp. XII. S. 324. Nr. 10076 an Talleyrand, 10. April.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Territorien zwischen Rhein und Inn für sich beanspruchte. Jetzt berief sich, wie Reitzenstein berichtete (570), Wintzingerode in Paris auf einen bei der Durchreise Napoleons im Oktober 1805 in Ludwigsburg angeblich projektierten Vertrag, von dessen Existenz aber in Paris niemand etwas wissen wollte, und beanspruchte für Württemberg die Landeshoheit über ganz Schwaben, soweit es nicht bayerisch oder badisch sei, und der bayerische Gesandte v. Cetto brachte dann dasselbe Begehren für Bayern vor. Es kostete Mühe sie zu überzeugen, daß Frankreich nur in eine gleichmäßige Verteilung unter alle drei Souveräne einwilligen werde. Wintzingerode begnügte sich dann, in einer Audienz bei Napoleon am 14. April „nur die Adoption des Grundsatzes an sich" nachzusuchen. Napoleon stimmte zu, erklärte aber, wie schon in seinem Schreiben an Talleyrand vom 10: „er wünsche nicht, dabei geradehin vorausgestellt zu werden; allein wenn die drei konkurrierenden Höfe die Maßregel der Territorialsubjektionen gegen die übrigen Stände ins Werk setzen wollten, so genehmige er solches nicht nur, sondern werde sie auch darin unterstützen." Sie sollten möglichst rasch vorgehen, solange die französische Armee noch in Deutschland stehe, und ihm einen gemeinschaftlichen Plan vorlegen. Wintzingerode, Cetto und Reitzenstein sollten darüber vorläufige Konferenzen pflegen, aber alles im strengsten Geheimnis. Wintzingerode machte am 15. April Reitzenstein davon Mitteilung, der seine Bedenken nicht verhehlte, da der geplante Schritt gesetzwidrig sei, das Reich im Frieden mit Frankreich lebe und die Maßregeln gegen die Stände sich nicht rechtfertigen ließen. Reitzenstein erklärte auch Talleyrand, „ohne dessen Beirat er in wichtigen Dingen keinen Schritt zu tun gewohnt sei", soweit er die Gesinnungen des Kurfürsten und dessen Ministerium zu kennen glaube, würde die Unterjochung der kleineren Reichsstände von Kurbaden weder provoziert, noch gewünscht, noch gebilligt. Wenn man sich also an Bayern und Württemberg anschlösse, so sei dies nur unter dem Gesichtspunkte einer „defensiven Operation" zu beurteilen, indem Kurbaden nicht zugeben könne, daß schwache Nachbarn an seinen Grenzen, die ihr Zutrauen auf die badischen Grundsätze von Gerechtigkeit und Mäßigung gesetzt hätten, unter die Landeshoheit eines mächtigen Nachbarn und noch dazu eines solchen wie Württemberg gerieten. Nur in diesem Falle beanspruche Baden die Landeshoheit über die Fürstenbergischen Gebiete, den Klettgau, das Auersbergische, die Grafschaft Geroldseck und das Leiningensche Gebiet. Er verschob die von Wintzingerode auf den 17. gewünschte Konferenz auf den 18., um vorher sich durch den Kurprinzen eine Audienz bei Nopoleon zu verschaffen, was ihm aber wegen des Zögerns des Kurprinzen nicht sofort gelang. Am 18. fand die Konferenz der drei Minister statt, in der aber infolge Reitzensteins Zurückhaltung (577) noch keineswegs ein Teilungsplan entworfen, sondern nur der Umfang der Rechte festgelegt wurde, die die drei Souveräne über die Gebiete der kleinen Fürsten in Süddeutschland beanspruchten (574). Diese Rechte waren: 1. Das Rekrutierungsrecht (ius armorum). 2. Die oberste Gerichtsbarkeit (summa iuris dictio in causis civilibus et criminalibus). 3. Die Kirchenaufsicht (ius circa sacra). 4. Die Polizei, die Post etc., die für die Verwaltung und die Aufrechterhaltung der Souveränität notwendigen Abgaben und das Recht der Zölle. Die unterworfenen Fürsten sollten alle Vorrechte behalten, die mit der so begründeten Souveränität vereinbar seien; ihre persönlichen Einkünfte würden nicht nur erhalten, sondern eher vergrößert werden. Da vonseiten der Mediatisierten Reklamationen sowohl bei Kaiser Napoleon, wie beim Wiener Hof, beim Reichstag und den Reichsgerichten zu erwarten waren, so richteten die drei Minister die Anfrage an Talleyrand, auf welche Garantien französischerseits gegen diese Reklamationen zu rechnen sei.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Die von Reitzenstein gewünschte Audienz bei Napoleon wurde ihm für den 25. April bewilligt. Sie dauerte ziemlich lange und enthüllte Reitzenstein deutlich die Absichten Napoleons inbezug auf die süddeutschen Angelegenheiten (580). Der badische Gesandte trug dem Kaiser dieselben Bedenken gegen die Mediatisierung vor, die er schon bei Talleyrand geäußert hatte. Aber Napoleon trat entschieden für den Plan ein, dessen Ausführung die Ruhe in Süddeutschland sichern und den drei Staaten eine feste Basis ihrer Macht an Bevölkerung und Einkünften gewähren würde. Er erklärte, es sei nicht die Aufgabe des Kurfürstlichen Ministers, die Sache der kleinen Stände zu vertreten, sondern aus der geplanten Mediatisierung den möglichsten Nutzen für Baden zu ziehen. Er drohte, wenn das Prinzip der Territorialunterwerfung nicht sehr rasch zur Ausführung gelange, so werde er sich genötigt sehen, die kleinen Staaten unter seinen Schutz zu nehmen, worum die Häuser Fürstenberg, Hohenlohe, Metternich u. a. ihn schon gebeten hätten, und so notgedrungen die direkte Suprematie in Süddeutschland sich anzueignen.[1]) Gegenüber einer so peremptorischen Erklärung Napoleons war eine Weigerung Badens, auf das Mediatisierungsprojekt einzugehen, nicht mehr möglich, und Reitzenstein sprach nun die Forderungen aus, die er im Interesse Badens zu stellen habe. Die wichtigste war: gleiche, nicht proportionale Verteilung. Napoleon erklärte sich damit einverstanden. Dann bezeichnete Reitzenstein die Gebiete von Fürstenberg und Leiningen als diejenigen, deren Erwerbung für Baden unumgänglich sei. Napoleon hatte sich schon Berechnungen aufstellen lassen, nach denen die Gesamtmasse des zu verteilenden Gebiets 300000 Seelen enthielt. Von den also auf Baden fallenden 100000 hätte das Gebiet von Fürstenberg, das Napoleon ihm nicht bestritt, 80000 enthalten. Ueber Leiningen aber wollte er sich nicht aussprechen, da es nicht in Schwaben liege. Auf den Einwand Reitzensteins, Hohenlohe gehöre ja ebenso wenig dazu, erwiderte er, Hohenlohe habe man zu der Masse hinzuschlagen müssen, um die 300000 Seelen herauszubekommen. Als weitere Wünsche bezeichnet Reitzenstein, daß Württemberg die Donau als Südgrenze erhalten und daß die Okkupationslinie bis zum Main ausgedehnt werden möge, wobei dann Leiningen und Erbach Baden zufallen könnten. Ohne mit positiven Zusagen auf solche Wünsche einzugehen, erklärte der Kaiser, zunächst sei es notwendig, daß die drei Höfe sich über die von ihnen zu okkupierenden Gebiete einig würden. Er forderte Reitzenstein auf, einen dahin gehenden Entwurf anzufertigen. Dieser machte sich auch gleich an die Arbeit und stellte (584) ein Verzeichnis der Besitzungen der kleinen schwäbischen Fürsten und Grafen zusammen, denen er auch einige außerhalb Schwabens hinzufügte, wie z. B. Hohenlohe. Alle zusammen hatten nach seiner Berechnung eine Bevölkerung von rund 479000 Seelen. Die Anteile der drei Staaten wurden dann im einzelnen nach den Prinzipien „der Lokalität und der Konvenienz" so zusammengestellt, daß auf jeden ziemlich genau ein Drittel der Gesamtsumme fiel.

Als Reitzenstein diesen Entwurf Wintzingerode und Cetto am 28. vorlegte, wünschten diese das Gebiet der Mediatisierung bis zum Main ausgedehnt zu sehen, so daß, wenn Napoleon die Mediatisierung von Süddeutschland fordere, unter diesen Begriff alle Gebiete zwischen der Schweiz, dem Rheinlauf von Basel bis Mainz, dem Main von Mainz bis zu seiner Quelle, Oberpfalz und Bayern gerechnet würden, mit Ausnahme des hessen-darmstädtischen Starkenburg und des kurhessischen Babenhausen (583). Dieser Anregung folgend machte dann Reitzenstein noch ein zweites Projekt (585), nach dem eine Gesamt-

[1]) Ueber derartige Bestrebungen vgl. Pol. Corresp. V, S. 626. Anmerk. 1.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

masse von ca. 638000 Seelen zu verteilen gewesen wäre. Beide Projekte wurden Talleyrand am 2. Mai vorgelegt. In dem Schreiben an den Kurfürsten, in dem er ihm diese Vorgänge mitteilte (591), warf Reitzenstein noch einmal die Frage auf, „ob diese ungerechte und konstitutionswidrige Maßregel überhaupt rätlich sei und nicht lieber aus allen Kräften dagegen gearbeitet werden sollte". Die Sache sei auch nicht mit dem geringsten Schein zu rechtfertigen, gebe das übelste Beispiel und „dürfte in der Folge die jetzt teilnehmenden mächtigen Fürsten außer der Lage setzen, sich nur einmal darüber beschweren zu dürfen, wenn dereinst die nämliche Gewalttätigkeit von noch Größeren gegen sie selbst ausgeübt werde". Aber schließlich konnte Reitzenstein trotz seiner Ueberzeugung von der moralischen Verwerflichkeit der Maßregel doch nur zu dem Schluß kommen: Gegenüber dem ausgesprochenen Willen des französischen Kaisers wird die Gewissenhaftigkeit eines einzigen und noch dazu des schwächsten Hofes die Ausführung des Planes gewiß nicht hindern. Die Pflicht der Selbsterhaltung gebietet Baden selbst zuzugreifen. Die Karlsruher Regierung schloß sich der Meinung Reitzensteins an, der allein in der Lage sei, die Dinge richtig zu beurteilen (603), wenn auch Geh. Rat Brauer in seinem zustimmenden Gutachten (604) sein innigstes Bedauern bezeugte, „daß die Welt soweit verfallen, daß man auch nicht einmal den Schein von Rechtlichkeit und Redlichkeit mehr zu bewahren sucht, da wo man den Schlüssel zu den Pforten der Hölle und des Todes — gottlob nur für das Menschenleben unter dem Mond — in Händen hat", und auch Geh. Rat Herzog die Mediatisierung der „kleinen Herren" für unrechtmäßig hielt und nur riet zu nehmen, was angeboten werde, weil jede Weigerung Schaden bringe (605).

Reitzenstein mußte bald einsehen, daß der Durchführung des Teilungsplanes, wie er ihn in seinen beiden Entwürfen vorgeschlagen, gar manche Hindernisse in den Weg traten. Denn erstens meldeten sich jetzt auch andere, um bei der Teilung bedacht zu werden, wie z. B. Hessen-Darmstadt, das auf die Grafschaft Erbach und anderes Anspruch machte. Und dann erhob sich als Haupthinderungsgrund die alte Eifersucht der drei Staaten. Bayern und Württemberg suchten verschiedene Stücke von vornherein aus der Teilungsmasse auszuschließen, auf die sie alte, begründete Ansprüche zu besitzen behaupteten, so daß Reitzenstein sehr daran zweifelte, daß die drei Höfe überhaupt sich über eine billige Austeilung verständigen würden, und seine Meinung gegenüber Talleyrand dahin äußerte, die französische Regierung müsse schließlich selbst durch eine unwiderrufliche Entscheidung dem Hader ein Ende machen. Wollte aber Frankreich sich nicht direkt einmischen, so beabsichtigte er die Erklärung abzugeben, daß der ganze Plan für unausführbar angesehen werden müsse, und daß es für Baden das Erwünschteste sei, es bei der Abteilung des Schwäbischen Kreises nach Vierteln zu belassen, wo sodann jeder Direktor mit seinen Viertelsständen Verabredungen wegen Ueberlassung größerer Berechtigungen an die Direktoren treffen könne (591).

In der am 13. Mai abgehaltenen ersten förmlichen Konferenz (601) über die Teilungsfrage verbreitete sich die Diskussion unter Zugrundelegung von Reitzensteins Entwurf zuerst über die Gegenstände, gegen deren Zulassung zur Teilungsmasse der eine oder der andere der drei Höfe aus irgend einem Grunde zu protestieren hatte, dann über die Abschätzung der einzelnen Objekte. Reitzenstein hatte nach Talleyrands Aeußerungen geglaubt, im Sinne Napoleons zu handeln, wenn er sich auf sein erstes Projekt beschränke, Wintzingerode verlangte entschieden die Ausdehnung der Teilungsmasse bis zum Main und erklärte, daß im andern Falle die Beratungen für ihn kein Interesse mehr hätte. Er verfaßte

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

noch in der Konferenz selbst eine Note des Inhalts, er werde an der Vorlegung eines Teilungsplanes für den Kaiser nicht teilnehmen, wenn derselbe sich nicht bis an den Main erstrecke. Reitzenstein glaubte die Entscheidung über diese strittige Auffassung der Intentionen der französischen Regierung Talleyrand überlassen zu müssen. Von einer Antwort desselben berichtet er nichts.

So sehr auch Napoleon in jener Audienz Wintzingerodes am 13. April und nachher am 25. April gegenüber Reitzenstein die Sache als pressant bezeichnet hatte, so wenig beeilte er sich jetzt, eine Entscheidung herbeizuführen. Die Erklärung dieser momentanen Gleichgültigkeit mag zum Teil darin zu suchen sein, daß er von den Verhandlungen mit England, die damals das Zustandekommen eines Friedens in Aussicht zu stellen schienen, sehr in Anspruch genommen war. Außerdem scheint die abweichende Meinung, die sein auswärtiges Amt über die Zweckmäßigkeit der Maßregel hegte, zu der Aufschiebung eines Entschlusses beigetragen zu haben. Wir haben oben schon gehört, daß Talleyrand für die Erhaltung der kleinen Stände war. Diese selbst taten ihr möglichstes, um ihre Existenz zu fristen und den geplanten Angriff auf ihre Selbständigkeit abzuwehren. Ihre Agenten eilten nach Paris (600) und sparten kein Geld (607), um einflußreiche Leute zu gewinnen, und wenn ein früherer in Talleyrands Auftrag von La Besnardière und dem greisen Pfeffel entworfener Plan, wonach die kleinen schwäbischen Fürsten und Grafen in dem Gebiet zwischen Donau, Bodensee, Iller und Schwarzwald arrondiert werden und zu Frankreich in ein Bundesverhältnis treten sollten, auch gescheitert war, so wußte Reitzenstein am 13. Mai von einem andern Projekt zu berichten (600), das auf nichts geringeres hinziele, als Frankreich die Oberhoheit über alle diese Gebiete zu übertragen und die Ausübung derselben und den Schutz gegen die drei großen Höfe einem hohen Beamten anzuvertrauen, der den Titel eines „Lieutenants des Kaisers" führen solle.

IV.

Während so mehrere Wochen hindurch die Entscheidung in der Schwebe hing, spielte sich zwischen Napoleon und der badischen Herrscherfamilie und Regierung ein Vorgang ab, der bewies, wie richtig Reitzenstein das Verhältnis Badens zu Napoleon beurteilt hatte, wenn er gesagt hatte, Baden befinde sich in jeder Beziehung in Abhängigkeit von Frankreich. Es ist ein krasses Beispiel für die Art, wie Napoleon in die privaten und innerpolitischen Angelegenheiten derjenigen eingriff, die auf seine Gunst angewiesen waren.

Schon wiederholt ist im Vorangehenden auf die mißlichen Finanzverhältnisse Badens hingewiesen worden. Während bis zum Jahre 1790 die badischen Finanzen in der besten Ordnung gewesen waren, trat von da an eine bedenkliche Verschlimmerung ein. Der Verlust der linksrheinischen Besitzungen brachte auch einen Verlust nicht unbedeutender jährlicher Einkünfte. Dann kamen die gewaltigen Lasten und Kontributionen der Revolutionskriege. Zur Erreichung politischer Vorteile nach den Friedensschlüssen von Campo Formio und Lüneville hatte ein besonderer Aufwand gemacht werden müssen. Wenn dann auch nach der Gebietserweiterung von 1803 die jährlichen Einkünfte um mehr als 100 % gestiegen waren, so hatte dafür auch Baden die beträchtlichen Schulden der Pfalz und andre Lasten übernehmen müssen, deren Zinsen zusammen mit den erhöhten Verwaltungskosten die Erhöhung der Einnahmen mehr als ausglichen. Zum Schluß hatte dann der Krieg von 1805 durch die Instandsetzung des Truppenkorps und die Lieferungen für die französische Armee neue schwere Opfer verlangt, so daß nach einer Denkschrift des Finanzministers v. Gemmingen

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

vom Januar 1807 die Gesamtschuld am Ende des Jahres 1805 sich auf 8 Millionen Gulden belief (595 Anmerk.). Reitzenstein hatte sie dem Kurprinzen, wie oben gesagt, im März 1806 noch höher, auf 11 bis 12 Millionen berechnet. Nach dem Abgang des Finanzministers v. Gayling im Juli 1805 hatte Markgraf Ludwig die oberste Leitung der badischen Finanzen übernommen. Nun hatte der französische Gesandte in Karlsruhe, Massias, in richtiger Erkenntnis des Interesses, das Napoleon bei der jetzt so engen Verbindung mit Baden und seinem Fürstenhaus an diesen Dingen nehmen mußte, Berichte über die Finanzlage eingesandt, darunter einen (558) vom 23. März, der ein ungünstiges Licht auf die Gräfin Hochberg und den Markgrafen Ludwig werfen mußte. Beide seien persönlich schwer verschuldet. Die Höhe dieser Schulden hat Massias ohne Zweifel stark übertrieben (558 Anmerk. 2). Vielleicht oder wahrscheinlich sind zu Napoleons Ohren auch andere Gerüchte gedrungen, deren Ursprung sich nicht genau kontrollieren läßt; Reitzenstein führte sie auf bayerische Intriguen zurück (613); es mögen aber auch andere den Karlsruher Kreisen nahestehende Persönlichkeiten dabei im Spiele gewesen sein. Napoleon kam so zu der sicher irrigen Meinung, daß die Verantwortung für den schlimmen Zustand der badischen Finanzen hauptsächlich die Gräfin Hochberg und den Markgrafen Ludwig treffe, und in einer Audienz Anfang Mai, an der auch der Kurprinz teilnahm, gab er in scharfen Worten seiner Unzufriedenheit hierüber Ausdruck und forderte Reitzenstein auf, in seinem Namen der Gräfin davon Mitteilung zu machen. Er erklärte, die Erfüllung ihres Lieblingswunsches, die Anerkennung des Erbrechts ihrer Söhne, müsse davon abhängig gemacht werden, daß sie Ordnung in ihren eigenen Finanzen schaffe und ihren Einfluß zu einer bessern Finanzverwaltung des Landes zur Geltung bringe. Der Kurfürst scheine von allen Seiten betrogen und bestohlen zu werden; seine Diener gingen nur auf ihren Privatvorteil aus. Besonders zwei Punkte hob er hervor, das verderbliche Abholzen der Forste, die man doch als einen unantastbaren Schatz betrachten müsse, und den Verkauf der Domänen. Die Gräfin dürfe nicht verlangen, daß der Kurprinz freundliche Gefühle für sie hege, wenn sie nicht den guten Willen zeige, auf jede Weise zu verhindern, daß anstelle eines der schönsten Länder von Deutschland eines Tages ein ausgesogenes, geschwächtes Land, eine Wüste, dem Prinzen überliefert werde (595). Reitzenstein konnte nicht umhin, den unangenehmen Auftrag Napoleons auszuführen und der Gräfin Hochberg seine tadelnden Bemerkungen mitzuteilen. Er tat es in so vorsichtiger, schonender Weise, daß Napoleon den Brief, den er ihm vorlegte, das Schreiben eines Höflings nannte (613). Trotzdem war seine Wirkung eine tiefgreifende. Der Kurfürst, dem seine Gemahlin Reitzensteins Schreiben mitteilte, war von solchen „Anschuldigungen von Zugrunderichtung des Landes, von Verschleuderung der Domänen, von Devastierung der Waldungen und von der Untreue und Habsucht seiner Diener“ aufs peinlichste berührt (602). Besonders schwer aber trafen diese Beschuldigungen den Markgrafen Ludwig, der für sein Verhalten gegenüber Napoleon wohl einen andern Dank erwartet haben mochte. Er legte sofort sein Amt nieder, und der Kurfürst berief den Reichstagsgesandten Frh. von Seckendorff, damit er von der ganzen Finanzadministration und Forstwirtschaft genaue Einsicht nehme und dann nach Paris gehe und den Erfund dem Kaiser unmittelbar vorlege (602), was übrigens nachher doch nicht erfolgte. Aber offen gegen die anmaßende Einmischung Napoleons in interne badische Angelegenheiten sich zu wehren, hatte niemand den Mut. Karl Friedrich war zu sehr daran gelegen, in dem gegenwärtigen Stadium der Pariser Verhandlungen die Gunst Napoleons sich zu erhalten, von dessen freundlicher Gesinnung er vor allem die Erfüllung des Wunsches erwartete, den er

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

selbst als den sehnlichsten seines Alters bezeichnete, die Anerkennung der Sukzessionsfähigkeit der Grafen von Hochberg. Napoleon ließ sich auch durch die Vorstellungen Reitzensteins beruhigen, der ihm mitteilte, wie sehr Karl Friedrich in Sorge sei, in der persönlichen Hochschätzung des Kaisers durch den Vorfall verloren zu haben. Er bedauerte, daß seine Weisungen, die nur für die Gräfin Hochberg und den Markgrafen Ludwig bestimmt gewesen seien, damit sie sich darnach richteten, zu des Kurfürsten Kenntnis gelangt seien. Er gab dem Minister gute Ratschläge für die Neuorganisation der Verwaltung, die Einteilung der Kreise, die später 1809 von Reitzenstein teilweise durchgeführt worden ist (610). Vermutlich ist eine Ende Juni eingetretene Verschlimmerung in dem körperlichen Befinden des Kurfürsten (624a. 630) auf die seelische Erregung zurückzuführen, die diese Vorgänge in ihm hervorrufen mußten. An den Rücktritt des Markgrafen Ludwig von seinem Amte knüpfte ein Artikel des Pariser Publiciste vom 23. Juni an, der eine aus Stuttgart, 16. Juni, datierte Mitteilung eines Gerüchtes brachte, daß der Kurfürst abdanken und nach Rastatt und Schloß Favorite sich zurückziehen, der Kurprinz die Regierung übernehmen und die Residenz nach Mannheim verlegen werde. Dem Kurfürsten mußte bei seinem Zustand dieser Artikel verheimlicht werden; der Kurprinz und Reitzenstein erhoben Beschwerde beim Kaiser und bei Talleyrand, die zur Folge hatte, daß Napoleon dem Markgrafen Ludwig zum Zeichen seines unverminderten Wohlwollens das Großkreuz der Ehrenlegion verlieh, und daß der Moniteur vom 25. Juni ein Dementi der falschen Nachricht brachte.

V.

Vier Wochen lang ruhten die Verhandlungen zwischen den drei süddeutschen Ministern in Paris über die Mediatisierungen. Der bayerische und der württembergische hatten Reitzenstein erklärt, sie müßten erst neue Instruktionen über den von ihm entworfenen Plan einholen; Reitzenstein meinte, weil sie auf eine Konkurrenz Badens zu gleichen Teilen so wenig gerechnet und auf eine ausschließliche Verteilung unter ihre beiden Höfe so sicher gezählt hätten. Besonders von Wintzingerode hatte er den Eindruck, als wolle er die ganze Sache hinhalten, um inzwischen die Stände, an deren Territorien Württemberg am meisten gelegen sei, zu „Separatsubjektionsverträgen“ zu bewegen. Reitzenstein ging nun seinerseits in gleicher Weise vor und wurde darin durch den in Paris weilenden Fürstenbergischen Präsidenten v. Kleiser bestärkt, der ihm sagte, „daß sowohl sein Hof als verschiedene andere weit geneigter seien, sich an die badische Souveränität als an irgend eine andere anzuschließen“. Es erschien Reitzenstein als das einfachste Mittel, dem allgemein gefühlten Bedürfnis einer Konzentration der Staatskräfte in dem so zerstückelten Schwaben abzuhelfen, ohne dabei den konstitutionellen Weg allzu auffallend zu verlassen, von der Einteilung des Schwäbischen Kreises in vier Viertel auszugehen und vonseiten der Viertelsdirektorien mit den in jedem Viertel gelegenen Ständen freiwillige Verträge abzuschließen, durch welche den drei souveränen Höfen außer den Befugnissen, die den Viertelsdirektoren bisher schon zugestanden, noch weitere eingeräumt würden, vor allem die hohe Jurisdiktion und das Rekrutierungsrecht, nebst der Erhebung der zur Erhaltung des Militärs nötigen Kontributionen (620). So verfaßte er am 10. Juni den Entwurf zu einem solchen Abkommen (618), durch welches die Stände der beiden Kreisviertel von Baden und Konstanz sich der badischen Souveränität unterordneten und Bestimmungen über Militär, Gerichtsbarkeit usw. getroffen wurden. Es waren folgende Stände: Die Fürsten von Hohenzollern-Hechingen und Sigmaringen, von Fürstenberg, Schwarzenberg, Thurn und Taxis,

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Lichtenstein, Auersberg, Waldburg, Metternich, die Grafen Sternberg, von der Leyen, Wartenberg, Bassenheim, Törring, Aspremont, Königseck, Plettenberg, Schäsberg, Sickingen und Sinzendorf. Der ganze Plan war übrigens nach Reitzensteins Ansicht nur in dem Falle ausführbar, wenn man erreichen könne, daß sich auch die Leiningischen und Erbachschen Lande mit anschlössen, indem im entgegengesetzten Falle zu befürchten wäre, daß Bayern und Württemberg die fränkischen Lande allein unter sich teilten, wobei man badischerseits offenbar verlieren würde.

Dem Plan wurde keine weitere Folge gegeben. Cetto und Wintzingerode hatten inzwischen Instruktionen von München und Stuttgart erhalten und legten nun ihrerseits Reitzenstein neue Teilungspläne vor. Nach dem bayerischen wäre die Vergrößerung Badens gegen die bayerische um ca. 31000, gegen die württembergische um ca. 11000 Seelen zurückgeblieben. In einem neuen Teilungsplane vom 21. Juni machte dann Reitzenstein, um besonders Württemberg entgegenzukommen, einige Zugeständnisse gegenüber seinem früheren Plane, wahrte aber den Grundsatz einer möglichst gleichen Verteilung. Diese Verhandlungen dauerten bis Ende Juni, ohne zu einer Einigung zu führen.[1]) Das Resultat war das von Reitzenstein schon früher vorausgesehene: Die Eifersucht der drei Höfe ließ keine Einigung zustande kommen, und so mußte die Entscheidung durch Napoleon selbst herbeigeführt werden.

Dieses Eingreifen des Kaisers in die Teilungsverhandlungen Ende Juni und Anfang Juli ist selbstverständlich kein spontanes, nur durch die Uneinigkeit der drei Höfe veranlaßtes gewesen, sondern vielmehr die Fortsetzung und Durchführung der Bestrebungen, die schon in Talleyrands Denkschrift vom 26. November 1805 ausgesprochen, in dem durch die Verweigerung von Württembergs Beitritt gescheiterten Januarvertrag minder deutlich zum Ausdruck gekommen waren, der Absicht, den Süden Deutschlands für immer vom Reiche zu lösen und in einer festeren Allianz mit Frankreich zu verbinden. Schon früher ist hervorgehoben worden, daß die Mediatisierungen im Sinne Napoleons das Mittel werden sollten, seine drei süddeutschen Verbündeten noch fester an ihn zu ketten. Der ursprüngliche Plan der Mediatisierung Schwabens erfuhr aber jetzt eine Erweiterung dadurch, daß die von Bayern und Württemberg vorgeschlagene Ausdehnung der Maßregel auf weitere Gebiete angenommen wurde, dafür aber außer jenen dreien auch andre deutsche Fürsten, die als Mitbewerber aufgetreten waren und die Gunst Napoleons sich erworben hatten, an der vergrößerten Beute Anteil erhalten sollten. Also nicht nur der Süden, sondern auch der Westen Deutschlands sollten vom Reichsverband abgezogen und in politische Abhängigkeit von Frankreich gebracht werden. Die Vorarbeiten zu diesem Plan geschahen schon seit längerer Zeit im Schoße der französischen Regierung. Reitzenstein hat so wenig wie andere Kenntnis davon gehabt; nur Cetto wurde am 11. Juni teilweise in das Geheimnis gezogen.[2]) Reitzenstein glaubte Mitte Juli zu wissen (651), daß in sechs Monaten nicht weniger als acht Projekte dem Kaiser vorgelegt und von ihm wieder verworfen worden seien. Die erste Mitteilung des definitiven Planes erfolgte am 27. Juni an Cetto und Wintzingerode, wobei ihnen jedoch jede schriftliche Mitteilung bestimmt verweigert wurde. Reitzenstein erfuhr von geheimen Unterredungen Talleyrands mit den beiden Ministern, und da er Einverständnisse zwischen ihnen zum Nachteil Badens befürchtete, so stellte er am 1. Juli

[1]) Das diplomatische Urkundenmaterial über diese Verhandlungen ist wegen seines Umfanges nicht in die Pol. Korresp. aufgenommen; ich verweise auf den Auszug daselbst S. 660 Anmerkung.

[2]) Vgl. hierüber Bitterauf, Gesch. des Rheinbundes I. S. 370 ff.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Talleyrand eine Note (629) zu, in der er das dringende Begehren aussprach, zu den Beratungen zugezogen zu werden, und unter Berufung auf das frühere Wohlwollen und das Gerechtigkeitsgefühl Talleyrands Berücksichtigung der Wünsche Badens anempfahl. Zu gleicher Zeit bat er General Duroc, mit dem er seit den Ehevertragsverhandlungen in nähere Beziehungen getreten war, eine Reklamation direkt an Napoleon zu vermitteln. Er vermutete, daß dieser Schritt zu Talleyrands Kenntnis gekommen sei und ihn veranlaßt habe, ihm am 2. Juli eine längere Konferenz zu gewähren, in der ihm nun ebenfalls der Bündnisentwurf vorgelegt, jedoch ebensowenig wie den beiden andern eine Abschrift davon zu nehmen gestattet wurde, so daß er nur aus dem Gedächtnis eine kurze vorläufige Anzeige, von dem, was bevorstehe, nach Karlsruhe abgehen lassen konnte (634). Er war nach dieser Besprechung mit Talleyrand überzeugt, daß die Unterzeichnung schon am 4., spätestens am 5. stattfinden müsse. Der territoriale Gewinn erschien ihm, wie er Edelsheim schrieb, durchaus annehmbar. Nur bedauerte er, die in dem Vertrag Baden zugedachte Königswürde nicht haben ablehnen zu können. So sehr nun Reitzenstein mit den Neuerwerbungen Badens im Grunde zufrieden war, so suchte er doch in den nächsten Tagen noch mehr zu erreichen. Er hatte erfahren, daß die Teilungsmasse durch das Gebiet der für Bayern bestimmten Reichsstadt Nürnberg vergrößert worden sei, und beanspruchte nun eine dem entsprechende Ergänzung des badischen Loses durch verschiedene von ihm namhaft gemachte Stücke (640). Auch diesmal wandte er sich mit der Bitte um Fürsprache an Duroc.

So rasch, wie Reitzenstein am 2. Juli geglaubt hatte, erfolgte die Entscheidung nun doch nicht; vielmehr trat ein Stillstand in den Verhandlungen während einiger Tage ein. Vielleicht mögen die damals gerade schwebenden Friedensverhandlungen mit England und Rußland die Veranlassung gegeben haben. Wenigstens vermutete Dalberg in einem Schreiben an Edelsheim, daß, wenn der Friede herbeigeführt werden könne, aus Rücksicht auf die beiden Staaten verschiedene Bestimmungen des französischen Planes geändert und der vollständige Umsturz der deutschen Verfassung abgewendet werden könne (642). Das war wohl ein Irrtum, und Reitzenstein stellte den Einfluß der Schwankungen der großen Politik auf die deutschen Angelegenheiten geradezu in Abrede (643). Wenn nun auch in diesen Tagen vonseiten der französischen Regierung keine weiteren besonderen Schritte geschahen, so beschäftigten sich doch die drei süddeutschen Minister eifrig mit dem von Frankreich vorgeschlagenen Bundesvertrag. Unangenehm für sie war, daß ihnen nach wie vor jede Abschriftnahme verweigert wurde, daß sie deshalb über viele Einzelheiten des ihnen zugemuteten Vertrages im Dunkeln waren und nur den Eindruck hatten, daß er Bestimmungen enthielt, die eine völlige Unterwerfung unter Frankreich zur Folge haben müßten, ein Joch, das viel schwerer auf Deutschland lasten würde, als früher die oesterreichische Herrschaft. Noch am 10. hatten sie eine geheime Zusammenkunft, in der sie sich gegenseitig ihre Versionen über den eigentlichen Inhalt des geheim gehaltenen Entwurfes mitteilten und über die Punkte übereinkamen, gegen deren Zulässigkeit sie gemeinschaftlich protestieren wollten, um die Unabhängigkeit ihrer Höfe zu sichern und dem befürchteten Plane einer „anfänglich durch den Kurerzkanzler, und sobald man dieses Gerüstes nicht mehr bedürfe, direkt ausgeübten“ Oberherrschaft Frankreichs in Deutschland auszuweichen. Sie kamen hauptsächlich dahin überein, sich der Anstellung eines Fürst Primas, der bei dem Reichstag zu machenden Anzeige der Trennung vom deutschen Reichskörper, der Erklärung des französischen Kaisers als Beschützer des Bundes, der Formierung eines Reichstags in Frankfurt und dem von dem

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Fürst Primas zu entwerfenden Fundamentalstatut zu widersetzen. Sie hatten diese Uebereinkunft hauptsächlich „in der Besorgnis des divide et impera“ für notwendig erachtet, und doch zeigte der Erfolg bald deutlich die Unzulänglichkeit dieser Vereinigung. Noch in der Nacht des 10. auf den 11. erklärte der Kaiser seinen bestimmten Willen, den ganzen Plan ohne den mindesten Aufenthalt zur Ausführung zu bringen. Am 11. wurde den gauzen Tag in der größten Stille an der endgültigen Fassung gearbeitet, die in Einzelheiten von der früheren abwich, und abends der bayerische Gesandte durch die Drohung, daß eine Weigerung nur zu einer Verschlechterung des doch unvermeidlichen Vertrags führen würde, zu dem mündlichen Versprechen gebracht, das Projekt zu unterschreiben. Seine Unterschrift erfolgte als die erste am 12. Reitzenstein hat nachher dem bayerischen Gesandten sein Bedauern darüber ausgedrückt, „daß er, dessen Hof gerade im Fall gewesen wäre, die kräftigste und würdevollste Sprache zu führen, um die Selbständigkeit des gemeinschaftlichen Vaterlandes nicht zu Grunde gehen zu lassen, die verabredete Opposition dagegen unterlassen habe“, und Montgelas hat in seinen Denkwürdigkeiten die Möglichkeit einer solchen Opposition wenigstens bedingt angedeutet. Dem Beispiel Cettos folgten die Gesandten des Kurerzkanzlers, Darmstadts und Nassaus. Hierauf ließ Talleyrand Reitzenstein zu sich rufen, zeigte ihm die bereits vollzogenen Unterschriften und zwang ihn durch ähnliche Drohungen wie Cetto zur Unterschrift. Reitzenstein hatte aber wenigstens die Genugtuung, zu erfahren, daß seine vorangegangenen Reklamationen zu einer nicht unbedeutenden Aufbesserung des badischen Loses geführt hatten. Auch jetzt noch bei der Unterzeichnung wurde die Mitteilung einer Abschrift des Entwurfes verweigert, so daß er genötigt war, bei seinem schleunigen Bericht über die Sache an den Geh. Rat in Karlsruhe aus dem Gedächtnis zu referieren. Dieser Bericht (651) enthielt nicht nur eine Mitteilung von den Vorgängen der letzten Tage, sondern gab auch den Inhalt des Vertrags und das Urteil Reitzensteins über seine einzelnen Artikel wieder. Da hier nicht auf den Gesamtinhalt und die allgemeine Bedeutung der Rheinbundsakte einzugehen ist, so hebe ich nur einzelnes hervor.

Die Neuerwerbungen Badens waren: die Herrschaft Bonndorf, die Städte Villingen, Bräunlingen und Tuttlingen, das Fürstentum Heitersheim und die Deutschordenskommenden Freiburg und Beuggen, die Souveränität über den größten Teil des Fürstentums Fürstenberg, die Herrschaft Hagnau, die Grafschaft Thengen, die Landgrafschaft Klettgau, die Aemter Neudenau und Billigheim, das Fürstentum Leiningen, die Besitzungen der Fürsten und Grafen von Löwenstein-Wertheim auf dem linken Mainufer und den nördlich der Jaxt gelegenen Teil des Fürstentums Salm-Krautheim, letzeres die Frucht der letzten Reklamationen Reitzensteins. Es trat das abgelegene Biberach an Württemberg ab. Reitzenstein betonte mit Befriedigung die große Ausdehnung Badens zwischen dem Erbachischen und der Jaxt bis an den Main hinunter mit der beträchtlichen Menge darin enklavierter ritterschaftlicher Besitzungen, die einen beträchtlichen Teil des Ritterkantons Odenwald ausmachten, und auf der anderen Seite die Wichtigkeit der Erwerbung Fürstenbergs, durch welche zu einem ununterbrochenen Zusammenhang von Wertheim bis nach Buchhorn nur noch die Landgrafschaft Nellenburg — sie wurde 1810 ebenfalls badisch — und der Kanton Schaffhausen zu wünschen übrig blieben. Auch der Tausch von Biberach gegen bisher württembergische Besitzungen erschien ihm in jeder Beziehung vorteilhaft.

Die Bestimmung, daß die Fürsten des Rheinbundes diejenigen Titel, die eine Verbindung mit dem deutschen Staatskörper anzeigten, ablegen sollten, traf speziell Baden, da der Kurfürstentitel praktisch unbrauchbar war, wo es keinen Kaiser mehr zu küren gab.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Daher war in dem Reitzenstein am 2. Juli vorgelegten Entwurf für Baden, wie auch für den Herzog von Berg und den Landgrafen von Hessen-Darmstadt der Königstitel aufgenommen worden. Reitzenstein war entschieden dagegen eingetreten. Er sah in der Annahme des Königstitels, der einen vergrößerten Hofhalt und eine glanzvollere Repräsentation notwendig gemacht hätte, eine Gefahr, die man nicht hoch genug anschlagen könne, da sie bei den schlimmen Finanzen des Landes zum unausbleiblichen Ruin führen müsse. Reitzenstein handelte hierin, wie wir nachher noch sehen werden, gegen die Ansichten des Kurfürsten und wohl auch gewisser Kreise am Hofe. Seine Bedenken und Einwendungen wurden aber in Paris gewürdigt, und so wurde in der definitven Fassung vom 12. Juli der königliche Titel durch den großherzoglichen ersetzt.

Auch die Höhe des auf 8000 Mann festgesetzten badischen Truppenkontingents hatte Reitzensteins Widerspruch erregt. Es wurde ihm gesagt, man werde es mit dieser Zahl nicht so genau nehmen; sie sei nur honoris causa proponiert, damit Baden nicht so sehr gegen Württemberg zurückstehe. Auch später hat Talleyrand diese Festsetzung nur für eine Form erklärt: es werde nicht die geringste Schwierigkeit bieten, durch einen geheimen Artikel eine Verminderung des Kontingents herbeizuführen, bis die badischen Finanzen mit der Zeit in besseren Zustand kämen. Napoleon selbst hat in Reitzensteins Abschiedsaudienz am 12. August sich zu einer Reduktion auf 6000 Mann verstanden, aber solche mündlichen Zusicherungen sind später doch wirkungslos geblieben.

Gegen die Bestimmung, daß der Fürst Primas binnen vier Wochen ein sog. Fundamentalstatut zu entwerfen habe, das die Organisation des Frankfurter Bundestags, die Gegenstände, die vor denselben gebracht werden sollten, und die Art und Weise dieses Vorbringens behandeln sollte, aber der Approbation der verbündeten Souveräne bedurfte, erhob Reitzenstein bei Talleyrand nachdrückliche Vorstellungen. Er fürchtete, daß niemand wagen werde, diese Approbation zu verweigern, da jedermann in einem solchen Statut nicht eine Arbeit des Fürst Primas, sondern der französischen Regierung erblicken werde. Talleyrand suchte ihn durch das Versprechen zu beruhigen, daß er in Frankfurt bei Vorlegung des Statuts, die am 1. September erfolgen sollte, keine einzige Reklamation der Bundesstaaten unberücksichtigt lassen werde. Bekanntlich ist es zur Festlegung dieses Fundamentalstatuts später niemals gekommen.

Bei seiner erzwungenen Unterschrift behielt sich Reitzenstein das Recht vor, nachträglich auf einzelne Punkte zurückzukommen. Er tat dies, indem er am 14. Juli Talleyrand einen Entwurf zu einem Ergänzungsvertrag nebst Bemerkungen dazu vorlegte (648). Der Zweck desselben war, in mehreren Punkten ihm notwendig erscheinende Erklärungen der Bestimmungen der Bundesakte herbeizuführen. Die erste und wichtigste Forderung betraf die genauere Festsetzung einer Demarkationslinie zwischen Baden und Württemberg für die Okkupation der ritterschaftlichen Gebiete. Ein gleichzeitig vorgelegter Entwurf zu einem zweiten Ergänzungsvertrag (649) betraf anderweitige Wünsche des badischen Hauses, so z. B. die Erwerbung der Landgrafschaft Nellenburg, die zu einer vollkommeneren Arrondierung im Süden erwünscht war, und eines Teiles des Gebietes von Ulm, für den Fall, daß das Fürstentum Regensburg an Bayern kommen sollte. Ein geheimer Artikel bezog sich auf die Anerkennung der Sukzessionsfähigkeit der Grafen von Hochberg für den Fall des Aussterbens des älteren Zweiges des badischen Hauses. Reitzenstein hat auf seine Note keine Antwort erhalten und bezüglich der wichtigsten Forderungen sich mit unver-

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

bindlichen mündlichen Zusagen begnügen müssen, die Talleyrand ihm am Abend des 16. und später machte.

Bis zu diesem 16. hatten alle Bevollmächtigten der in den Rheinbund aufzunehmenden Staaten ihre Unterschrift gegeben, mit Ausnahme Wintzingerodes.[1]) An demselben 16. wurden von den Bevollmächtigten die Originalien unterzeichnet, die ihnen aber erst am 17. abends ausgehändigt wurden, nachdem Napoleon sie ratifiziert hatte. Talleyrand hatte am 16. verlangt, daß die Ratifikationen des Vertrags durch die einzelnen Regierungen schon am 25. in München eintreffen sollten, obgleich alle wegen der Kürze des Termins Vorstellungen erhoben und diese am folgenden Tage wiederholten. In der Konferenz vom 17. wurde auch der Entwurf einer gemeinschaftlichen Erklärung an den Reichstag besprochen, ohne daß man darüber zu einer Einigung gelangte. Dagegen wurde die Erklärung des Kaisers an den Reichstag vorgelesen, die Reitzenstein für ein „wahres Meisterstück" erklärte. Das Unangenehme dabei war die Eröffnung, daß erst, sobald die übrigen deutschen Mächte den Rheinbund nebst den Ereignissen, die ihn begleiteten, anerkannt hätten, die grande armée Deutschland räumen werde. Es wurde beschlossen, in den Protokollen über die Auswechselung den 25. Juli einzusetzen, wenn dieses Geschäft auch erst 2—3 Tage später vorgenommen werden sollte. Der Kriegsminister Marschall Berthier, nicht der französische Gesandte in München, Otto, war dazu ausersehen. Am 20. Juli gab endlich Wintzingerode seinen Widerstand auf und unterzeichnete gleichfalls. Erst am 23. konnte Reitzenstein den Entwurf der schon am 1. August zu Regensburg abzugebenden gemeinschaftlichen Erklärung an seine Regierung absenden. Er empfahl die Ratifikation des Vertrags unter Verzicht auf die Vorbehalte, die er vorher gemacht hatte, die ihm aber durch die mündlichen Erklärungen und Zusicherungen Talleyrands erledigt schienen.

Wie nahm man in Karlsruhe den erzwungenen Vertrag auf? Einen Aufschluß darüber geben uns die Gutachten, die die Geh. Räte Meier und Brauer auf Grund der Berichte Reitzensteins abzugeben beauftragt wurden (657 661). Bekümmerten Herzens nur konnten die beiden Männer, „die mit ihren alten, den glücklichen Tagen der gesegneten Regierung Karl Friedrichs entstammenden Traditionen sich nur schwer in der neuen Zeit und ihrer das Recht gewaltsam beugenden Politik zurechtfanden",[2]) ihren der Ratifikation zustimmenden Rat abgeben. Aber „wenn, wie neulich zu Brünn und Wien und jetzo zu Paris, mit dem Unterhändler der allerwichtigsten Gegenstände gar nicht unterhandelt, sondern ihm keine andere Wahl gelassen wird, als zu unterzeichnen, was eine allgewaltige Macht zum Unterzeichnen vorlegt; wenn ein solcher Abschluß, dem auch keine Instruktionseinholung und Erteilung vorangehen konnte, erst alsdann zur hiesigen Wissenschaft gelangt, wenn nichts mehr daran zu ändern ist, — — so ist hintennach das Deliberieren über die Nützlichkeit des Beitritts und das Dolieren über manche Unbehaglichkeit sehr überflüssig". Die gänzliche Lossagung von dem Deutschen Reichsverband mit ihren unübersehbaren Folgen mußte Geh. Rat Meier als ein unheilvolles Ereignis erscheinen. „Allein hat man nicht diese Umwälzung schon geraume Zeit vorhergesehen, und ihr mehr vor- als entgegengearbeitet? Würde es, da es nun schon so weit gekommen ist, etwas fruchten, wenn man die damit verbundenen lockenden Vorteile zur Erhaltung des status quo ausschlagen wollte? Und ist

[1]) Vgl. v. Schloßberger, König Friedrichs von Württ. Notlage bei der Errichtung des Rheinbunds. Besondere Beilage des Staats-Anzeigers für Württ. 1889. S. 293.

[2]) Pol. Korresp. V. S. LX.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

nicht schon seit Jahren alles Dichten und Trachten dahin gegangen, dieser Vorteile, die doch ohne jenen Umsturz nicht zu erlangen waren, noch mehrere zu erringen?" Obwohl Meier die Last der Verpflichtungen, die das Bündnis mit Frankreich Baden auferlegte, und die Unannehmlichkeiten vieler Bestimmungen der Rheinbundsakte genau erkannte und aussprach, konnte sein Urteil doch nicht anders ausfallen, als daß er zur Ratifikation riet. Auch Brauer hat die Rheinbundsakte „gelesen und wiedergelesen, erwogen und wiedererwogen, aber nicht finden können, was einem kurfürstl. Rat dabei zu raten übrig bleibe, da alles mit ausgedrückten Worten gebieterisch vorgezeichnet ist, wozu man sich verstehen soll. — Wenn schon unsere alte Reichsverfassung dem Thon mit Eisen vermengt glich, die nicht zusammen halten, so ist es der Fall mit diesem neugeschaffenen Bundesstaat noch viel mehr, da der Mischmasch von kleinen und großen Ständen, die zusammengespannt werden und doch so manches Bindungsmittel der alten Verfassung entbehren, die Möglichkeit einer nur wenige Jahrzehnte dauernden Eintracht nicht vorsehen läßt. — Die deutschen Fürsten, die an ihrem alten Kaiser die kleinste Machtanmaßung nicht dulden konnten, werden nun lernen müssen, das Gewicht des Wortes Caesar sich zu vergegenwärtigen". — Auch Brauer stimmte für die Ratifikation, denn „ohnehin wird alle Erinnerung überflüssig und nichts anderes übrig sein, als zu sagen: „Fiat voluntas Domini Napoleonis!"

Es bedarf keiner weiteren Worte, daß Karl Friedrich selbst, so geschwächt auch in den letzten Zeiten durch Alter und Krankheit seine Willenskraft und so gering auch seit der letzten Erkrankung sein tatsächlicher Einfluß auf die Geschäfte war (630), nur mit tiefstem Seelenschmerze sich der absoluten Notwendigkeit bewußt wurde, „sich zu unterwerfen und den Beschlüssen der Allmacht sich zu fügen, die uns regiert" (662). Der Nestor unter den deutschen Fürsten mit einer jetzt fast siebenzigjährigen Regierungszeit, dessen politische Anschauungen von jeher von dem Bewußtsein seiner Pflichten gegen Kaiser und Reich beherrscht gewesen waren, sah das in seinen Augen so ehrwürdige Gebäude der alten Reichsverfassung zusammenstürzen unter den Streichen, die ein fremder, aus der Revolution emporgewachsener Machthaber gegen es führte; und er selbst sollte zu dem Sturze mitwirken, sollte ausdrücklich und in feierlicher Erklärung vom Reiche und seinem Oberhaupte sich lossagen. Daß dieser gewaltsame Bruch mit der Vergangenheit belohnt werden sollte durch Zuwachs an Land und Leuten, durch vermehrte äußere Macht und Ansehen, konnte ihn mit dem Schritte, den er gezwungen tat, nicht völlig aussöhnen. Denn die Bedingungen, unter denen dieser Zuwachs an Macht erlangt wurde, lasteten schwer auf ihm und seinem Lande, und der Ausblick in die Zukunft war ein trüber. Dazu brachte der Rheinbundsvertrag ihm in einem Punkte eine unangenehme Enttäuschung. In diesem Punkte divergierten seine Ansichten von denen Reitzensteins, von dessen klugen Ratschlägen er sich sonst leiten ließ. Er bedauerte sehr, daß der Königstitel, auf den er gerechnet hatte und der sein Baden den beiden Nachbarn Württemberg und Bayern gleichstellen sollte, durch den Titel Großherzog ersetzt worden war, und ließ durch Edelsheim Reitzenstein mitteilen, daß er und seine ganze Familie diesem sehr zu Dank verpflichtet sein würde, wenn er diese Bestimmung durch einen Zusatzartikel ändern lassen könne (662). Freilich entschloß er sich auch ohne diese Aenderung zur Ratifikation; aber noch Ende August sah sich Reitzenstein veranlaßt, auf ein gleiches Ansinnen in scharfen Worten Edelsheim zu antworten: „Ein Königreich mit zwei ziemlich ausgedehnten Seitenflügeln, dessen Hauptmasse aber nur vier bis fünf Meilen breit ist, die Hauptstadt eines Königreiches, deren einzige große Straße zum größten Teile nur aus Hütten besteht, die Notwendigkeit, zur selben Zeit die Herabsetzung

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

des Kontingents von 8000 auf 6000 Mann zu erbitten, ein Zustand der Finanzen, der einem die Haare zu Berge steigen läßt und in einer sehr nahen Zukunft die vollständige Auflösung der ganzen Maschine in Aussicht stellt, und bei alledem das traurige Streben nach einem Titel, der uns dem Gelächter von ganz Europa aussetzen wird: welcher Jammer! Der Name allein: König von Baden würde allzu seltsam befunden werden." Man möge, um das Ansehen Badens nicht zu gefährden, sich gedulden, bis man wirklich ein Königreich besitze, und bis durch weiteren Gebietszuwachs sich die Möglichkeit biete, vielleicht den Titel eines Königs von Helvetien oder Alemannien anzunehmen. Karl Friedrich ließ sich dann, wie es scheint, durch den nach Karlsruhe zurückgekehrten Reitzenstein zum Verzichte bestimmen; Mitte September erging der Beschluß, die Sache vorläufig auf sich beruhen zu lassen.

Dagegen konnte ein schon öfter erwähnter Herzenswunsch Karl Friedrichs im September in Erfüllung gehen. Napoleon hatte sich Mitte Juli auf die Vorstellungen Reitzensteins bereit erklärt, die Sukzessionsfähigkeit der Grafen von Hochberg anzuerkennen und zu garantieren, aber ohne daß dies öffentlich erklärt werde, ja nicht einmal zur Kenntnis der Gräfin von Hochberg komme, „damit dieser letzteren immer ein Motiv übrig bleibe, den wohlgemeinten Rat des Kaisers nicht aus dem Gesicht zu verlieren". (666) Karl Friedrich war natürlich mit einem solchen Verfahren nicht einverstanden und beauftragte Reitzenstein, gelegentlich seiner bevorstehenden Abschiedsaudienz bei Napoleon neue Schritte zu tun. Darauf erwiderte Napoleon am 12. August, der Großherzog habe kraft seiner Souveränität das unzweifelhafte Recht, seine Kinder zweiter Ehe in den Fürstenstand zu erheben und seine Söhne für sukzessionsfähig zu erklären; er selbst werde derartige Bestimmungen genehmigen, vorausgesetzt, daß sie mit Zustimmung der Agnaten erfolgten. Der Großherzog erließ dann am 10. September mit Einwilligung der Agnaten eine Sukzessionsakte, nach der seine Söhne zweiter Ehe nach dem Aussterben des Mannesstammes der ältern Linie zur Erbfolge berufen wurden. Dagegen ist ihre Erhebung in den Fürstenstand erst im Oktober 1817 durch Großherzog Karl erfolgt. —

Die letzten Akte des Trauerspiels, genannt Rheinbundsvertrag, spielten sich in München, wo Ende Juli durch Berthier der Austausch der Ratifikationen erfolgte, und in Regensburg ab, wo am 1. August vor dem Reichstag die Erklärungen Napoleons und der Rheinbundsfürsten zur Verlesung kamen. Die Antwort darauf war die Proklamation Kaiser Franz II. vom 6. August, daß er die deutsche Kaiserkrone niederlege. Das alte Deutsche Reich war zusammengestürzt, aber aus seinen Trümmern erhoben sich neue verheißungsvolle und lebensfähigere Gebilde.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

des Kontingents von 8000 a nd der Finanzen, der einem die Haare zu Berge steigen t die vollständige Auflösung der ganzen Maschine in Au aurige Streben nach einem Titel, der uns dem Gelächte welcher Jammer! Der Name allein: König von Baden w len." Man möge, um das Ansehen Badens nicht zu ge klich ein Königreich besitze, und bis durch weiteren Geb te, vielleicht den Titel eines Königs von Helvetien oder lrich ließ sich dann, wie es scheint, durch den nach Ka zum Verzichte bestimmen; Mitte September erging der ich beruhen zu lassen.

Dagegen konnte ei vunsch Karl Friedrichs im September in Erfüllung ge Juli auf die Vorstellungen Reitzensteins bereit erklärt, on Hochberg anzuerkennen und zu garantieren, aber ohn a nicht einmal zur Kenntnis der Gräfin von Hochberg ko ein Motiv übrig bleibe, den wohlgemeinten Rat des Kais eren". (666) Karl Friedrich war natürlich mit einem sol nd beauftragte Reitzenstein, gelegentlich seiner bevorste leon neue Schritte zu tun. Darauf erwiderte Napoleon e kraft seiner Souveränität das unzweifelhafte Recht, se stenstand zu erheben und seine Söhne für sukzession e derartige Bestimmungen genehmigen, vorausgesetzt, erfolgten. Der Großherzog erließ dann am 10. Septembe Sukzessionsakte, nach der seine Söhne zweiter Ehe na mmes der ältern Linie zur Erbfolge berufen wurden. ürstenstand erst im Oktober 1817 durch Großherzog Kar

Die letzten Akte des ag, spielten sich in München, wo Ende Juli durch Berthie rfolgte, und in Regensburg ab, wo am 1. August vor de eons und der Rheinbunds- fürsten zur Verlesung kame oklamation Kaiser Franz II. vom 6. August, daß er die s alte Deutsche Reich war zusammengestürzt, aber aus neue verheißungsvolle und lebensfähigere Gebilde.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

6

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf